

**HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG**

**Einfuhr und Verbringen von Hunden aus dem Ausland durch
Tierschutzorganisationen aus tierschutzrechtlicher,
zivilrechtlicher und steuerrechtlicher Sicht**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Alena Heinrich

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachter: ORR Dierk Thümmel
Zweitgutachter: Dr. med. vet. Petra Sedlmeier

Vorwort

Die vorliegende Bachelorarbeit wurde im Rahmen meines Studiums an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg verfasst.

Die Bachelorarbeit befasst sich mit der Problematik der Erlaubnispflicht für die Einfuhr und Verbringen von Hunden aus dem Ausland durch Tierschutzorganisationen, dem zivilrechtlichen Stellenwert der Schutzverträge und der Besteuerung der gemeinnützigen Tierschutzvereine.

Das Thema wurde in Zusammenarbeit mit Herrn Dierk Thümmel zur Bearbeitung ausgewählt. Die Motivation zur Bearbeitung dieses Themas entstand unter anderem während meiner Praktikumszeit.

An dieser Stelle möchte ich mich sowohl bei ihm als auch bei Frau Dr. med. vet. Petra Sedlmeier für die freundliche Unterstützung bei der Entwicklung des Themas sowie die gute Betreuung während der Entstehung der Arbeit recht herzlich bedanken. Ein weiterer Dank gilt an alle Korrekturleser.

Aus Gründen zur besseren Lesbarkeit wurde in der Regel die männliche Schreibweise verwendet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	V
Verzeichnis der Anlagen.....	VII
1. Einleitung.....	1
2. Situation der Hunde im Ausland.....	3
3. Tierschutzrechtliche Aspekte	5
3.1. Grundlagen behördlichen Handels im Tierschutz	5
3.2. Transport von Tieren	6
3.3. Tierschutzgesetz	8
3.3.1. Erlaubnis für das Betreiben einer tierheimähnlichen Einrichtung	9
3.3.2. Erlaubnis für das gewerbsmäßige Handeln mit Wirbeltieren	12
4. Zivilrechtliche Aspekte	21
4.1. Vertragstypen im Zivilrecht	21
4.2. Die „Schutzverträge“	22
5. Steuerrechtliche Aspekte	27
5.1. Vorbemerkungen zum Verein	27
5.2. Besteuerung gemeinnütziger Vereine	29

5.3. Satzung der Vereine	31
5.4. Voraussetzung einer Steuerbefreiung im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	31
6. Praxisbeispiel	34
7. Diskussion	36
7.1. Folgen des Imports von Hunden aus dem Ausland	36
7.2. Lösungsmöglichkeiten zur Hilfe von Hunden vor Ort im Ausland an Beispielen von Projekten von Tierschutzorganisationen	41
7.3. Änderung der Vereinssatzung zwecks zur Steuerbefreiung	44
8. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	44
Literaturverzeichnis	48
Erklärung der Verfasserin	52
Anhang	53

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angeführten Ort
Abs.	Absatz
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
ATF	Akademie für tierärztliche Fortbildung
AVV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
bmt	Bund gegen Missbrauch der Tiere
bspw.	beispielsweise
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
EU	Europäische Union
EÜH	Europäisches Übereinkommen zum Schutz von Heimtieren
f.	folgende

ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
i.S.d.	im Sinne des
LAV	Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz
LG	Landgericht
m.E.	meines Erachtens
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannte
OVG	Oberverwaltungsgericht
Rn.	Randnummer
S.	Seite
s.	siehe
sog.	sogenannte
TierSchG	Tierschutzgesetz
TSV	Tierschutzverein
u.a.	unter anderem
VG	Verwaltungsgericht
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1: Tierschutzverein Arche Noah e.V.: Gedanken zum Auslandstierschutz (Auszug).....	54
Anlage 2: Ärzte für Tiere e.V.: Das Tierelend in Griechenland	55
Anlage 3: Deutscher Tierschutzbund e.V.: Zur Tierschutzproblematik der sogenannten Straßenhunde im Ausland	56
Anlage 4: Sueddeutsche.de: „Hundemassaker“ im Namen des Fußballs	69
Anlage 5: BMELV: Stellung des Tierschutzes im Grundgesetz	72
Anlage 6: Akademie für Tierschutz: Eingriffsrecht der Behörden	73
Anlage 7: Bundesministerium des Innern: Rundschreiben zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vom 21.09.2011 (Auszug).....	75
Anlage 8: Aktionsgemeinschaft für Tiere e.V., Pflegestelle	78
Anlage 9: Tierschutzverein Refugio Casas Ibanez e.V., Was ist eine Pflegestelle?.....	80
Anlage 10: Tierschutzverein A.S.P.A.friends e.V., Information zum Thema Pflegestelle.....	84
Anlage 11: Bundesverwaltungsgericht: Rechtskraft und Verbindlichkeit	87
Anlage 12: Bundesregierung: Verwaltungsvorschriften im Internet	91
Anlage 13: Hirt, Almut: Bedarf die gemeinnützige Hilfe für ausländische Hunde durch inländische Tierschutzorganisationen mehr staatlicher Kontrolle? (Auszug).....	92
Anlage 14: LAV – Arbeitsgruppe Tierschutz: Protokoll der Sitzung am 4./5. Mai 2011.....	93

Anlage 15: Schweizer Tierschutzverordnung (Auszug).....	95
Anlage 16: Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes am 06.07.2012, Drucksache 300/12 (Beschluss) (Auszug).....	97
Anlage 17: Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates (Bundesrats-Drucksache 300/12 - Beschluss) zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes (Auszug). 99	
Anlage 18: Rechtswörterbuch: Vertrag.....	101
Anlage 19: Vertrag zur Übernahme der Halterschaft TSV Noris e.V.	102
Anlage 20: Vertrag zur Übernahme der Halterschaft Stray e.V.	105
Anlage 21: Koblenz, Peter: (Tier-)Schutzverträge auf dem Prüfstand ...	114
Anlage 22: Tierschutzinitiative Berga e.V.: Satzung	116
Anlage 23: Tierschutzverein Gießen und Umgebung e.V.: Satzung	122
Anlage 24: Tierschutz Spanien e.V.: Satzung	126
Anlage 25: BMELV: Deutschland ist frei von Tollwut.....	131
Anlage 26: Friedrich-Loeffler-Institut: Tiergesundheitsbericht 2010 (Auszug).....	132
Anlage 27: Martin Rütter, Straßenhunde	135
Anlage 28: Tierschutzprojekt Italien e.V.: Oasi Nouva Vita	136
Anlage 29: Tasso e.V.: Deutsche Übersetzung des Artikels aus der rumänischen Zeitung „Buna ziua Brasov“ vom 28.-29. April 2012.....	141
Anlage 30: Tasso e.V.: Rumänien.....	143

1. Einleitung

In den letzten Jahren treten zunehmend Tierschutzorganisationen in Erscheinung, die Hunde aus dem Ausland nach Deutschland bringen, um sie dort an Dritte weiter zu vermitteln.

Die Tierschützer nehmen vor Ort Tiere auf und organisieren den Transport nach Deutschland, wo die Hunde vorerst in Tierheimen oder privaten Pflegestellen untergebracht werden.

In den vom Tourismus besuchten südeuropäischen Ländern wie Spanien und Griechenland wird der Transport der Hunde häufig über sogenannte „Flugpaten“ organisiert. Urlauber, die ihre Heimreise antreten, werden am Flughafen von den Tierschutzorganisationen angesprochen und erklären sich dann bereit, den Hund nach Deutschland mitzunehmen. Dort werden die Hunde von einem Partnerverein abgeholt und an Tierheime oder Pflegestellen verteilt.

Vor allem aus osteuropäischen Ländern wie Rumänien oder Ungarn werden Tiere häufig in Kleintransportern oder Pkws nach Deutschland gebracht. Dabei müssen die Hunde stundenlange Fahrten über weite Strecken auf sich nehmen.

Die nach Deutschland verbrachten Hunde werden hier an private Abnehmer gegen Zahlung einer „Schutzgebühr“ in Höhe von ca. 150 Euro bis 350 Euro vermittelt. Der Vermittlung liegt ein Vertrag zu Grunde, der von den Tierschützern meist als „Pflegevertrag“ oder „Schutzvertrag“ bezeichnet wird. Viele Veterinärverwaltungen fordern für solche Vermittlungen eine Erlaubnis zum gewerbsmäßigen Handel mit Wirbeltieren nach dem Tierschutzgesetz. Seitens der Tierschutzorganisationen wird meist eine solche Erlaubnispflicht in Frage gestellt. Viele befürchten durch die Erteilung der Erlaubnis zum gewerbsmäßigen Handel ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren.

Neben seriösen Tierschutzorganisationen, von denen Tierschutz im Vordergrund steht, existieren aber auch zahlreiche Vereine, bei denen anzunehmen ist, dass sie einen finanziellen Gewinn aus der Vermittlung anstreben.

Der Presse lassen sich immer wieder immer wieder Berichte über tierschutzwidrige Transporte entnehmen:

Illegaler Transport mit 21 Hunden gestoppt

Die Mannheimer Polizei hat einen illegalen Tiertransport gestoppt. Einer Frau war der Kastenwagen mit Hunden in Transportboxen gestern aufgefallen. Die 21 Tiere waren viel zu lange in zu kleinen Boxen transportiert worden.

In einigen Behältern hätten die Hunde nicht aufrecht stehen können, berichtete die Polizei am Dienstag weiter. Das sei verboten und verstoße gegen das Tierschutzgesetz. Zudem sei der als gewerblich eingestufte Transport nicht erlaubt und angemeldet worden. Polizisten und zwei Amtstierärztinnen kümmerten sich um die Hunde.

Es handelt sich überwiegend um junge Mischlingshunde. Sie sollten nach Mannheim, Ulm, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Österreich und ins Saarland gebracht werden. Zwar sind alle Tiere bereits vermittelt, sechs Hunde bleiben aber wegen des fehlenden Impfschutzes in Quarantäne, die anderen Tiere werden von den inzwischen verständigten Besitzern abgeholt.

Quelle: SWR Nachrichten, 31.07.2012

Das Ziel der vorliegenden Arbeit liegt neben einer Darstellung der Fälle, in denen Tierschutzorganisationen einer nach dem Tierschutzgesetz erlaubnispflichtigen Tätigkeit unterliegen auch in der Klärung der Frage, welchen zivilrechtlichen Stellenwert sogenannte „Schutzverträge“ haben und wie gemeinnützige Vereine besteuert werden.

Der tierschutzrechtliche Teil der Arbeit befasst sich mit Begriffsbestimmungen. Danach werden die gesetzlichen Grundlagen und

die Zuständigkeiten im Bereich des Tierschutzes erläutert. Anschließend wird die Anwendbarkeit der tierschutzrelevanten Gesetze und Verordnungen geprüft.

Im zivilrechtlichen Teil der Arbeit werden die sogenannten „Schutzverträge“ näher überprüft. Dabei werden die verschiedenen Vertragstypen beleuchtet und diese dann auf die sogenannten „Schutzverträge“ angewandt.

Der steuerrechtliche Teil der Arbeit untersucht die Besteuerung gemeinnütziger Vereine. Es wird aufgezeigt, unter welchen Voraussetzungen generell eine Steuerbefreiung möglich ist und ob und in welchen Fällen Tierschutzorganisationen solche Voraussetzungen erfüllen.

Nach der Darstellung eines Praxisbeispiels werden abschließend die Folgen des Imports von Hunden erörtert. Lösungsmöglichkeiten zur Hilfe von Hunden vor Ort im Ausland anhand von Tierschutzprojekten werden aufgezeigt und ein Vorschlag betrachtet, wie Vereinssatzungen gestaltet werden könnten, um von Steuerbegünstigungen zu profitieren.

2. Situation der Hunde im Ausland

Auf Europas Straßen leben Millionen von Straßenhunden. Verschuldet hat dies der Mensch. Häufig fehlt entsprechendes tierschutzrechtliches Verständnis für den Umgang mit Hunden. Hunde werden oftmals als Nutztiere betrachtet, die den Hof zu überwachen haben. Hunde werden zudem häufig anderes gehalten, als es nach der deutschen Rechtsprechung möglich wäre. Eine Haltung an viel zu kurzen Ketten, ohne ausreichend Wasser und Schutzmöglichkeiten ist keine Seltenheit. Viele Tierschutzvereine berichten auf ihren Internetseiten, dass Hunde darüber hinaus ausgesetzt werden, wenn sie ihren „Zweck“, wie das Hüten des Hofes, nicht mehr erfüllen oder nicht mehr erfüllen können. So werden beispielsweise in Spanien viele Podencos (Jagdhunde)

ausgesetzt, wenn die Jagdsaison vorbei ist.¹ Zudem kontrollieren die meisten Menschen die Fortpflanzung ihrer Hunde nicht, da sie eine Kastration als etwas Unnatürliches ansehen und diese somit ablehnen. Hündinnen werden teilweise samt der Welpen ausgesetzt. Umherstreunende, unkastrierte Hunde vermehren sich in der Folge unkontrolliert.²

Die Straßenhunde suchen Schutz in leeren Häusern oder in Parkanlagen und ernähren sich von Abfällen oder werden von tierlieben Einheimischen gefüttert.

Die Gemeinden der jeweiligen Länder reagieren auf die Flut an herrenloser Hunde auf unterschiedliche Weise. Viele Straßenhunde werden eingesammelt und in Tötungsstationen getötet. Bis zur Tötung sind sie teils ohne ausreichende Versorgung auf engstem Raum eingesperrt. Vielerorts wird Gift ausgelegt, es existieren aber auch Berichte über erschlagene, absichtlich überfahrene und auch lebendig in Müllfahrzeuge geworfene Hunde.

Ein aktuelles Beispiel ist die Fußball-Europameisterschaft 2012. Hier fanden in der Ukraine „Säuberungsaktionen“ statt. Um sich während des Fußball-Events glanzvoll vor der Welt zu präsentieren, wurden auf Anordnung der offiziellen ukrainischen Behörden tausende Tiere umgebracht. So erschienen zahlreiche Berichte, dass Hunde vergiftet, erschossen und in rollende Krematorien, teils noch lebendig, verbrannt worden seien.³

¹ so u.a. Tierschutzverein Arche Noah e.V., www.tierschutzverein-arche-noah.de/9.html; Ärzte für Tiere e.V., http://www.aerztefuertiere.de/index.php?option=com_content&view=article&id=89:griechenland&catid=113&Itemid=549&showall=1&limitstart=&lang=de .

² Deutscher Tierschutzbund e.V., Zur Tierschutzproblematik der sogenannten Straßenhunde im Ausland, http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Ausland/Auslandstierschutzkonzept_2010-09.pdf .

³ so u.a. Sueddeutsche.de, „Hundemassaker“ im Namen des Fußballs, <http://www.sueddeutsche.de/panorama/skandal-im-em-gastgeberland-ukraine-hundemassaker-im-namen-des-fussballs-1.1198005> .

3. Tierschutzrechtliche Aspekte

3.1. Grundlagen behördlichen Handelns im Tierschutz

Nach Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz ist die Verwaltung als Teil der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht gebunden (Gesetzesmäßigkeitprinzip).⁴ Dies bedeutet, dass die Verwaltung bestimmte Maßnahmen nur dann treffen darf, wenn sie dazu ausdrücklich durch ein Gesetz ermächtigt wird. Eine solche gesetzliche Ermächtigung für Eingriffe aus tierschutzrechtlichen Gründen bietet das Tierschutzgesetz (TierSchG), welches durch Rechtsverordnungen bspw. nach § 2a TierSchG und durch Verwaltungsvorschriften konkretisiert wird. Erlassen wurden so die Tierschutztransportverordnung vom 11.02.2009 (BGBl. I S. 375), die Tierschutz-Hundeverordnung vom 02.05.2001 (zuletzt geändert durch Verordnung am 30.11.2006 (BGBl. I S. 900, 904)) und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 9. Februar 2000 (BANz. Nr. 36a vom 22. Februar 2000).

Seit dem 01.08.2002 ist der Tierschutz auch im Grundgesetz enthalten. Durch das „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz) vom 26.07.2002 (BGBl. I 2002 S. 2862)“ wurde in Art. 20 a GG neben dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage um den Schutz der Tiere erweitert, indem die Wörter „und die Tiere“ eingefügt wurden.⁵

Tiere vor nicht artgerechter Haltung, vermeidbaren Leiden sowie der Zerstörung ihrer Lebensräume zu schützen sind hierbei die drei wesentlichen Gewährleistungselemente. Das Staatsziel Tierschutz „enthält verfassungsrechtliche Wertentscheidungen“⁶, die von der

⁴ Schweickhard/Vondung, Rn. 151.

⁵ Hirt/Maisack/Moritz, S. 57.

⁶ BMELV, Stellung des Tierschutzes im Grundgesetz, <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Tier/Tierschutz/StaatszielTierschutz.html>.

Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung zu beachten sind.

Zuständig für den Vollzug des TierSchG sind gemäß Art. 83, 84 Abs. 1 GG die Länder. Die Durchführung des Gesetzes und der darauf beruhenden Rechtsverordnungen obliegt gemäß § 15 Abs. 1 TierSchG den nach Landesrecht zuständigen Behörden.⁷ In Baden-Württemberg ist nach der „Verordnung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum über Zuständigkeiten nach dem Tierschutzrecht (Tierschutzzuständigkeitsverordnung - TierSchZuVO) vom 08.01.2007 (GBl. vom 31. Januar 2007, S. 2)“ in der Regel die untere Verwaltungsbehörde zuständig. Dies sind nach § 15 Abs. 1 Landesverwaltungsgesetz vom 14.10.2008 in den Landkreisen die Landratsämter und in den Stadtkreisen die Gemeinden.

3.2. Transport von Tieren

Die Hunde werden entweder auf dem Straßenweg oder in Flugzeugen nach Deutschland transportiert. Hierzu stellt sich die Frage, ob die zum Schutz von Tieren beim Transport erlassene Verordnung (EG) Nr. 1/2005 Anwendung findet. EU-Verordnungen gelten im Gegensatz zu Richtlinien unmittelbar in jedem Mitgliedstaat und bedürfen keiner Umsetzung in nationales Recht. Gemäß Art. 1 Abs. 5 Alt. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 gilt diese „nicht für den Transport von Tieren, der nicht in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt wird“. Entscheidend für die Anwendbarkeit dieser Verordnung ist folglich die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit.

⁷ Akademie für Tierschutz, Eingriffsrecht der Behörden, <http://www.tierschutzakademie.de/822.html> .

Der Begriff „wirtschaftliche Tätigkeit“ ist im Gesetz nicht definiert. Für die Auslegung dieses unbestimmten Rechtsbegriffes kann deshalb auch auf andere, nach Europarecht geregelten, Bereiche zurückgegriffen werden.⁸

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)⁹ stellt das Anbieten von Gütern und Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt eine wirtschaftliche Tätigkeit dar. Auf eine Gewinnerzielungsabsicht kommt es dabei nicht an. Ebenso muss ein Wettbewerb zu anderen Wirtschaftsteilnehmern bestehen.

Tierschutzvereine sind demnach wirtschaftlich tätig, da sie auf einem Markt, in diesem Fall innerhalb Deutschlands, die Abgabe der Hunde gegen Zahlung einer Schutzgebühr anbieten. Aus dem Erwägungsgrund Nr. 12 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 wird ersichtlich, dass sich „der Transport zu kommerziellen Zwecken nicht auf Fälle beschränkt, in denen unmittelbar ein Austausch von Geld, Gütern oder Dienstleistungen erfolgt. Er schließt insbesondere auch Fälle ein, in denen direkt oder indirekt ein Gewinn entsteht bzw. angestrebt wird“. Hierdurch wird ersichtlich, dass eine Gewinnerzielungsabsicht nicht Voraussetzung ist. Das Wort „insbesondere“ zeigt, dass dieser Fall nur ein Beispiel darstellt und daneben auch andere Fälle möglich sind, in denen kein Gewinn angestrebt wird. Eine wirtschaftliche Tätigkeit kann daher nicht nur deswegen verneint werden, weil das Merkmal der Gewinnerzielungsabsicht fehlt.¹⁰ Maßgeblich ist der Hinweis der Marktrelevanz, d.h. die Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsteilnehmern. Diese besteht bei der Tätigkeit der Tierschutzorganisationen ebenso. Durch die regelmäßige Abgabe der Hunde nach Zahlung einer Schutzgebühr, die dem Marktpreis entspricht, stehen die

⁸ Bundesministerium des Innern, Rundschreiben zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vom 21.09.2011, S. 2, http://www.bmi.bund.de/RundschreibenDB/DE/RdSchr_20110921.pdf?__blob=publicationFile.

⁹ EuGH, Urteil vom 10.01.2006 – C-222/04 – infocuria, Rn. 108; EuGH, Urteil vom 12.07.2012 – C-138/11 – infocuria, Rn. 35.

¹⁰ vgl. EuGH, Urteil vom 10.01.2006, a.a.O., Rn. 123.

Tierschutzorganisationen in Konkurrenz mit deutschen Tierheimen, mit Züchtern und mit anderen Tierschutzorganisationen. Dies zeigt, dass auch wenn die Vermittlung der Hunde nach Deutschland ohne die Absicht der Gewinnerzielung ausgeübt wird, dies aufgrund des Verlangens der Schutzgebühr Auswirkungen auf den Angebotsmarkt hat und daher die Verordnung angewendet werden kann.

Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1/2005 dürfen nur Hunde transportiert werden, welche transportfähig sind, d.h. kranke oder verletzte Tiere dürfen nicht befördert werden. In jedem Fall darf dem Tier durch den Transport keine Leiden oder Verletzungen entstehen. Beim Transport ist darauf zu achten, dass die Hunde spätestens nach jeweils acht Stunden getränkt werden. Die Transportunternehmer benötigen, bevor sie den Transport durchführen, eine Zulassungsbescheinigung als solches. Ebenso wird ein Befähigungsnachweis des Fahrers und der Betreuer vorausgesetzt.¹¹

Die nationale Tierschutztransportverordnung dient der Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005. Sie entspricht im Grundsatz dem in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 bestimmten Geltungsbereich, bezieht aber darüber hinaus auch den innerstaatlichen Transport von wirbellosen Tieren mit ein und für bestimmte Tiere auch den nicht gewerblichen Versand. Sie ist die Hauptrechtsquelle für alle Transporte in und durch Deutschland und gilt unabhängig davon, ob der Transport nur innerhalb Deutschlands stattfindet oder ob er die deutschen Grenzen überschreitet.

3.3. Tierschutzgesetz

§ 11 TierSchG regelt die Erlaubnispflichten für den „wiederholten und dauerhaften Umgang mit Tieren“.¹² Dazu gehören u.a. das gewerbsmäßige Züchten und Halten, die Haltung von Tieren für andere in einem Tierheim oder einer tierheimähnlichen Einrichtung, der

¹¹ vgl. Verordnung (EG) Nr. 1/2005.

¹² Lorz/Metzger, § 11 Rn. 1.

gewerbsmäßige Handel mit Wirbeltieren und das gewerbsmäßige Zurschaustellen von Tieren. Die Erlaubnis setzt jedoch einen Antrag voraus. Mit der Ausübung der Tätigkeiten darf erst begonnen werden, wenn die Erlaubnis erteilt wurde. Diese darf nach § 11 Abs. 2 TierSchG nur erteilt werden, wenn die für die Einrichtung verantwortliche Person aufgrund ihrer Ausbildung oder ihres bisherigen beruflichen oder sonstigen Umgangs mit Tieren die für die Tätigkeit erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten hat, sowie die erforderliche Zuverlässigkeit besitzt und die der Haltung der Tiere dienenden Räume und Einrichtungen eine den Anforderungen des Tierschutzes entsprechende Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen.¹³ Die Ausübung der Tätigkeiten ohne das Besitzen der erforderlichen Erlaubnis stellt nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG eine Ordnungswidrigkeit dar und muss im Regelfall von der zuständigen Behörde untersagt werden (§ 11 Abs. 3 TierSchG).

3.3.1. Erlaubnis für das Betreiben einer tierheimähnliche Einrichtung

Nachdem Hunde von den Tierschutzorganisationen am Flughafen in Deutschland abgeholt worden sind, werden sie in privaten Pflegestellen untergebracht. Diese Pflegestellen fungieren als eine Art Zwischenstation zwischen der Aufnahme der Hunde durch die Tierschutzorganisation und der endgültigen Vermittlung an Dritte. Die Hunde werden meist mit einem Impfpass und einem Pflegevertrag bei der jeweiligen Pflegestelle abgegeben. Bei den privaten Pflegestellen handelt es sich in der Regel um Mitglieder der Organisation oder um andere ehrenamtlich Tätige, die die importierten Hunde in ihren privaten Wohnungen pflegen, betreuen, versorgen und unterbringen. Wie lange ein Hund in einer privaten Pflegestelle verbringt, kommt rein darauf an, wie schnell er vermittelt werden kann. So kann es sein, dass der aufgenommene Hund schon nach kurzer Zeit vermittelt wird oder aber auch, dass dieser monatelang

¹³ Tierschutzgesetz, § 11 Abs. 2 Nr. 1-3.

bei in der Pflegestelle verbringt. Die Anzahl der aufzunehmenden Hunde kann dabei die Pflegestelle selbst bestimmen. Die Erstattung der entstehenden Kosten an die Pflegestelle, wie etwa Futter und Zubehör, variiert von Tierschutzorganisation zu Tierschutzorganisation. Einige erstatten dies voll, einige nur teilweise.¹⁴

Fraglich ist, ob ein Tierschutzverein für die vorübergehende Unterbringung der Hunde in privaten Pflegestellen ein Tierheim bzw. eine tierheimähnliche Einrichtung betreibt und somit nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 TierSchG einer Erlaubnis bedarf.

Auch der Begriff des „Tierheims“ wird im Gesetz nicht definiert. Nach Art. 1 Nr. 4 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren vom 13. November 1987 (EÜH) bezeichnet der Ausdruck Tierheim „eine nicht auf Gewinnerzielung gerichtete Einrichtung, in der Heimtiere in größerer Anzahl gehalten werden können“. Nach Nr. 12.2.1.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 11 TierSchG sind Tierheime dadurch gekennzeichnet, dass sie „auf Dauer angelegt sind und überwiegend der Aufnahme und Pflege von Fund- oder Abgabetieren dienen“.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich in seiner Entscheidung vom 23.10.2008 mit der Frage auseinander gesetzt, was ein Tierheim ausmacht. Demnach „setze ein Tierheim Räumlichkeiten voraus, die jedenfalls in erster Linie der Unterbringung der Tiere dienen“.¹⁵

Tierheimähnliche Einrichtungen sind solche Einrichtungen, bei denen die wesentlichen Merkmale eines Tierheims vorliegen.¹⁶ Das BVerwG erläutert hierzu: „Eine Einrichtung ist einem Tierheim ähnlich, wenn Sinn und Zweck der durch § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 TierSchG begründeten

¹⁴ so u.a. Aktionsgemeinschaft für Tiere e.V., Pflegestelle, <http://www.agtiere.de/index.php?id=24> ; Refugio Casas Ibanez e.V., Was ist eine Pflegestelle, S. 2, <http://www.refugio-casas-ibanez.org/> ; A.S.P.A.friends e.V., Information zum Thema Pflegestelle, http://www.aspafriends.de/front_content.php?idcat=30 .

¹⁵ BVerwG, Urteil vom 23.10.2008 – 7 C 9/08 –, NVwZ-RR 2009, 102-103, Rn. 13.

¹⁶ BVerwG, Urteil vom 23.10.2008, a.a.O.

Erlaubnispflicht auch für die Erlaubnisbedürftigkeit der Einrichtung sprechen“. Es ist „Sinn und Zweck des § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 TierSchG, im Wege der behördlichen Vorabkontrolle die materiellen Anforderungen (insbesondere nach § 2 TierSchG) unter den besonderen Bedingungen des Tierheims sicherzustellen [...]. Gerade unter den spezifischen Haltungsbedingungen in einem Tierheim, in dem viele Tiere an einem Ort konzentriert gehalten werden, sind Verstöße gegen die materiellen Anforderungen an das Halten von Tieren zu besorgen, denen durch die Erlaubnispflicht begegnet werden soll“.¹⁷

Die Frage der Erlaubnispflicht hat das Bundesverwaltungsgericht in so gelagerten Fällen verneint. Die Voraussetzungen für ein Tierheim seien nicht gegeben, da ein Wohnhaus nicht dadurch zu einem Tierheim werde, dass seine „Bewohner dort auch Haustiere hielten“. Selbst eine „übermäßige, störende Haltung von Haustieren in einer Wohnung mache aus dieser grundsätzlich kein Tierheim“.¹⁸

Weiter trägt das BVerwG vor, eine tierheimähnliche Einrichtung liege bei einer Pflegestelle ebenso nicht vor. Die Unterbringung der Hunde in den Privatwohnungen führe zu keiner tierschutzwidrigen Haltung. Dies sei bei einer privaten Tierhaltung nicht der Fall.

Durch das gleichzeitige Halten von vielen Tieren an einem Ort sei es erforderlich, dass ein Leiter eines Tierheims spezifische Haltungsbedingungen vorhalte und besondere Kenntnisse und Fähigkeiten besitze. Obwohl es sich bei den Tieren um Pflege- und Fundtiere handle und dies zu Schwierigkeiten bei der Haltung führen kann, benötigen die Betreuer der Pflegestelle keine größere Fachkunde als jeder andere private Tierhalter, der Fund- und Pflegetiere versorgt und nicht für eine Organisation tätig wird.¹⁹

¹⁷ BVerwG, Urteil vom 23.10.2008, a.a.O., Rn. 16.

¹⁸ BVerwG, Urteil vom 23.10.2008, a.a.O., Rn. 13.

¹⁹ BVerwG, Urteil vom 23.10.2008, a.a.O., Rn. 18.

Ein Urteil des BVerwG hat nur bindende Wirkung für die Beteiligten des konkreten Verfahrens, trotzdem haben diese Entscheidungen eine rechtweisende Bedeutung für Rechtsprechung und Verwaltung. Die Entscheidungen des BVerwG sind meist Musterprozesse, die auf viele Fälle übertragbar sind. So ist es in der Gerichtspraxis üblich, dass sich viele Untergerichte wie Verwaltungsgerichte und Obergerichte an den Entscheidungen des BVerwG orientieren.²⁰

Dennoch hat das OVG Lüneburg²¹ hingegen in einem Fall anders entschieden, in dem eine Frau u.a. mehr als 30 Hunde auf ihrem Grundstück untergebracht hatte. Nach Meinung des Gerichts habe die Frau eine tierheimähnliche Einrichtung betrieben, weswegen auch eine Erlaubnispflicht gemäß TierSchG vorausgesetzt wurde. Diese „Tierhaltung gehe schon über eine private Tierhaltung hinaus, bei der der Gesetzgeber regelmäßig eine ordnungsgemäße Tierhaltung annimmt“.²² Die Zahl der untergebrachten Tiere spreche schon gegen eine private Tierhaltung.

Dieses Urteil zeigt, dass sich die Zahl der in den einzelnen Pflegestellen untergebrachten Tiere nicht mehr im Rahmen eines gängigen privaten Umgangs mit Tieren bewegt. Folglich haben die Veterinärverwaltungen nun die Aufgabe, im Einzelfall das Verhältnis der Anzahl der Tiere zur Größe des gesamten Grundstücks, auf dem die Tiere gehalten werden, abzuwägen um dann entscheiden zu können, ob sich die Tierhaltung noch im Rahmen eines gängigen privaten Umgangs bewegt oder nicht.

3.3.2. Erlaubnis für den gewerbsmäßigen Handel mit Wirbeltieren

Ungewiss ist, ob die Tierschutzorganisationen durch das Importieren und Vermitteln der Hunde an Dritte gewerbsmäßig handeln und somit einer Erlaubnispflicht nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3b TierSchG unterliegen. Dies wird auf der einen Seite von vielen Veterinärverwaltungen bejaht, auf der

²⁰ Bundesverwaltungsgericht, Rechtskraft und Verbindlichkeit, http://www.bverwg.de/enid/Rechtsprechung/Verfahren_36.html.

²¹ OVG Lüneburg, Beschluss vom 21.06.2011 – 11 ME 549/10 – juris.

²² OVG Lüneburg, Beschluss vom 21.06.2011, a.a.O.

anderen Seite jedoch von den Tierschutzorganisationen vehement abgestritten.

Der Gesetzgeber hat den Begriff der Gewerbsmäßigkeit im Tierschutzgesetz nicht definiert.

Auch die Gewerbeordnung enthält keine Legaldefinition des Begriffs Gewerbe. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hat das Gewerbe neben den negativen, ein Gewerbe ausschließenden Merkmalen wie Urproduktion, freiberufliche Tätigkeit und bloße Verwaltung und Nutzung eigenen Vermögens, auch vier positive Merkmale. Diese sind Dauerhaftigkeit der Tätigkeit, die Gewinnerzielungsabsicht, die Selbständigkeit und das Erlaubtsein einer Tätigkeit.²³

Es ist ersichtlich, dass sich die Definition in Nr. 12.2.1.5 der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes“ zur Auslegung des Begriffs „gewerbsmäßig“ in § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 TierSchG auf den gewerberechtlichen Begriff stützt. Danach handelt „gewerbsmäßig [...], wer die genannten Tätigkeiten selbständig, planmäßig, fortgesetzt und mit der Absicht der Gewinnerzielungsabsicht ausübt“. Nicht entscheidend ist hierfür eine Gewerbebeanmeldung. Bei der in der AVV aufgeführten Definition handelt es sich um eine Regelvermutung bzw. normauslegende Verwaltungsvorschrift, „die von übergeordneten Verwaltungsinstanzen oder Vorgesetzten an nachgeordnete Behörden oder Bedienstete ergehen und dazu dienen, Organisation und Handeln der Verwaltung zu bestimmen“²⁴. Die AVV stellt eine norminterpretierende Verwaltungsvorschrift dar, da sie die Behörde zu einer einheitlichen Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe anhält. Verwaltungsvorschriften entfalten keine nach außen wirksame Verbindlichkeit. Die Gerichte sind

²³ Tettinger/Wank/Ennuschat, § 1 Rn. 2.

²⁴ Bundesregierung, Verwaltungsvorschriften im Internet, <http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/>.

grundsätzlich nicht an die in der Verwaltungsvorschrift vorgeschriebene Auslegung gebunden.²⁵

In der Gerichtspraxis zeigt sich jedoch, dass viele Verwaltungsgerichte der Definition in Nr. 12.2.2.5 der AVV folgen und durch die Übernahme des gewerberechtlichen Gewerbebegriffs somit auch eine Gewinnerzielungsabsicht verlangen, so u.a. das VG Gelsenkirchen, Urteil vom 03.05.2012 – 16 K 2515/10 –, VG Koblenz, Beschluss vom 07.09.2011 – 2 L 760/11.KO –, VG Freiburg, Beschluss vom 09.12.2008 – 2 K 1500/08 – juris, VG München, Urteil vom 09.04.2008 – M 18 K 07.1105 – juris, VG Stuttgart, Beschluss vom 21.09.1998 – 4 K 2598/98 – juris. Auch die Kommentare zum Tierschutzgesetz orientieren sich an dieser Definition der AVV.²⁶

Für ein planmäßiges und fortgesetztes Handeln spricht bereits ein gewisser Umfang der Abgabe von Hunden.²⁷ Diese Merkmale werden seitens der Tierschutzvereine akzeptiert.

Strittig ist hingegen das Merkmal der Gewinnerzielungsabsicht. Unter Gewinnerzielungsabsicht versteht man „das planmäßige Streben, mehr zu erwirtschaften, als zur Deckung der betrieblichen Kosten erforderlich ist“.²⁸ Gewinn ist jeder „unmittelbare oder mittelbare wirtschaftliche Vorteil [...], der zu einem nennenswerten Überschuss über den Ausgleich der eigenen Aufwendungen hinausführt“.²⁹ Dabei kommt es nicht auf die Gewinnverwendungsabsicht an.

Die Organisationen weisen darauf hin, dass die erhobene Schutzgebühr nicht annähernd die Kosten für bspw. Impfung, Kastration, Entwurmen und den Transport decken würden. Ein Gewinn würde keinesfalls dadurch

²⁵ Schweickhardt/Vondung, Rn. 80.

²⁶ vgl. Hirt/Maisack/Moritz, § 11 Rdn. 9; Lorz/Metzger, § 11 Rdn. 15; Kluge, H., Rdn. 11.

²⁷ so u.a. VG Gelsenkirchen, Urteil vom 3.5.2012 – 16 K 2515/10 –; OVG Koblenz, Beschluss vom 15.11.2011 – 7 B 11150/11.OVG, 7 E 11285/11.OVG –; VG München, Urteil vom 9.4.2008 – M 18 K 07.1105 – juris.

²⁸ Robinski/Sprenger-Richter, Rn. 13.

²⁹ Tettinger/Wank/Ennuschat, § 1 Rn. 13.

entstehen, vielmehr würde durch die Schutzgebühr versucht werden die Kosten zu minimieren. In Literatur und Rechtsprechung³⁰ wird hingegen klargestellt, dass es gerade nicht darauf ankommt, ob tatsächlich ein Gewinn erzielt wird. Es wird lediglich vielmehr die Absicht zur Gewinnerzielung vorausgesetzt. Ebenso stehe die Verwirklichung des am Tierschutz orientierten Satzungszwecks, dem auch die Vermittlung der Tiere an Dritte dient, im Vordergrund und nicht der Gewinn als Ziel des Handelns.³¹ In Rechtsprechung wird jedoch darauf hingewiesen, dass eine Gewinnerzielungsabsicht nicht das einzige Motiv für den Handel mit Tieren sein muss; dass diese Tätigkeit auch aus Tierliebe bzw. Mitleid mit misshandelten Tieren ausgeübt wird, spricht nicht gegen die Gewerbsmäßigkeit.³²

Um eine Gewinnerzielungsabsicht festzustellen, muss diese innere Absicht äußerlich an Tatsachen sichtbar werden. Dies könnte schon daran festgemacht werden, wenn sich die erhobene Schutzgebühr nicht mehr in einem „bescheidenen Rahmen hält und wenn Tätigkeiten planmäßig ausgeführt werden“.³³

Liegt das erhobene Entgelt, hier die Schutzgebühr, im Bereich des Marktpreises für Hunde, der in Internet- und Zeitungsanzeigen verlangt wird, so spricht dies laut Rechtsprechung und Literatur als Indiz für die Absicht einer Gewinnerzielung.³⁴ In bspw. solch einem Fall liegt die Schutzgebühr nicht mehr in einem „bescheidenen“ Rahmen, zumal nur der Besitz und nicht das Eigentum der Hunde an den neuen Halter übergeht.

³⁰ so u.a. VG Koblenz, Urteil vom 7.9.2011 – 2 L 760/11.KO –; VG München, Urteil vom 09.04.2008, a.a.O.; Robinski/Sprenger-Richter, Rn. 13.

³¹ so Hirt, A., S. 14

³² so u.a. VG Gelsenkirchen, Urteil vom 03.05.2012, a.a.O., Rn. 40; VG Freiburg VG Freiburg, Beschluss vom 09.12.2008 – 2 K 1500/08 – juris, Rn. 16; VG München, Urteil vom 09.04.2008, a.a.O., Rn. 42.

³³ Thümmel, D., S. 94.

³⁴ so u.a. VG Gelsenkirchen, Urteil vom 03.05.2012, a.a.O.; Tettinger/Wank/Ennuschat, § 1 Rn. 15.

Da dies eine Vermutung darstellt, die durch Unterlagen seitens der Tierschutzorganisationen widerlegt werden kann, aus denen hervorgeht, dass die Einnahmen nicht die Kosten decken können, müssten in jedem Fall die Veterinärbehörden aufgrund ihrer Amtsermittlungspflicht nach § 24 LVwVfG und mit Hilfe der Aussagepflicht der betroffenen Personen nach § 16 Abs. 2 TierSchG alle für und gegen eine Gewinnerzielungsabsicht sprechenden Tatsachen ermitteln.³⁵ Dabei muss beachtet werden, dass zum einen nicht alle von den Tierschutzorganisationen vorgetragene Verlustposten berücksichtigungsfähig sind und zum anderen die Kosten für tierärztliche Versorgung im Ausland nicht so hoch ausfallen, wie in Deutschland. Aufgrund der verschiedenen Fallkonstruktionen werden folglich die Entscheidungen zur Gewerbsmäßigkeit von Fall zu Fall unterschiedlich ausfallen. Klarheit wird jedoch keinesfalls gewonnen werden.

Da das Merkmal der Gewinnerzielungsabsicht zu keiner Klarheit führt und die Diskussionen zum Nachteil der Tiere geht, stellt sich die Frage, ob es für das Vorliegen eines gewerbsmäßigen Handelns im Sinne des Tierschutzgesetzes zwingend einer Gewinnerzielungsabsicht bedarf und ob die AVV dahingehend verändert werden müsste. Der Bundesgerichtshof hat in seinem Urteil zum Verbrauchsgüterkauf vom 29.03.2006³⁶ die Gewinnerzielungsabsicht als Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbes verneint. Es sei „kein überzeugender Grund dafür ersichtlich [...], den Verbraucherschutz beim Verbrauchsgüterkauf davon abhängig zu machen, ob der Verkäufer mit einer in professioneller Weise betriebenen Geschäftstätigkeit Gewinn erzielen oder [...] damit lediglich Verluste reduzieren will. Nichts spricht dafür, das Schutzbedürfnis des Verbrauchers, auf das für den Anwendungsbereich des Gesetzes wesentlich abzustellen ist, für geringer zu erachten, wenn dem Verkäufer, der am Markt - nach seinem gesamten Erscheinungsbild - als Unternehmer auftritt, die Absicht der Gewinnerzielung fehlt. Diesem für

³⁵ Thümmel, D., S. 95.

³⁶ BGH, Urteil vom 29.03.2006 – VIII ZR 173/05 – juris.

das Verbraucherschutzrecht maßgeblichen, allein auf die objektiven Gegebenheiten abstellenden Unternehmer- und Gewerbebegriff hatte sich im Übrigen auch bereits die ältere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum handelsrechtlichen Gewerbebegriff angenähert, soweit sie den Zweck der Gewinnerzielung dahin verstanden hat, dass der Geschäftsbetrieb auf Erzielung "dauernder Einnahmen" gerichtet ist".³⁷ Bei der Beklagten sei dies der Fall, da die von ihr „betriebene Pferdezucht zur Deckung der damit verbundenen Kosten auf die Erzielung wiederkehrender Einnahmen durch Deckgelder und Verkaufserlöse ausgerichtet ist.“³⁸ Wie in dem vorliegenden Sachverhalt ist auch die bei den Tierschutzorganisationen betriebene Abgabe der Hunde gegen ein Entgelt darauf gerichtet, die Kosten zu decken.³⁹ Übertragen auf das Tierschutzgesetz bedeutet dies folglich nichts anderes, als dass das Schutzbedürfnis des Tieres nicht niedriger angesehen werden darf, wenn der verantwortlichen Person die Absicht der Gewinnerzielung fehlt.

Das VG Schleswig⁴⁰ schließt sich in seiner Entscheidung ebenso dem Grundsatz an, dass es beim Vorliegen eines gewerbsmäßigen Handel keiner Gewinnerzielungsabsicht bedarf. Der Begriff der Gewerbsmäßigkeit im Tierschutzgesetz müsse vielmehr der Erreichung der Ziele dieses Gesetzes und nicht der Ziele der Gewerbeordnung dienen. Sinn und Zweck des Tierschutzgesetzes sei es mit Aufführung des Begriffs der Gewerbsmäßigkeit eine verstärkte Überwachung und Einflussnahme auf Tätigkeiten zu ermöglichen, in denen eine Vielzahl von Tieren betroffen sind und die zu Lasten der Tiere gehen könnten. Eine „erhöhte Gefährlichkeit für die Tiere gehe schon von dem Umfang der Tätigkeit aus, der die Überschaubarkeit eines privaten Haushaltes überschreitet, und nicht erst bei der Gewinnerzielungsabsicht“⁴¹. Das Ansteigen von Kosten sei ein Indiz dafür, dass ein geschäftlicher Umfang erreicht wird, der zu

³⁷ BGH, Urteil vom 29.03.2006, a.a.O., Rn. 18.

³⁸ BGH, Urteil vom 29.03.2006, a.a.O.

³⁹ anders hingegen Hirt, A., S. 14.

⁴⁰ VG Schleswig, Urteil vom 17.08.2011 – 1 A 31/10 – S. 16 f.

⁴¹ VG Schleswig, Urteil vom 17.08.2011, a.a.O.

erhöhten Anforderung an den Tierschutz führt. Ab einem gewissen Umfang der Tätigkeiten würde das Bedürfnis der Kostenminimierung geweckt werden, so dass dann die Tätigkeiten gegen Entgelt vorgenommen werden.⁴²

Die Entscheidung des VG Schleswig wurde jedoch vom VG Lüneburg⁴³ abgelehnt. Das VG verlangt für die Feststellung der Gewerbsmäßigkeit eine Gewinnerzielungsabsicht, die das VG verneint. Jedoch verzichtet das VG darauf sich vom Tierschutzverein Unterlagen vorlegen zu lassen, die seine Behauptung beweisen und somit auf seine Pflicht, den Sachverhalt von Amts wegen aufzuklären (Untersuchungsgrundsatz, § 86 Abs. 1 Satz 1 VwGO). Ebenso verfehlt ist die Aussage, dass eine Gewinnerzielungsabsicht ausgeschlossen werden kann, da etwaige Überschüsse nur für den satzungsmäßigen Zweck verwendet werden, da es gerade nicht auf die Gewinnerverwendungsabsicht ankommt.

Die Arbeitsgruppe Tierschutz der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV) hat sich in der 17. Sitzung vom 4./5. Mai 2011 der Meinung des VG Schleswig angeschlossen. Für eine dauerhafte Lösung wird daher eine Änderung des Gesetzes dahingehend gefordert, dass der Begriff der „Gewinnerzielungsabsicht“ gegen den Begriff der „Entgeltlichkeit“ ersetzt wird.⁴⁴

Ebenso würde m.E. eine Änderung der AVV nach der Definition in Art. 2 der Schweizer Tierschutzverordnung sinnvoll erscheinen, in dem es heißt:

„Im Sinne dieser Verordnung gelten als:

a. Gewerbsmässigkeit: Handeln mit und Halten, Betreuen oder Züchten von Tieren mit der Absicht, für sich oder für Dritte ein Einkommen oder

⁴² VG Schleswig, Urteil vom 17.08.2011, a.a.O.; zuvor schon Thümmel, D., S. 100.

⁴³ VG Lüneburg, Urteil vom 19.04.2012 – 6 A 63/10 – juris, Rn. 17 f.

⁴⁴ LAV – Arbeitsgruppe Tierschutz, Protokoll zur Sitzung am 4./5. Mai 2011.

*einen Gewinn zu erzielen oder die eigenen Unkosten oder die Unkosten Dritter zu decken; [...].*⁴⁵

Nach dieser Definition wären dann auch die Fälle eingeschlossen, in denen die Tierschutzorganisationen „nur“ ihre Kosten minimieren möchten.

Das Bundeskabinett hat nun aktuell einer Novellierung des Tierschutzgesetzes zugestimmt, mit der die am 9. November 2010 in Kraft getretene europäische Richtlinie 2010/63/EU zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere in nationales Recht umgesetzt werden soll. Der von Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner vorgeschlagene Gesetzesentwurf enthält jedoch keinerlei Änderungen bezüglich des Imports von Tieren aus dem Ausland. Der Bundesrat hingegen hat in seiner Sitzung am 06.07.2012 Stellung zu dem Gesetzesentwurf genommen. Der Bundesrat beschloss, die Tätigkeit der Verbringung, Einführung oder Vermittlung von Wirbeltieren zum Zweck der Abgabe an Dritte unter Erlaubnisvorbehalt zu stellen, um eine klare Rechtslage, verbunden mit einer einheitlichen Anwendung, zu schaffen, die die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Voraussetzungen gewährleistet. In § 11 TierSchG soll daher eine neue Nummer eingefügt werden mit dem Wortlaut:

(1) Wer [...]

4a. „Wirbeltiere, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe an Dritte verbringen, einführen oder vermitteln,“

*will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde.*⁴⁶

⁴⁵ Schweizer Tierschutzverordnung vom 23.04.2008, Art. 2 Abs. 3 Buchstabe a, http://www.admin.ch/ch/d/sr/c455_1.html (s. Anlage 15).

⁴⁶ Bundesrat-Drucksache 300/12, S. 24 f., http://www.bundesrat.de/nn_1934482/DE/parlamentsmaterial/jahresarchiv/beratungsvorgaenge-12,gtp=2291652_3D2.html

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates in einer Gegenäußerung grundsätzlich überein. Sie präzisiert die einzufügende Nummer noch, in dem sie folgende Formulierung vorschlägt:

„5. Wirbeltiere, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland verbringen oder einführen oder die Abgabe solcher Tiere, die in das Inland verbracht oder eingeführt werden sollen oder worden sind, gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung vermitteln“.

Als Begründung führt die Bundesregierung auf, dass Voraussetzung für eine solche Tätigkeit die Entgeltlichkeit oder der Erhalt einer Gegenleistung sei. Ansonsten würden auch private Abgaben, wie an Familienangehörigen, mit unter die Erlaubnispflicht fallen. Weiter führt die Bundesregierung auf, dass „zwischen dem Erhalt des Entgeltes beziehungsweise der Gegenleistung und der Leistung desjenigen, der ein Tier zwecks Abgabe in das Inland verbringt oder einführt oder diese Abgabe vermittelt, [...] lediglich eine ursächliche Verknüpfung bestehen [muss].“ Dabei setzt die Entgeltlichkeit nicht voraus, „dass ein Gewinn erzielt wird. Ausreichend ist zum Beispiel, dass derjenige, an den das Tier abgegeben wird, die Kosten für das Verbringen oder die Einfuhr des Tieres erstattet.“⁴⁷

Der Vorschlag der Bundesregierung ist zu befürworten. Dieser ähnelt der o.g. Empfehlung der Arbeitsgruppe Tierschutz der LAV, da auch hier die Entgeltlichkeit verlangt wird und nicht mehr die derzeit strittige Frage der Gewinnerzielungsabsicht.

Im weiteren Gesetzgebungsverfahren muss noch der Bundestag über den Gesetzesentwurf entscheiden. Es wäre zu begrüßen, wenn dieser sich der Meinung der Bundesregierung anschließt und der Bundesrat schließlich auf die Einberufung des Vermittlungsausschusses verzichten würde, so

⁴⁷ Bundesregierung, Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates (Bundesrats-Drucksache 300/12 - Beschluss) zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes, S. 16 f. (s. Anlage 17).

dass das Gesetz ausgefertigt und verkündet werden kann. Damit wäre für eine einheitliche Anwendung und eine klare Rechtslage geschaffen.

4. Zivilrechtliche Aspekte

Bei der Vermittlung der Hunde an Dritte wird ein Vertrag abgeschlossen, den die Tierschutzorganisationen meist als „Schutzvertrag“ oder „Abgabevertrag“ bezeichnen. Diesem liegt die Zahlung einer Gebühr zu Grunde, der sogenannten „Schutzgebühr“. Fraglich ist, welchen zivilrechtlichen Stellenwert ein solcher Vertrag hat.

4.1. Vertragstypen im Zivilrecht

Vorschriften über Verträge finden sich hauptsächlich im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Der Begriff des Vertrages ist im Gesetz nicht definiert. Unter einem Vertrag wird ein Rechtsgeschäft verstanden, das durch zwei oder mehreren übereinstimmende Willenserklärungen zustande kommt.⁴⁸

Wesentliches Grundprinzip des BGB ist die sogenannte Privatautonomie. Dieser Grundsatz beinhaltet die Unabhängigkeit und Freiheit des Einzelnen bei der eigenverantwortlichen Gestaltung und Regelung seiner privaten Lebensverhältnisse. Zum wesentlichen Element der Privatautonomie gehört auch die Vertragsfreiheit, d.h. die Parteien können den Abschluss wie auch den Inhalt des Vertrages frei gestalten (Inhalts- und Gestaltungsfreiheit). Die Vertragsfreiheit wird durch den Grundsatz der allgemeinen Handlungsfreiheit in Art. 2 Abs. 1 GG gewährleistet und findet sich in § 311 Abs. 1 BGB. Grenzen findet die Vertragsfreiheit dort, wo Rechte anderer verletzt werden, bei einem Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB) oder gegen die guten Sitten (§ 138 BGB).⁴⁹

Auf Grund dieses Grundprinzips sind sogenannte Verträge sui generis zulässig und rechtsgültig. Bei einem Vertrag sui generis handelt es sich

⁴⁸ Rechtswörterbuch, Vertrag, <http://www.rechtswörterbuch.de/recht/v/vertrag/> .

⁴⁹ Jousen, J., S. 5.

um einen Vertragstyp, der im BGB nicht ausdrücklich geregelt ist. Ausdrücklich geregelt sind bspw. der Kaufvertrag, Mietvertrag, Dienstvertrag und der Werkvertrag.

Der Kaufvertrag ist in den §§ 433 ff. BGB geregelt. Er begründet lediglich die Verpflichtung des Verkäufers zur Übergabe der Kaufsache und der Verschaffung des Eigentums an ihr. Zudem begründet er die Verpflichtung des Käufers zur Zahlung des Kaufpreises und zur Abnahme der gekauften Sache. Durch den Kaufvertrag ändert sich zunächst an der Rechtslage hinsichtlich des Kaufgegenstands und des Kaufpreises nichts, da der Verkäufer noch Eigentümer des Kaufgegenstandes und der Käufer Eigentümer des Kaufpreises bleibt (sog. Verpflichtungsgeschäft). Erst durch die Übereignung gemäß § 929 Satz 1 BGB, d.h. durch Einigung über den Eigentumswechsel und Übergabe der Sache, geht das Eigentum am Kaufgegenstand vom Verkäufer auf den Käufer über (sog. Verfügungsgeschäft).

Der Mietvertrag ist ein Vertrag, in dem sich der Vermieter dazu verpflichtet, dem Mieter den Gebrauch einer Sache zu gewähren. Der Mieter verpflichtet sich zur Zahlung der vereinbarten Miete. Meist wird durch den Mietvertrag ein Dauerschuldverhältnis begründet. Die gesetzlichen Regelungen zum Mietvertrag finden sich in den §§ 535 ff BGB.

4.2. Die „Schutzverträge“

Nach § 90a BGB sind Tiere keine Sachen, jedoch werden sie rechtlich als solche behandelt. Demnach sind die Vorschriften über Verträge bei den Tierschutzverträgen anwendbar. Anhand zweier Schutzverträge⁵⁰ sollen nun diese Art von Verträgen zivilrechtlich dargestellt werden.

⁵⁰ Tierschutzverein Noris e.V., Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines Tieres (s. Anlage 19); Stray-einsame Vierbeiner e.V., Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines Tieres (s. Anlage 20).

Bei den Schutzverträgen werden den Erwerbern umfangreiche Pflichten auferlegt. So wird dieser beispielsweise verpflichtet, den Hund nicht an Dritte weiterzugeben, dem Hund eine artgerechte Haltung zu ermöglichen (u.a. keine Anbinde- und Zwingerhaltung), ihn regelmäßig tierärztlich zu versorgen und zur Überprüfung der Einhaltung der Vereinbarungen den Mitarbeitern der Tierschutzorganisation jederzeit den Zutritt zu seinen privaten Räumlichkeiten zu gestatten. Auch Haftungs- und Gewährleistungsausschlussklauseln sind die Regel. Bei Verstößen droht dem Unternehmer eine Vertragsstrafe bis zu 1.000 Euro.

Schutzverträge stellen keine Kaufverträge i.S.d. § 433 BGB dar. Das Zustandekommen eines Kaufvertrages setzt die Übereignung voraus. Diese erfolgt durch Einigung und Übergabe. Bei den Schutzverträgen wird jedoch seitens der Tierschutzorganisationen gerade ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Eigentum der Hunde bei der Tierschutzorganisation verbleibt und nur der Besitz übergeht. Somit fehlt es bereits an dem Merkmal der Einigung, da das Eigentum an dem Hund an die Unternehmer nicht übergehen soll. Zudem erfolgt in den Schutzverträgen meist der Hinweis, dass es sich nicht um einen Kaufvertrag nach § 433 BGB handele.

Vielmehr stellt ein Schutzvertrag ein Vertrag sui generis dar. Zu dieser Auffassung kam auch zuletzt das Landgericht Krefeld.⁵¹ Das LG führte auf, dass der Schwerpunkt nicht in der für den „Kaufvertrag prägenden entgeltlichen Übergabe und Eigentumsverschaffung der Hündin, sondern in der Übergabe des Tieres zur Haltung und Pflege durch den Unternehmer“⁵² liege.

Da durch die Abgabe an Dritte eine entgeltliche Überlassung des Hundes auf unbestimmte Zeit gegeben ist, lässt sich der Schutzvertrag eher als eine Art Mietvertrag einstufen. Die Fälligkeit der Miete richtet sich hier

⁵¹ LG Krefeld, Urteil vom 13.04.2007 – 1 S 79/06 – juris, Rn.7.

⁵² LG Krefeld, Urteil vom 13.04.2007, a.a.O., Rn.8.

nach Parteivereinbarung. Hierbei kann auch vereinbart werden, dass die Miete nicht monatlich gezahlt werden muss.

Fraglich ist, ob die Vertragsvereinbarungen in den Schutzverträgen wirksam sind. Die Regelungen in den Schutzverträgen stellen Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) dar. AGB sind nach § 305 Abs. 1 BGB alle für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierten Vertragsbedingungen. Dabei geht es um die Absicht der Mehrfachverwendung, die bei den Schutzverträgen der Tierschutzorganisationen klar gegeben ist, da die Verträge schon auf den Internetseiten einiger Tierschutzvereine angeboten werden.

AGB werden nach § 305 Abs. 2 BGB nur Bestandteil des Vertrags zwischen den Vertragsparteien, wenn der Verwender bei Vertragsschluss ausdrücklich oder, wenn dieser Hinweis nur unter unverhältnismäßigen Schwierigkeiten möglich ist, durch deutlichen sichtbaren Aushang am Orte des Vertragsschlusses darauf hinweist (§ 305 Abs. 2 Nr. 1 BGB) und der anderen Vertragspartei die Möglichkeit verschafft, in zumutbarer Weise, die auch eine für den Verwender erkennbare körperliche Behinderung berücksichtigt, vom Inhalt der Allgemeinen Geschäftsbedingungen Kenntnis zu nehmen (§ 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB). Dritte Voraussetzung ist, dass der andere Teil sich mit den AGB einverstanden erklärt. Der Unternehmer hat klar die Möglichkeit zur Kenntnisnahme (teilweise wird auch am Anfang des Schutzvertrages darauf hingewiesen wie bspw. bei dem Vertrag des TSV Noris e.V.⁵³) und signalisiert durch seine Unterschrift letztendlich, dass er auch damit einverstanden ist. Somit werden die AGB Vertragsbestandteil.

AGB unterliegen generell einer Inhaltskontrolle nach den §§ 307 – 309 BGB, wenn diese von Rechtsvorschriften abweichen (§ 307 Abs. 3 BGB), was bei den Schutzverträgen der Fall ist. AGB sind nur wirksam, wenn sie weder gegen ein Klauselverbot (§§ 308, 309 BGB)

⁵³ s. Anlage 19.

noch gegen die Generalklausel (§ 307 BGB) verstoßen. Die in den Schutzverträgen enthaltenen Klauseln verstoßen nicht gegen eines der in den §§ 308 und 309 BGB aufgezählten Klauselverbote. Nach § 307 Abs. 1 Satz 1 BGB jedoch sind AGB unwirksam, wenn sie den Vertragspartner entgegen Treu und Glauben unangemessen benachteiligen. Eine unangemessene Benachteiligung wird durch § 307 Abs. 2 BGB konkretisiert. Demnach liegt eine unangemessene Benachteiligung im Zweifel vor, wenn eine Bestimmung mit den wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, von der abgewichen wird, nicht zu vereinbaren ist, oder wenn wesentliche Rechte und Pflichten, die sich aus der Natur des Vertrages ergeben, so einschränkt werden, dass die Erreichung des Vertragszweckes gefährdet wird. Eine unangemessene Benachteiligung kann sich nach § 307 Abs. 1 Satz 2 BGB auch daraus ergeben, dass die Klausel unklar und unverständlich formuliert ist.

Die Schutzverträge enthalten eine umstrittene Klausel, die die Tierschutzorganisation im Falle eines Vertragsverstoßes berechtigt, das vermittelte Tier wieder heraus zu verlangen. Grundsätzlich darf der Tierschutzverein bei einem Vertragsverstoß den Vertrag außerordentlich fristlos kündigen (§ 543 BGB) und als Eigentümer nach § 985 BGB die Herausgabe des Hundes verlangen, jedoch darf er als mittelbarer Besitzer und Eigentümer dem Tierhalter als unmittelbaren Besitzer nicht gegen dessen Willen den Besitz an dem Hund entziehen (sog. verbotene Eigenmacht nach § 859 BGB). Ein Vermieter ist bspw. trotz wirksamer Kündigung nicht berechtigt, eigenmächtig die Mietsache wieder in Besitz zu nehmen. In einem vom AG Reutlingen entschiedenen Fall hatte ein Tierschutzverein den Hund der Erwerberin weggenommen, da diese den Hund zeitweise bei einer Freundin untergebracht hatte. Das AG Reutlingen entschied durch Beschluss, dass der Hund wieder an die

Erwerberin herauszugeben sei. Die Klausel an sich bleibt jedoch weiterhin wirksam.⁵⁴

Gewährleistungsvorschriften finden analog § 535 BGB Anwendung, wonach die mangelfreie Gebrauchsüberlassung für die Zeit der Miete vom Vermieter, hier Tierschutzverein, gewährleistet werden muss. Für eventuell später eintretende Mängel, wie die Erkrankung des Tieres, muss der Verein keine Haftung übernehmen, wenn er diese nicht zu vertreten hat. In den Schutzverträgen wird meist darauf hingewiesen, dass die Tiere, sofern erforderlich, vor der Vermittlung von einer Fachkraft auf ihren Gesundheitszustand überprüft werden. Nicht erkennbare Krankheiten, die nach der Vermittlung zum Ausbruch kommen könnten, haben die Tierschutzorganisation folglich nicht zu vertreten. Die Übernehmer haben laut Vertrag ebenso die Möglichkeiten, sich über das Tier zu informieren.⁵⁵ Deshalb hat ein Tierschutzverein auch Verhaltensveränderungen nicht zu vertreten.

Im Übrigen stellen die weiteren Vertragsvereinbarungen, wie über Kastrationspflicht, Haltungsbedingungen, Gesundheitsmaßnahmen und Kontrollen keine unangemessene Benachteiligung für den Übernehmer dar. Ebenso sind die nicht als überraschend einzustufen. Für den Erwerber muss klar sein, dass er evtl. einen vom Ausland importierten Hund vermittelt bekommt und insoweit andere Pflichten hat, als wenn er einen Hund von einem Züchter erwirbt. Von daher kann auch u.a. von ihm verlangt werden, dass die Tierschutzvereine eine angekündigte Nachkontrolle durchführen, er den Hund auf Mittelmeerkrankheiten testen lassen muss und dass Zwinger- oder Anbindehaltung verboten sind.

Das Problem liegt daher weniger in der Wirksamkeit der einzelnen Vertragsbedingungen, sondern eher in der Durchsetzbarkeit, wenn der Übernehmer gegen diese verstößt. Da die Durchsetzbarkeit der Verpflichtungen in den Schutzverträgen, wie Impfungen und

⁵⁴ Koblenz, P., (Tier-)Schutzverträge auf dem Prüfstand.

⁵⁵ so auch das LG Krefeld, Urteil vom 13.04.2007, a.a.O.

Wohnungsbesichtigung, letztlich nicht gewährleistet wird, wird seitens der Tierschutzvereine versucht, über die Vertragsstrafe etwas zu erreichen. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass der Wert der Vertragsstrafe im Verhältnis zum Wert des Tieres nicht unangemessen hoch ist, da sie sonst eine unangemessene Benachteiligung darstellen würde und somit nicht wirksam wäre.⁵⁶ Das LG Essen entschied in seinem Urteil, dass eine Vertragsstrafe in Höhe von 1.000 Euro in zahlreich in Betracht kommenden Vertragsvereinbarungen (wie verzögerter Abschluss einer Haftpflichtversicherung, eine nicht oder verzögerte Mitteilung der Adressänderung) eine übermäßige Sanktion darstelle.⁵⁷ Die in den Anlagen 19 und 20 dargestellten Schutzverträge enthalten jedoch im Hinblick auf die Höhe der Strafe eine angemessene Vertragstrafen (s. § 8 des Vertrags des Tierschutzvereins Noris e.V. und § 14 des Vertrags des Tierschutzverein Stray e.V.).

5. Steuerrechtliche Aspekte

5.1. Vorbemerkungen zum Verein

Bei einem Verein handelt es sich um eine „auf Dauer berechnete Verbindung einer größeren Anzahl von Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, die nach ihrer Satzung körperschaftlich organisiert ist, einen Gesamtnamen führt und auf einen wechselnden Mitgliederbestand angelegt ist“.⁵⁸

Das BGB unterscheidet zwischen zwei Vereinsarten, dem wirtschaftlichen und dem ideellen Verein, auch Idealverein genannt. Bei der Differenzierung, ob ein wirtschaftlicher oder ideeller Verein gegeben ist, ist auf den in der Satzung beschriebenen Vereinszweck abzustellen.⁵⁹ Die Tierschutzvereine lassen sich deutlich als ideelle Vereine nach § 21 BGB

⁵⁶ vgl. hierzu OLG Celle, Urteil vom 28.01.2009 – 3 U 186/08 – OLGR Celle 2009, 415-417; LG Essen, Urteil vom 18.01.2011 – 15 S 277/2010 –.

⁵⁷ LG Essen, Urteil vom 18.01.2011, a.a.O.

⁵⁸ Dauber, H., S. 1.

⁵⁹ Hüttemann, R., § 2 Rn. 29.

einordnen, da sie einen gemeinnützigen Zweck verfolgen. Durch Eintragung in das Vereinsregister beim jeweiligen Amtsgericht erlangen Vereine ihre Rechtsfähigkeit und den Namenszusatz „eingetragener Verein (e.V.)“ (§ 65 BGB).

Steuerlich werden eingetragene und nichteingetragene Vereine gleich behandelt.⁶⁰ Beide Vereinsarten unterliegen grundsätzlich der Besteuerung nach dem Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuergesetz. Die Eintragung eines Vereins in das Vereinsregister ist deshalb auch nicht Voraussetzung für die Anerkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit.

Die Einnahmen und Ausgaben eines Vereins werden in vier verschiedene Tätigkeitsbereiche zugewiesen:

- Dem ideellen Bereich werden u.a. Mitgliedsbeiträge, Spenden, Zuschüsse zugeschrieben. Dieser Bereich ist grundsätzlich von der Steuer befreit.
- Der steuerbegünstigten Vermögensverwaltung werden u.a. Vermietung von Grundbesitz, Verpachtungen zugewiesen.
- Dem steuerbegünstigten Zweckbetrieb werden u.a. gemeinnützige Veranstaltungen, wie z.B. sportliche Veranstaltungen bis 35.000 €, kulturelle Veranstaltungen zugeschrieben.
- Dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb werden u.a. Bewirtung, Werbeeinnahmen, sportliche Veranstaltungen mit Einnahmen über 35.000 € zugewiesen.⁶¹

⁶⁰ Hüttemann, R., § 2 Rn. 27.

⁶¹ Dauber, H., S. 111 ff.

5.2. Besteuerung gemeinnütziger Vereine

Vereine können vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt werden. Vorschriften zur Gemeinnützigkeit finden sich in den §§ 51 bis 68 Abgabenordnung (AO).

Gemeinnützigkeit bedeutet nach § 52 Abs. 1 AO, dass die Tätigkeit einer Körperschaft darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Zur Förderung der Allgemeinheit sind in Abs. 2 anzuerkennende Zwecke genannt. Dazu gehört auch die Förderung des Tierschutzes (Nr. 14).

Gemeinnützige Zwecke werden nur dann verfolgt, wenn die Allgemeinheit gefördert wird. Von Bedeutung ist dabei, ob der geförderte Personenkreis als Ausschnitt aus der Allgemeinheit angesehen werden kann. Eine für die Gemeinnützigkeit schädliche Begrenzung kann beispielsweise darin liegen, dass durch hohe Aufnahmegebühren oder Mitgliedsbeiträge der Allgemeinheit der Zugang zu dem Verein verwehrt wird.⁶²

Weitere Voraussetzung ist, dass der Verein seine steuerbegünstigten Zwecke selbstlos, ausschließlich und unmittelbar verfolgt.

Selbstlosigkeit liegt nach § 55 AO vor, wenn durch die Tätigkeit des Vereins nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke – zum Beispiel gewerbliche Zwecke oder sonstige Erwerbszwecke – des Vereins selbst oder seiner Mitglieder gefördert werden. Sämtliche Vermögenswerte des Vereins müssen grundsätzlich vollständig und zeitnah für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. In bestimmten Fällen existieren Ausnahmen in Bezug auf die Bildung von Rücklagen. Außerdem dürfen an die Mitglieder keine Zuwendungen gewährt werden.

Entscheidend ist zudem, dass der Verein ausschließlich seine steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke verfolgt (§ 56 AO). Wirtschaftliche Betätigungen sind nach dem Grundsatz der

⁶² Märkle/Alber, S. 132 f.

Ausschließlichkeit zwar erlaubt, sie dürfen jedoch nur von untergeordneter Bedeutung sein, d.h. nur gelegentlich erfolgen.⁶³

Der Grundsatz der Unmittelbarkeit besagt, dass der Verein seinen steuerbegünstigten Zweck grundsätzlich selbst verwirklichen muss (§ 57 AO). Dieser ist auch erfüllt, wenn sich der steuerbegünstigte Verein einer Hilfsperson bedient, sofern das Wirken der Hilfsperson wie eigenes Wirken anzusehen ist (§ 57 Abs. 1 Satz 2 AO). Dabei muss die Hilfsperson nach Weisung des Vereins einen konkreten Auftrag erfüllen.⁶⁴

Grundsätzlich unterliegt jeder Verein der Steuer- und Abgabepflicht. Handelt es sich jedoch um einen gemeinnützigen Verein, so profitiert dieser von Steuervergünstigungen bei allen wichtigen Steuerarten. So sind Steuerbefreiungen u.a. bei Körperschaft- und Gewerbesteuer und Steuerermäßigungen bei der Umsatzsteuer die Regel. Fördert eine Körperschaft gemeinnützige Zwecke, ergibt sich hieraus aber nicht zwangsläufig eine vollständige Gewährung der Steuervergünstigung. Steuervergünstigungen werden bei Verfolgung gemeinnütziger Zwecke nämlich dann ausgeschlossen, wenn der Zweck durch Erbringung von Leistungen verfolgt wird, die im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs ausgeführt werden. Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist eine selbständige nachhaltige Tätigkeit, durch die Einnahmen oder andere wirtschaftliche Vorteile erzielt werden und die über den Rahmen der Vermögensverwaltung (Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung) hinausgehen (§ 14 Satz 1 AO). Die Tiervermittlung lässt sich klar als wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb einordnen, da sie selbständig, nachhaltig (in einem bestimmten Zeitraum mit der Absicht der Wiederholung) ausgeübt wird und dadurch Einnahmen erzielt werden. Die Absicht der Gewinnerzielung ist hierbei nicht erforderlich.

⁶³ Dauber, H., S. 88.

⁶⁴ Schleder, H., S. 122.

5.3. Satzungen der Vereine

Das Erfordernis einer Satzung ist „eine unverzichtbare gesetzliche Voraussetzung für die Steuerbegünstigung“.⁶⁵ Nach § 59 AO wird die Steuervergünstigung nur gewährt, wenn sich aus der Satzung ergibt, welchen Zweck der Verein verfolgt. Dabei muss der Zweck den Anforderungen der §§ 52 bis 55 AO entsprechen und ausschließlich und unmittelbar verfolgt werden. Die Satzung muss so bestimmt sein, dass ihr entnommen werden kann, ob die Voraussetzungen der Steuervergünstigung vorliegen (so genannte formelle Satzungsmaßigkeit).⁶⁶

Die Satzung muss mit der tatsächlichen Geschäftsführung übereinstimmen (§ 63 Abs. 1 AO), d.h. es dürfen nur „die in der Satzung bezeichneten Zwecke in der dort vorgegebenen Form verfolgt werden“.⁶⁷

5.4. Voraussetzungen einer Steuerbefreiung im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb

Wie bereits unter Kapitel 5.2. erwähnt, stellt die Tiervermittlung ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb dar. Liegt ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vor, so verliert ein gemeinnütziger Verein seine Steuerbegünstigung nicht, wenn er nach seinem Satzungszweck ein Mittelbeschaffungsverein (§ 58 Nr. 1 AO) ist oder als Zweckbetrieb einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb darstellt, der in seiner Gesamtrichtung dazu dient, die steuerbegünstigten satzungsgemäßen Zwecke der Körperschaft zu verwirklichen (§ 65 Nr. 1 AO), diese Zwecke nur durch einen solchen Geschäftsbetrieb erreicht werden können (§ 65 Nr. 2 AO) und der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb zu steuerpflichtigen Betrieben derselben oder ähnlicher Art nicht in größerem Umfang in Wettbewerb tritt, als es bei Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke unvermeidbar ist (§ 65 Nr. 3 AO).

⁶⁵ Hüttemann, R., § 4 Rn. 126.

⁶⁶ Dauber, H., S. 98.

⁶⁷ Hüttemann, R., § 4 Rn. 152.

Bei einem sog. Mittelbeschaffungsverein im Sinne des § 58 Nr. 1 AO wird die Steuervergünstigung der Körperschaft nicht ausgeschlossen, wenn sie für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke einer anderen Körperschaft Mittel beschafft. § 58 Nr. 1 verdrängt somit das Unmittelbarkeitsprinzip. Voraussetzung ist jedoch, dass die „materielle Mittelbeschaffung als Satzungszweck ausdrücklich in der Satzung benannt ist“.⁶⁸ Dies trifft jedoch bei kaum einem Tierschutzverein zu.⁶⁹

Ein Zweckbetrieb (§ 65 AO) ist unter den o.g. Voraussetzungen gegeben. Für die Annahme eines Zweckbetriebs müssen die Voraussetzungen kumulativ erfüllt werden. Die §§ 66-68 AO regeln jedoch als *lex specialis* die Zweckbetriebseigenschaften.

Ein Tierschutzverein ist jedoch kein Zweckbetrieb im Sinne der §§ 66-68 AO, da sein Betrieb in diesen Vorschriften nicht genannt ist.

Aber auch die Eigenschaften eines allgemeinen Zweckbetriebs im Sinne des § 65 AO erfüllen die Tierschutzvereine nicht. Obgleich sie die Voraussetzung des § 65 Nr. 1 AO erfüllen, da die Tierermittlung auf die Verwirklichung des steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecks des Vereins zugeschnitten ist, fehlt es jedoch an den Voraussetzungen des § 65 Nr. 2 und Nr. 3 AO.

Nach § 65 Nr. 2 AO ist ein Zweckbetrieb nur dann gegeben, wenn die steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke der Körperschaft nur durch den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb erreicht werden können. Ist die Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke auch ohne den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb möglich, bildet er folglich nicht das einzige Mittel zur Zweckerreichung, so liegt auch kein Zweckbetrieb vor.⁷⁰ Dabei ist es unerheblich, ob die „Einnahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs

⁶⁸ FG Baden-Württemberg, Beschluss vom 18.04.2011 – 14 V 4072/10 – juris, Rn. 56.

⁶⁹ so u.a. Satzungen der Tierschutzinitiative Berga e.V. (s. Anlage 22), Tierschutzverein Gießen und Umgebung e.V. (s. Anlage 23), Tierschutz Spanien e.V. (s. Anlage 24); siehe jedoch auch Kapitel 7.3.

⁷⁰ vgl. FG Baden-Württemberg, Beschluss vom 18.04.2011, a.a.O., Rn. 53.

zur Erfüllung des begünstigten Zwecks eingesetzt werden“.⁷¹ Der steuerbegünstigte Zweck in der Satzung der Tierschutzvereine besteht meist im Schutz der Tiere. Dies wird u.a. verwirklicht durch die Rettung und Vermittlung bedürftiger und von der Tötung bedrohter Tiere, aber auch durch bspw. Aufklärungsarbeiten oder Kastrationsprojekten. Das Finanzgericht Baden-Württemberg entschied, dass der „wirtschaftliche Geschäftsbetrieb "entgeltliche Tierversmittlung" nicht das einzige und unentbehrliche Mittel ist, den steuerbegünstigten Satzungszweck zu erreichen. Vielmehr bedarf es weiterer Aktivitäten des Vereins, um die satzungsmäßigen Ziele zu verwirklichen“.⁷²

Zudem treten Tierschutzvereine mit vergleichbaren, nicht begünstigten Unternehmen in größerem Umfang in Wettbewerb, als dies für die Erfüllung der begünstigten Zwecke unvermeidbar ist (§ 65 Nr. 3 AO). Hierzu ist es nicht erforderlich, dass der Verein tatsächlich in Konkurrenz zu steuerpflichtigen Betrieben derselben oder ähnlicher Art tritt. Es genügt schon der potentielle Wettbewerb.⁷³ Das FG Baden-Württemberg führt hierzu auf, dass „durch steuerliche Regelungen weder Marktzutrittsschranken errichtet oder Wettbewerber vom Markt verdrängt, noch soll in sonstiger Weise der Wettbewerb beeinträchtigt werden [sollen]“.⁷⁴ Wie bereits im tierschutzrechtlichen Kapitel dargestellt, treten Tierschutzorganisationen in Konkurrenz mit Tierhändlern und Züchtern.

Die Einnahmen aus entgeltlicher Tierversmittlung unterliegen damit der Körperschaftsteuer, die Umsätze dem vollen Steuersatz. Bildet die Tierversmittlung zudem die Haupttätigkeit eines Vereins, fällt damit zugleich der gemeinnützige Status.

⁷¹ Kühn/von Wedelstädt, S. 151.

⁷² FG Baden-Württemberg, Beschluss vom 18.04.2011, a.a.O, Rn. 54.

⁷³ Pahlke/Koenig, § 65 Rn. 9.

⁷⁴ FG Baden-Württemberg, a.a.O, Rn. 55.

6. Praxisbeispiel

Der folgende Vorgang des Landratsamts L. soll beispielhaft die Thematik des Imports von Hunden zur Vermittlung an Dritte veranschaulichen. Die Namen wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen abgeändert.

Nach einer eingegangenen Tierschutzanzeige wurde die Kontrolle der Hundehaltung der Frau F. durch das Landratsamt L. durchgeführt. Diese erklärte im Rahmen der Kontrolle, den Verein V gegründet zu haben, um sich um die Vermittlung von Hunden zu kümmern. Daraufhin wurde Frau F. aufgefordert, einen Antrag auf Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 TierSchG für den Betrieb einer tierheimähnlichen Einrichtung zur Unterbringung und Weitervermittlung von Fund- und Abgabehunden im Rahmen ihrer Tätigkeit als Vorsitzende des Vereins V zu stellen. Nach Prüfung der Voraussetzungen durch die Veterinärbehörde wurde eine Erlaubnis gem. § 11 TierSchG schließlich auch erteilt.

Im Rahmen dieser Erlaubnis nahm Frau F. ausgesetzte und z.T. misshandelte Hunde aus dem Ausland auf, beherbergte und pflegte diese auf Zeit und vermittelte diese gegen eine Schutzgebühr anschließend wieder an neue Besitzer. Teilweise wurden die Hunde auch auf Pflegestellen verteilt.

Als dies dem Landratsamt L. zur Kenntnis kam, wurde Frau F. aufgefordert, einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum gewerbsmäßigen Handel mit Hunden nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3b TierSchG und auf Erteilung einer tierschutzrechtlichen Zulassung für Beförderung von Tieren nach der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zu stellen. Zudem fiel im Rahmen einer Kontrolle durch das Landratsamt L. auf, dass die Zahl der im Wohnhaus von Frau F. aufgenommenen Hunde aus dem Ausland auf bis zu 50 Hunden angestiegen war. Aufgrund gleichzeitig auftretender zahlreicher

Nachbarschaftsbeschwerden wegen Geräuschbelästigung untersagte die Baurechtsbehörde des Landratsamts L. die Nutzung des Wohngebäudes und Grundstückes zur Haltung und Unterbringung von Fund- und Abgabehunden.

Der zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschiedene Antrag nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3b TierSchG für den gewerblichen Handel mit Hunden wurde auf Grund fehlendem Sachbescheidungsinteresses abgelehnt. Nach Nr. 12.2.5.1 der AVV kann die zuständige Behörde die ebenfalls erforderliche Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 TierSchG auf Grund fehlenden Sachbescheidungsinteresses versagen, wenn bereits andere Erlaubnisse oder Genehmigungen, die für die geplante Tätigkeit des Antragstellers erforderlich sind, versagt wurden. Da es bereits eine bestandskräftige Verfügung zur Nutzungsuntersagung seitens des Baurechtsamts gab, brauchte der Antrag nicht beschieden werden.

Frau F. gab in der Folge ihre Erlaubnis nach § 11 TierSchG zum Betreiben einer tierheimähnlichen Einrichtung zurück, weil sie der Meinung war, dann keiner behördlichen Kontrolle mehr zu unterliegen und die Tätigkeit „privat“ weiter führen könne.

Das Landratsamt L. hatte jedoch den begründeten Verdacht, dass Frau F. einen gewerblichen Handel mit Hunden betreibt. Zudem gab es Hinweise, dass die vermittelten Hunde krank seien und durch die von Frau F. betriebenen Internetseite, auf der sie die Hunde zur Vermittlung anbot, wurde der Verdacht weiter bestätigt. Zudem hat das Landratsamt L. Hundetransportmeldungen über das System TRACES erhalten, die auf einen nicht genehmigten Handel hinwiesen.

Der gewerbsmäßige Handel mit Hunden wurde daraufhin vom Landratsamt L. nach § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG untersagt. Danach soll die zuständige Behörde demjenigen die Ausübung der Tätigkeit untersagen, der die Erlaubnis nicht hat. Die Sollvorschrift bedeutet im Hinblick auf die Ermessensbetätigung der Behörde eine strikte Bindung für

den Regelfall, nur in atypischen Fällen sind Abweichungen gestattet. Von einem atypischen Fall kann nur dann die Rede sein, wenn alle Erlaubnisvoraussetzungen offensichtlich erfüllt sind. Ein solcher liegt jedoch bei Frau F. nicht vor, da Sie die Erlaubnisvoraussetzungen auf Grund vorher festgestellter fehlender Zuverlässigkeit nicht erfüllt.

7. Diskussion

7.1. Folgen des Imports von Hunden aus dem Ausland

In den südlichen Mittelmeerstaaten und osteuropäischen Ländern gibt es durch Mücken und Zecken übertragbare Krankheiten, die in Deutschland bisher nicht heimisch sind. Durch unkontrollierte Hundeimporte ist die Gefahr groß, dass diese Krankheiten nach Deutschland verschleppt werden. Einige der eingeschleppten Krankheitserreger, wie bspw. der der Babesiose, kommen in Deutschland bereits in einigen Gebieten endemisch vor und es besteht die Möglichkeit, dass sie sich weiter ausbreiten werden.⁷⁵ Einige der Krankheiten können beim Hund zu schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen und sogar zum Tod führen. Beispiele hierfür sind Babesiose, Leishmaniose, Ehrlichiose, Dirofilariose oder Tollwut. Die Folgen des Imports von Hunden können aus o.g. Gründen vielfältig sein. Für die Einfuhr von Hunden aus dem Ausland gelten besondere Anforderungen, je nachdem, welche Tollwutsituation in dem betreffenden Land herrscht. Die Tollwut ist eine akute, meist tödlich verlaufende Zoonose, die mit erregerrhaltigem Speichel überwiegend durch den Biss des erkrankten Tieres übertragen wird. Auch eine Übertragung durch Schmierinfektionen ist möglich. Nach der Infektion wandern die Viren entlang der Nervenbahnen zum zentralen Nervensystem. Der sich anschließende klassische Tollwutverlauf geht mit unterschiedlich stark ausgeprägten Verhaltensänderungen, Bewegungsstörungen und weiteren neurologischen Symptomen einher. Weiterhin charakteristisch ist starkes Speicheln. Am Ende setzen meist

⁷⁵ Suter, P./Kohn, B./Schwarz, G., S. 365.

Lähmungen ein, die zum Tod des Tieres führen.⁷⁶ Werden die geforderten Anforderungen an das nach Deutschland verbrachte Tier nicht erfüllt, so kann in der Folge in sein Herkunftsland zurückgesandt werden oder ist längere Zeit abgeschieden von Menschen und Tieren zu quarantänisieren. Müssen Hunde im Welpenalter quarantänisiert werden, bedeutet dies Stress für die Tiere, es fehlt gerade in der Prägephase erneut eine Bezugsperson, es wirkt sich schädlich auf die Entwicklung des Tieres aus.

Deutschland gilt seit dem 28. September 2008 als tollwutfrei.⁷⁷ Die Gefahr, dass bei unkontrollierten Importen von Hunden auch Tollwut wieder nach Deutschland eingeschleppt werden kann, ist nicht zu unterschätzen. Durch unerkannt illegal nach Deutschland verbrachte Tiere aus Ländern, in denen die Tollwut weiterhin vorkommt (Osteuropa), besteht die Gefahr, dass diese Tiere im Herkunftsland mit Tollwut infiziert worden sind und die Krankheit in Deutschland ausbricht. In der Inkubationsphase bleibt sie unerkannt. In dieser Zeit bestehen normalerweise gerade bei Welpen unzählige Personenkontakte, die im Nachhinein nur sehr schwer zu ermitteln sind. Durch Biss aber auch durch Lecken von vorgeschädigter Haut kann die Krankheit auf den Menschen übertragen werden. In der Folge entsteht ein immenser behördlicher und medizinischer Aufwand, alle Kontakte zu ermitteln und die entsprechenden Schutzimpfungen durchzuführen. Die physischen und psychischen Folgen für den betroffenen Personenkreis sind selbstredend. So wurde im März 2010 bei einem entgegen den unionsrechtlichen Bestimmungen bei einem nach Deutschland eingeführten Hund Tollwut nachgewiesen.⁷⁸

Andere im Herkunftsland erworbene Infektionen, die hierzulande als sogenannte „Reisekrankheiten“ bekannt sind, bleiben im Herkunftsland

⁷⁶ Suter, P./Kohn, B./Schwarz, G., S. 365 ff.

⁷⁷ BMELV, Deutschland ist frei von Tollwut, <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Tier/Tiergesundheit/SonstigeKrankheiten/TollwutfreiesDeutschland.html> .

⁷⁸ Friedrich-Loeffler-Institut, Tiergesundheitsbericht 2010, S. 19, http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Tier/Tiergesundheit/FLL-Tiergesundheitsbericht2010.pdf?__blob=publicationFile .

häufig klinisch unauffällig, entwickeln in Deutschland aber starke klinische Beschwerden. Aufgrund des Transportstresses, des Gruppenstresses in den neuen Unterkünften und aufgrund neuer Umgebungsverhältnisse kommt es zur Immunsuppression, der Erreger kann vom eigenen Abwehrsystem nicht mehr bekämpft werden und die Krankheit wird klinisch apparent. Die meist nicht vollständig heilbaren Krankheiten bedingen häufig eine lebenslange Dauertherapie, viele Besitzer geben die kranken Tiere jedoch erneut ins Tierheim, wo sie auch wenig Möglichkeiten haben, jemals neue Besitzer zu finden.

Die Babesiose, auch Hundemalaria genannt, ist eine durch Einzeller der Gattung *Babesia* hervorgerufene Infektionskrankheit. Die Übertragung erfolgt durch die braune Hundezecke oder die Auwaldzecke. Die Babesien befallen als Parasiten die roten Blutkörperchen und rufen eine Blutarmut (Anämie) hervor. Bei zu später Erkennung kann die Babesiose zum Tod des Hundes führen.⁷⁹

Die Ehrlichiose, auch „Zeckenfieber“ genannt, kommt weltweit in tropischen und subtropischen Gebieten vor und ist in Europa im Mittelmeerraum heimisch. Sie ist eine durch Bakterien verursachte Infektionskrankheit, welche durch den Biss der braunen Hundezecke übertragen wird. Die Erreger *Ehrlichia canis* besiedeln weiße Blutkörperchen. Es kommt zu hohem Fieber, Schwäche und Gewichtsverlust. Wird die Krankheit chronisch, kommt es zu Hautblutungen und Blutarmut. Unbehandelt kann diese Krankheit zum Tode führen.⁸⁰

Die Leishmaniose ist eine parasitäre Infektionskrankheit und wird anders als die o.g. Krankheiten nicht durch Zecken, sondern durch Sandmücken bzw. Schmetterlingsmücken übertragen. Die Erreger (Leishmanien) befallen die Makrophagen der Haut und der inneren Organe. Die Inkubationszeit kann je nach Abhängigkeit der Immunitätslage des

⁷⁹ Quinten/Malkusch, S. 125.

⁸⁰ Grünbaum/Schimke, S. 1101.

Hundes mehrere Monate bis Jahre betragen. Die Symptome sind sehr vielfältig und führen dazu, dass die Krankheit oft nicht erkannt wird. Häufig zeigen die erkrankten Hunde Hautveränderungen, Gewichtsverlust, Apathie und Durchfall.⁸¹ Die Leishmaniose ist eine Zoonose, d.h. sie ist vom Tier auf den Menschen und umgekehrt übertragbar. Dies geschieht jedoch in den meisten Fällen nur über die als Vektoren dienenden Sandmücken. In seltenen Fällen können Leishmanien auch über Schmierinfektionen mit erregerehaltiger Sekretflüssigkeit von offenen Wunden kranker Hunde übertragen werden. Ohne Behandlung sterben die erkrankten Hunde meist innerhalb eines Jahres. Mit Behandlung wird die Prognose zwar verbessert, eine Dauerheilung ist jedoch nicht möglich.⁸²

Die Herzwurmerkrankung *Dirofilariose* ist eine parasitäre Krankheit, die hauptsächlich im Mittelmeergebiet vorkommt und tödlich enden kann. Stechmücken übertragen die Larven der Herzwürmer auf das Tier. Die Würmer siedeln sich vor allem in der rechten Herzkammer und in den von dort in die Lunge führenden Arterien an. Durch den Befall kommt es zu Einschränkungen der Herzfunktion und zu Schädigungen der Lungenarterien. Eine Übertragung auf den Menschen ist möglich.⁸³

Nicht nur die Einschleppung von Krankheiten durch den Import von Hunden aus dem Ausland ist die Folge, sondern auch die Überfüllung der hiesigen Tierheime. Meist werden Welpen oder junge Hunde von den Tierschutzorganisationen nach Deutschland importiert, die dann auf die Pflegestellen oder Tierheime verteilt werden. Diese lassen sich besser vermitteln als große, alte Hunde. Dies hat zur Folge, dass den hiesigen Tierheimhunden ein noch längerer Aufenthalt bevorsteht. Für die importierten Hunde müssen in den Tierheimen zudem zusätzlicher Platz geschaffen werden, der wiederum mit hohen Kosten verbunden ist.

⁸¹ Grünbaum/Schimke, S. 258 f.

⁸² Suter, P./Kohn, B./Schwarz, G., S. 317.

⁸³ Suter, P./Kohn, B./Schwarz, G., S. 560 f.

Zudem werden viele Importhunde wieder in Tierheime abgegeben werden, weil die neuen Besitzer mit dem Hund überfordert sind. Denn oft handelt es sich um verängstigte Hunde, die keine oder negative Erfahrungen mit Menschen gemacht haben. Diese Hunde leben auf den Straßen in einer großen Stadt oder streunen auf verlassenen Feldern umher. Es sind selbständige und unabhängige Überlebenskünstler, sie handeln eigenverantwortlich und besorgen sich täglich ihr Futter alleine. Dass diese Hunde auf Regeln und Gehorsamkeit meist mit Ignoranz reagieren, erscheint nicht gerade sehr abwegig. Die Umstellung auf einen ehemaligen Streuner ist oft auch für die neuen Besitzer nicht ganz einfach. Viele dieser Straßenhunde haben zudem gelernt, dass einiges eine potentielle Gefahr für sie darstellt. In der Vergangenheit gemachte schlechte Erfahrungen mit Menschen führen dazu, dass die Hunde Angst und Abneigung gegen einen bestimmten Menschentypen entwickeln. Häufig sind dies Männer. Einige Hunde reagieren auf Angst auch mit Aggressionen. So kann es zu Bissverletzungen kommen, wenn ein Hund sich erschreckt. Solche Ängste einem Hund zu nehmen, erfordert viel Aufwand und Erfahrung. Andererseits gibt es aber auch Dinge, die die Hunde nicht kennen, wie z.B. Leinelaufen oder alltägliche Dinge wie Staubsaugen oder Autofahren. Einige sind sehr anpassungsfähig, andere jedoch reagieren auf Neues mit Stress und Angst und brauchen daher viel Einfühlungsvermögen und Geduld.⁸⁴ Viele, vor allem unerfahrene Hundebesitzer sind auf Grund dieser zahlreichen Probleme überfordert. Ihr einziger Ausweg ist die Rückgabe des Hundes in das Tierheim.

⁸⁴ Rütter, M., Straßenhunde, <http://www.vox.de/medien/sendungen/der-hundeprofi/b9df-50248-5c9c-19/strassenhunde.html> .

7.2. Lösungsmöglichkeiten zur Hilfe von Hunden vor Ort im Ausland an Beispielen von Projekten von Tierschutzorganisationen

Die unkontrollierte Vermehrung der Straßenhunde in Süd- und Osteuropa stellt das größte Problem dar. Tötungsaktionen der verschiedenen Länder sind weder tierschutzkonform, noch stellen sie eine geeignete Maßnahme dar, ebenso das Einfangen und die dauerhafte Unterbringung der Hunde in Tierheimen oder Tötungslagern. Doch auch die Vermittlung der Tiere nach Deutschland kann dieses Problem langfristig nicht lösen, auch wenn dies für den einzelnen Hund häufig eine Verbesserung der Lebenssituation bedeutet. Die Anzahl der Straßenhunde verringert sich jedoch nicht. Die dadurch entstandene Lücke füllt sich immer wieder durch Vermehrung oder Zuwanderung neuer Straßenhunde auf.

Sinnvoller Tierschutz kann deshalb nur vor Ort stattfinden. Effektive Maßnahmen gegen die Vermehrung der Straßenhunde sind Kastrationsprojekte sowie Aufklärung der Bevölkerung, wie es beispielsweise das Tierschutzprojekt „Odessa“ des Deutschen Tierschutzbundes e.V. zeigt. Ziel dieses Projektes ist die Verringerung der Straßenhunde auf tierschutzkonforme und sinnvolle Art und Weise. Dazu wurde ein Tierschutz- und Kastrationszentrum in Odessa (Ukraine) eröffnet. Hunde werden schonend und stressfrei gefangen. Im Tierschutz- und Kastrationszentrum werden die Hunde baldmöglichst nach einer klinischen Untersuchung von ukrainischen Tierärzten kastriert. Ebenso werden die Hunde gegen Parasiten behandelt, gegen Tollwut geimpft und mit einer Tätowierung gekennzeichnet. Danach werden die Hunde an ihrem jeweiligen Fangort wieder freigelassen. Eine kleine Anzahl von Hunden kann sogar direkt an neue Eigentümer in Odessa vermittelt werden. Weiteres Ziel dieses Projektes ist, Erfahrungen weiterzugeben. Deshalb finden regelmäßig Tierschutzkonferenzen für Behörden und ukrainische Tierärzte statt. Neue Kastrationstechniken werden vorgestellt und es soll vermittelt werden, wie man erreicht, dass private

Hundebesitzer Vertrauen fassen und ihre eigenen Hunde kastrieren lassen. Die Tierschutzarbeit soll aber auch der Bevölkerung näher gebracht werden. Hierzu werden regelmäßig Berichte in Radio, Zeitung und Fernsehen erstattet. Wichtig ist es auch die Arbeit vor allem den Kindern näher zu bringen. Aus diesem Grund werden Kinder aus einem ortsansässigen Waisenhaus regelmäßig in das Tierschutz- und Kastrationszentrum eingeladen, damit diesen der respektvolle Umgang mit den Hunden beigebracht wird.⁸⁵

In Italien sind sogenannte Canili (italienische Tierheime) Alltag. Canili sind reine Verwahrungsanstalten, in denen die eingefangenen Hunde in betonierten engen Zwingern völlig von der Außenwelt abgeschirmt unter widrigen Bedingungen vor sich hin vegetieren bis sie letztendlich sterben. Eine tierärztliche Behandlung der Tiere erfolgt nicht. Ebenso darf niemand die Canili betreten, eine Adoption der Hunde ist somit ausgeschlossen. Sie sind jedoch ein lukratives Geschäft, denn jeder Betreiber erhält von der jeweiligen Gemeinde einen finanziellen Zuschuss. Das Projekt Tierschutzzentrum „Oasi Nuova Vita“ in Apulien (Italien) soll ein Vorzeigemodell für vorbildlich geführten Tierschutz und Tierhaltung sein. Das Tierschutzzentrum soll einen klaren Gegenpol zu den Canili darstellen, in denen es nur um das Geschäft und nicht um das Leben von Tieren geht. Das „Oasi Nuova Vita“ wird auf einem 10.000 qm großen Grundstück erbaut und soll eine Sterilisationseinheit, eine Krankenstation und ein Welpenhaus beinhalten. Es soll einem natürlichen Lebensraum gleichen, indem es so wenig asphaltierte Flächen wie möglich und keine kleinen Zwinger gibt, sondern viel Auslauffläche. In der Tierklinik sollen die Hunde klinisch versorgt sowie kastriert werden. Eine kleine Hundepension soll für diejenigen integriert werden, die ihre Hunde für die Urlaubszeit abgegeben möchten. Damit soll die Aussetzung vieler Hunde verhindert werden. Das Tierschutzzentrum ist jedoch nur für die vorübergehende Unterbringung der Hunde bestimmt. Kranke, traumatisierte und kastrierte

⁸⁵ Deutscher Tierschutzbund e.V., Zur Tierschutzproblematik der sogenannten Straßenhunde im Ausland.

Hunde sollen, nachdem sie sich wieder erholt haben, wieder bei ihrem Straßenrudel ausgesetzt oder an neue Eigentümer in Italien vermittelt werden. Ebenso soll das Tierschutzzentrum für Aufklärung der Bevölkerung sorgen und Schulen integrieren, damit diese ein besseres Verständnis für den Umgang mit Hunden bekommen.⁸⁶

Von großer Wichtigkeit ist es die ausländischen Regierungen bzw. Gemeinden von den o.g. effektiven Maßnahmen zur Kontrolle der Hundepopulation zu überzeugen. In Brasov (Rumänien) haben der Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt), Tasso e.V. und die örtliche Tierschutzorganisation Million of friends (Millionen Freunde) bewirkt, dass Einigungen erzielt und Verträge unterschrieben wurden. Der Bürgermeister von Brasov hatte eingesehen, dass das Töten von Straßenhunden nicht zur Lösung des Problems führt und deshalb die Verantwortung der Straßenhunde den Tierschützern überlassen. Ebenso wurde vom Stadtrat eine Verordnung verabschiedet, die eine Chip-, Registrierungs- und Kastrationspflicht beinhaltet. Eine Schließung der örtlichen Hundefängeranlage wurde zudem nach langen Verhandlungen erzielt. Aktuell wurde nun die städtische Tötungsstation wieder eröffnet und die Verträge beendet.⁸⁷ Der Chef der örtlichen Hundefänger hat nun einen Verein gegründet, dem sich angrenzende Gemeinden schon angeschlossenen haben und somit das Töten der Hunde finanziell unterstützen. Der bmt und Tasso e.V. haben nun durch örtliche Pressekonferenzen und Gesprächen mit den Bürgermeistern erreicht, dass immerhin zwei Städte mit dem Tierschutz zusammenarbeiten möchten und effektive Maßnahmen wie Kastrationen durchgeführt werden sollen.⁸⁸

⁸⁶ Tierschutzprojekt Italien e.V., Oasi Nuova Vita,
<http://www.tierschutzprojekt-italien.de/unsere-projekte/oasi-nuova-vita/> .

⁸⁷ Tasso e.V., Deutsche Übersetzung des Artikels aus der rumänischen Zeitung „Buna ziua Brasov“ vom 28.-29. April 2012,
<http://www.tasso.net/tasso/media/Dokumente-Downloads/Stra%C3%9Fenhunde%20Rum%C3%A4nien/-Buna-ziua-Brasov,-28--29-04.2012.pdf> .

⁸⁸ Tasso e.V., Rumänien,

7.3. Änderung der Vereinssatzung zwecks zur Steuerbefreiung

Wie im steuerrechtlichen Teil unter Kapitel 5.2. bereits erwähnt, unterliegen die Einnahmen aus entgeltlicher Tierversmittlung dem vollen Steuersatz. Zudem könnten die Tierschutzvereine ihren gemeinnützigen Status verlieren, wenn die Tierversmittlung die Haupttätigkeit eines Vereins bildet. Um diese ungewünschten Folgewirkungen zu vermeiden, sollte ein solcher Verein in Betracht ziehen, die entgeltliche Tierversmittlung auf einen gesonderten Verein auszulagern. Dieser gesonderte Verein würde dann die Voraussetzungen eines Mittelbeschaffungsvereins im Sinne des § 58 Nr. 1 AO erfüllen. Der Verein muss im Hinblick darauf die satzungsmäßige Aufgabe haben, für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke des Hauptvereins finanzielle Mittel zu beschaffen. Es muss also der Zweck „Beschaffung von Mitteln für die materielle Unterstützung anderer Körperschaften“ in der Satzung aufgeführt werden. Somit bleibt sowohl der Hauptverein in allen Bereichen gemeinnützig, als auch der gesonderte Verein, der die finanziellen Mittel durch die Tierversmittlung beschafft.

8. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Deutsche Tierschutzorganisationen importieren Hunde aus dem Ausland, um sie hier an private Abnehmer gegen Zahlung einer Schutzgebühr und Unterzeichnung eines Schutzvertrages weiter zu vermitteln. Die Schutzgebühr liegt meist im Bereich des üblichen Marktpreises, eine Eigentumsübertragung an dem Hund findet jedoch nicht statt. Es wird nur der Besitz an dem Tier übertragen.

Die Schutzverträge stellen keine unangemessene Benachteiligung für den einzelnen Abnehmer dar. Die Durchsetzbarkeit solcher Verträge kann mit Hilfe der Vertragsstrafen erreicht werden. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass der Wert dieser nicht unangemessen hoch ist. Eine Vertragsstrafe in Höhe von 1.000 Euro dürfte regelmäßig schon

<http://www.tasso.net/Tierschutz/Aktionen/Strassenhunde> .

unangemessen hoch sein. Dies würde zu einer Unwirksamkeit dieser Klausel führen und zu einer mangelnden Durchsetzbarkeit der Schutzverträge.

Da durch die entgeltliche Vermittlung der Hunde in Deutschland Tierschutzvereine wirtschaftlich tätig sind und diese Tätigkeit Marktrelevanz hat, finden für den Transport der Tiere die europäischen, sowie die deutschen Vorschriften für den Transport von Tieren Anwendung.

Umstritten bleibt nach der derzeitigen Gesetzeslage nach wie vor, ob die Tierschutzorganisationen für die Vermittlung der Hunde an private Abnehmer eine Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3b TierSchG benötigen. Momentan lässt sich hier keine einheitliche Anwendung herauskristallisieren. Es müsste von Fall zu Fall konkret geprüft werden, ob die umstrittene Gewinnerzielungsabsicht vorliegt. Dies würde zu mehr behördlichem Aufwand führen und zu Lasten der Tiere gehen. Eine klare Rechtslage würde somit aber nicht geschaffen werden.

Bleibt zu hoffen, dass der von der Bundesregierung in der Gegenäußerung vorgeschlagene Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes durchgesetzt wird. Durch die präzise Formulierung, die unabhängig von der Gewerbsmäßigkeit und somit auch von der Gewinnerzielungsabsicht ist, wird nicht nur eine klare Rechtslage geschaffen, sondern auch eine einheitliche Anwendung im Vollzug. Bleibt es jedoch bei der alten Darstellung, so ist zu begrüßen, dass für die Feststellung einer Gewerbsmäßigkeit tierschutzrechtlich das Vorhandensein einer „Entgeltlichkeit“ im Gegensatz zu einer etwaigen bestehenden "Gewinnerzielungsabsicht " ausreichend ist.

Vermutlich würde jedoch eine neue Gesetzeslage bei vielen Tierschutzvereinen für Empörung sorgen, da sich aktuell viele gegen eine solche Erlaubnis gem. § 11 TierSchG wehren. Doch bleibt zu sagen, dass für die seriösen Vereine die Erlaubnispflicht von Vorteil ist, da eine solche

Erlaubnis darlegt, dass ihre Tätigkeit behördlichen bekannt ist und sie die rechtlich geforderten Sachverhalte, wie z.B. Personal mit Sachkunde, erfüllen.

Entgegen den Befürchtungen der Tierschutzorganisationen bleibt die tierschutzrechtliche Erlaubnis unabhängig von der steuerlichen Behandlung der Vereine. Hier kommt es eben nicht darauf an, ob eine Tätigkeit gewerbsmäßig oder mit der Gewinnerzielungsabsicht durchgeführt wird. Entscheidend ist alleine, ob Entgelt dafür verlangt wird oder nicht. Somit müssen Tierschutzvereine mit der Tätigkeit der Tierversmittlung in jedem Fall dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zugeordnet werden. Allerdings ist zu beachten, dass die Tierversmittlung nicht zur Haupttätigkeit des Vereins wird, da sonst der Verlust des gemeinnützigen Status des gesamten Vereins drohen würde. Dies kann jedoch vermieden werden, wenn die Tierversmittlung auf einen anderen Verein ausgegliedert wird, der als Mittelbeschaffungsverein dient.

Um den Hunden vor Ort im Ausland zu helfen, stellt jedoch eine Vermittlung nach Deutschland keine Lösung dar, die das Problem der Straßenhunde im Ausland löst. Eine „Adoption“ eines Auslandshundes mag zwar für das Individuum eine Verbesserung darstellen, doch verbergen sich hinter einer solchen Adoption auch Risiken bezüglich des Gesundheitszustands und der Verhaltensweise des Hundes, die nicht zu unterschätzen sind. Wer einen Auslandshund bei sich aufnehmen möchte, der sollte über viel Erfahrung und Zeit für das Tier haben, damit dieser nicht doch am Ende den Rest seines Lebens in einem deutschen Tierheim verbringen muss. Einige Tierschutzvereine führen im Ausland wie Osteuropa Projekte durch, die an der Ursache des Problems ansetzen. Dies sind meist Kastrationsprojekte und Aufklärungsarbeiten, damit die Bevölkerung ein besseres Verständnis für den Umgang mit Hunden bekommen. Wer also einem Straßenhund aus dem Ausland

helfen möchte, der sollte solche Vereine finanziell unterstützen, damit diese Projekte durchgeführt werden können.

Literaturverzeichnis

Akademie für Tierschutz: Eingriffsrecht der Behörden;

<http://www.tierschutzakademie.de/822.html> [16.07.2012]

Aktionsgemeinschaft für Tiere e.V.: Pflegestelle;

<http://www.agtiere.de/index.php?id=24> [15.09.2012]

Ärzte für Tiere e.V.: Das Tierelend in Griechenland;

http://www.aerztefuertiere.de/index.php?option=com_content&view=article&id=89:griechenland&catid=113&Itemid=549&showall=1&limitstart=&lang=de [18.08.2012]

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Rundschreiben zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes vom 21.09.2011;

http://www.bmi.bund.de/RundschreibenDB/DE/RdSchr_20110921.pdf?__blob=publicationFile [20.08.2012]

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz: Stellung des Tierschutzes im Grundgesetz;

<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Tier/Tierschutz/StaatszielTierschutz.html> [16.07.2012]

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz: Deutschland ist frei von Tollwut;

<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Tier/Tiergesundheits/SonstigeKrankheiten/TollwutfreiesDeutschland.html> [10.08.2012]

Bundesregierung: Verwaltungsvorschriften im Internet;

<http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/> [20.08.2012]

Bundesverwaltungsgericht: Rechtskraft und Verbindlichkeit;
http://www.bverwg.de/enid/Rechtsprechung/Verfahren_36.html
[30.07.2012]

Dauber, Harald: Vereinsbesteuerung kompakt, 5. Auflage, Weil i.
Schönbuch 2009

Deutscher Tierschutzbund e.V.: Zur Tierschutzproblematik der
sogenannten Straßenhunde im Ausland;
http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Hintergrundinformationen/Ausland/Auslandstierschutzkonzept_2010-09.pdf
[16.08.2012]

Friedrich-Loeffler-Institut: Tiergesundheitsbericht 2010;
http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Tier/Tiergesundheit/FLI-Tiergesundheitsbericht2010.pdf?__blob=publicationFile
[31.08.2012]

Grünbaum, Ernst G./Schimke, Ernst (Hrsg.): Klinik der
Hundekrankheiten, 3. Auflage, Stuttgart 2007

**Hirt, Almut/Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht e.V.
(Hrsg.):** Bedarf die gemeinnützige Hilfe für ausländische Hunde durch
inländische Tierschutzorganisationen mehr staatlicher Kontrolle?,
München, 30.06.2011

Hirt/Maisack/Moritz: Tierschutzgesetz, 2. Auflage, München 2007

Hüttemann, Rainer: Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht, 2. Auflage,
Köln 2012

Joussen, Jacob: Schuldrecht I. Allgemeiner Teil, Stuttgart 2008

Kluge, Hans-Georg (Hrsg.): Tierschutzgesetz. Kommentar, Stuttgart
2002

Koblenz, Peter: (Tier-)Schutzverträge auf dem Prüfstand, 30.03.2010

Kühn, Rolf/von Wedelstädt, Alexander (Hrsg.): Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung. Kommentar, 19. Auflage, Stuttgart 2008

Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz – Arbeitsgruppe
Tierschutz: Protokoll zur Sitzung am 4./5. Mai 2011

Lorz/Metzger: Tierschutzgesetz. Kommentar, 5. Auflage, München 1999

Märkle, Rudi W./Alber, Matthias: Der Verein im Zivil- und Steuerrecht, 12. Auflage, Stuttgart 2008

Pahlke/Koenig: Abgabenordnung. §§ 1 – 368. Kommentar, 2. Auflage, München 2009

Quinten, Doris/Malkusch, Frank: Basislehrbuch Tierheilpraxis, München 2012

Rechtswörterbuch: Vertrag;
<http://www.rechtswörterbuch.de/recht/v/vertrag/> [15.09.2012]

Robinski, Severin/Sprenger-Richter, Bernhard (Hrsg.): Gewerberecht. Ein Studienbuch, 2. Auflage, München 2002

Rütter, Martin: Straßenhunde;
<http://www.vox.de/medien/sendungen/der-hundeprofi/b9df-50248-5c9c-19/strassenhunde.html> [16.08.2012]

Schlederer, Herbert: Steuerrecht der Vereine, 9. Auflage, Herne 2009

Schweickhardt/Vondung: Allgemeines Verwaltungsrecht, 9. Auflage, Stuttgart 2010

Sueddeutsche.de (Hrsg.): „Hundemassaker“ im Namen des Fußballs,
<http://www.sueddeutsche.de/panorama/skandal-im-em-gastgeberland-ukraine-hundemassaker-im-namen-des-fussballs-1.1198005> [18.08.2012]

Suter, Peter F./Kohn, Barbara/Schwarz, Günther (Hrsg.): Praktikum der Hundeklinik, 11. Auflage, Stuttgart 2012

Tasso e.V. (Hrsg.): Deutsche Übersetzung des Artikels aus der rumänischen Zeitung „Buna ziua Brasov“ vom 28.-29. April 2012, <http://www.tasso.net/tasso/media/Dokumente-Downloads/Stra%C3%9Fenhunde%20Rum%C3%A4nien/-Buna-ziua-Brasov-,28--29-04.2012.pdf> [16.08.2012]

Tasso e.V.: Rumänien, <http://www.tasso.net/Tierschutz/Aktionen/Strassenhunde> [16.08.2012]

Tettinger/Wank/Ennuschat: Gewerbeordnung. Kommentar, 8. Auflage, München 2011

Thümmel, Dierk: Einfuhr und Verbringen von Hunden durch Tierschutzorganisationen, in: ATF-Fachgruppe Tierschutz/Institut für Tierhygiene, Tierschutz und Nutztierethologie der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover: Aktuelle Probleme des Tierschutzes. Vorträge und Kurzfassungen, Fortbildungsveranstaltung, Hannover, 16. und 17. September 2010, S. 84-102.

Tierschutzinitiative Berga e.V.: Satzung; http://www.tierschutzinitiative-berga.de/tsi_satzung.php [14.09.2012]

Tierschutzprojekt Italien e.V.: Oasi Nouva Vita; <http://www.tierschutzprojekt-italien.de/unsere-projekte/oasi-nuova-vita/> [16.08.2012]

Tierschutzverein Arche Noah e.V.: Gedanken zum Auslandstierschutz; <http://www.tierschutzverein-arche-noah.de/9.html> [18.08.2012]

Tierschutzverein Refugio Casas Ibanez e.V.: Was ist eine Pflegestelle?, <http://www.refugio-casas-ibanez.org/> [14.09.2012]

Tierschutzverein A.S.P.A.friends e.V.: Information zum Thema Pflegestelle; http://www.aspafriends.de/front_content.php?idcat=30 [14.09.2012]

Erklärung der Verfasserin

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum

Unterschrift

Anlagen



Private Tötung (Gyepmester) zwei Adeckereien in Ungarn!

Gitterbox für 14 tägige "Aufbewahrung" - Zwingeranlage in einer Tötungsstation
diese beiden Hunde sind verhungert. Er hatte Glück und fand einen Platz in
Deutschland.

In vielen Ländern haben die Tiere nur sehr wenig "Freunde" die sich für deren Schutz einsetzen. Der große Rest der Bevölkerung sieht es als "normal" Tiere für die Belustigung, zur Befriedigung oder einfach nur zum eigenen Nutzen leiden zu lassen. In Spanien werden nach jeder Jagdsaison die Jagdhunde(Galgos, Podencos, Pointer...) "entsorgt" wenn sie für den Jäger nicht mehr die Leistung erbringen, die er von ihnen erwartet. Die Art der "Entsorgung" ist einfach, billig und soll für den Hund möglichst grausam sein um die "Ehre" seines Besitzers wieder herzustellen. Jagdhunde oder Hunde, die für die Rennbahn zu langsam geworden sind, werden nach Tradition am nächsten Baum erhängt, erschlagen und angezündet. Auch viele Haushunde gehen diesen Weg. Manchmal werden sie auch "nur" im Wald angebunden und ihrem Schicksal überlassen.

Das Töten der Tiere durch Erschlagen, Erhängen oder das Anzünden von mit Benzin übergossenen Hunden zur Belustigung der Zuschauer wird durch kein Tierschutzgesetz geahndet. Esel, die einfach die steilen Klippen hinaufgetrieben werden, um sie anschließend aus Spaß hinunterzustürzen, oder einen Streuner vor der Türe zu vertreiben indem man Säure oder kochendes Wasser über ihn gießt, stört kaum jemanden und kommt sehr häufig vor. Viele Hunde werden ihr Leben lang an kurzen Ketten gehalten, vegetieren in Hinterhöfen, in Wiesen oder am Straßenrand. Irgendwann werden sie "vergessen" und verhungern, ohne dass es jemanden stört.

Um dieses Tierleid einzudämmen sind zahlreiche Projekte von Deutschen, Schweizern oder Österreichern entstanden, die oftmals in den jeweiligen Ländern leben und die engagierten Tierschützer vor Ort unterstützen. Es wurden Tierheime errichtet um dieses Tierelend mit den einfachsten Mitteln zu bekämpfen. Diese Stationen sind jedoch keineswegs mit unseren Tierheimen zu vergleichen. In vielen dieser Einrichtungen gibt es weder Wasser noch Strom. Es mangelt an allem und ständig fehlt das Geld um Kastrationen, Impfungen, Tierarztbehandlungen und vor allem Futter zu bezahlen. Tierschützer können die Augen vor dem vielen Tierleid nicht verschließen. Unter großen Mühen werden misshandelte Geschöpfe aus überfüllten Tötungsstationen geholt, aus Mülldeponien und Straßengraben eingesammelt, oder die schwer verletzten Tiere gesund gepflegt und ihnen ein neues Leben geschenkt.

Trotz aller Bemühungen stehen engagierte Tierschützer immer wieder am Anfang. Aus diesem Grunde versuchen wir mitzuhelfen dieses Tierleid zu verbessern und den Tieren zu einem würdigen Weiterleben zu verhelfen.

"Second Hand Dog's" haben im eigenen Land kaum eine Vermittlungschance. Daher ist der Transport nach Deutschland, zumindest für einige dieser Tiere die einzige Hoffnung auf ein Leben ohne Zwinger und Kette.



Aktuelle Seite: [Länderauswahl](#) | [Karte](#) ► Griechenland

[Startseite](#)

[Länderauswahl](#) | [Karte](#)

[Dänemark](#)

[Deutschland](#)

[Frankreich](#)

[Griechenland](#)

[Grönland](#)

[Großbritannien](#)

[Irland](#)

[Italien](#)

[Luxemburg](#)

[Österreich](#)

[Polen](#)

[Portugal](#)

[Rumänien](#)

[Slowakei](#)

[Spanien](#)

[Tschechien](#)

[Ungarn](#)

[Zypern](#)

[Kontakt zu uns](#)

[Über uns](#)

[Unsere Banner](#)

[Dank an die Autoren](#)

[Ärzte für Tiere](#)

[Petitionen](#)

[Geben Sie Ihre Stimme
den Strassentieren](#)

[BULGARIEN NEU:](#)

[Bitte unterschreiben Sie diese
neue Bulgarien Petition um die
Schaffung eines neuen
Tötungsgesetzes zu stoppen.](#)

[Notschrei aus Rumänien
Protestieren Sie hier](#)

Griechenland

- [Griechenland](#)
- [Die Situation in Griechenland](#)
- [Griechenland und sein Tierschutzgesetz](#)
- [Beispiele des täglichen Tierelends in Griechenland](#)
- [Ausgesetzte Haustiere](#)
- [Zurückgelassen auf einer einsamen Insel](#)
- [Misshandeln, Vernachlässigen und Töten von Straßenhunden](#)
- [Die Erhängten von Kos](#)
- [Vergiften von griechischen Straßenhunden](#)
- [Tierheime und „Animal Hoarding“](#)
- [Alle Seiten](#)

Das Tierelend in Griechenland



In Griechenland besteht zwar ein (durchaus gutes) Tierschutzgesetz, jedoch hat sich bis heute weder im Schulunterricht noch im Alltag der Griechen der Tierschutzgedanke etabliert – im Gegenteil, der Straßenhund wird als dreckig und als Überträger von Krankheiten gesehen und so wird es meist auch den Kindern vermittelt. Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid der Tiere ist demnach in Griechenland normal und Tierquälerei gilt als Bagatelle...

Vor dem Gesetz ist ein Tier eine Sache und muss etwas leisten, um sich sein Futter zu verdienen. Wird ein Tier krank oder z.B. für die Jagd untauglich, wird es „entsorgt“, d.h., ausgesetzt oder auf z. T. bestialische Art und Weise getötet.

Die Anzahl der Straßenhunde schätzt man auf circa 300.000, eine Zahl, die eher zunehmend ist, bedingt durch das immer wieder Aussetzen von nicht kastrierten Haushunden und die eher negative Einstellung vieler griechischer Hundebesitzer zum Thema Kastration. Hier herrscht bei vielen Hundebesitzern die Meinung, dass eine Kastration doch wider die Natur sei und die Hunde auch ihren „Spaß haben sollen“. Spricht man sie dann auf die vielen ausgesetzten Welpen an verkehrsreichen Straßen oder an die weggeworfenen Welpen in Mülltonnen an, so erhält man vielfach die Antwort, dass ihr Schicksal „nun in Gottes Hand liege“ und vielleicht hätte der eine oder andere ausgesetzte Hund ja das Glück, von irgendjemandem aufgenommen zu werden, die „Chance habe man ihm ja gegeben“.

Die Situation in Griechenland



Um die Streunerpopulation effizient zu verringern, müssten mindestens 70 % der Straßentiere (Hunde und Katzen) kastriert werden!

Doch dies durchzusetzen, scheint schier unmöglich zu sein, obwohl das Kastrieren nicht nur gesetzlich gefordert, sondern auch der beste Tierschutz überhaupt ist

Aktuelles

- [Landraub in der Serengeti](#)
- [Sieg gegen die Jagd!](#)



Bundesgeschäftsstelle

Baumschulallee 15
53115 Bonn
Tel: 0228/60496-0
Fax: 0228/60496-40

E-Mail:
bg@tierschutzbund.de

Internet:
www.tierschutzbund.de

Bonn, den 15.09.2010

Zur Tierschutzproblematik der so genannten Straßenhunde im Ausland *Lösungsansätze aus der Sicht des Deutschen Tierschutzbundes e.V.*

Einleitung

In vielen Ländern Süd- und Osteuropas und in anderen Teilen der Welt lebt eine große Anzahl an Hunden herrenlos. Diese Hunde und deren Nachkommen werden als „Straßenhunde“ bezeichnet.

Die eigentliche Ursache für das Entstehen der Straßenhundpopulation ist in den Haushalten des Menschen zu finden. Die Hündinnen werden weder kastriert noch werden sie in der Läufigkeit ausreichend von Rüden abgeschirmt. So bringen die Hündinnen in der Regel mehrmals in ihrem Leben Welpen auf die Welt. Für diese Welpen wird häufig kein neuer Eigentümer gefunden. Es ist traurige Realität, dass nicht selten ein Welpe – oftmals ein männliches Tier – behalten wird, um in Zukunft den Ärger mit weiterem ungewolltem Nachwuchs im eigenen Haushalt zu verhindern, während die anderen Jungen samt Muttertier ausgesetzt werden.

Die nächste Generation dieser Straßenhunde wird meistens nicht in ihrer sensiblen Phase im Welpenalter an den Menschen gewöhnt. Diese Hunde bleiben dann ein Leben lang scheu. Eine „Nachsozialisierung“ zu einem späteren Zeitpunkt ist unmöglich.



Foto: eine Gruppe nicht auf den Menschen sozialisierter Hunde in Odessa (Ukraine)



Alle diese Hunde haben kein Zuhause mehr und suchen Schutz in leeren Häusern oder Parkanlagen, ernähren sich von Abfällen, Mäusen auf Feldern und betteln Menschen an. Die Lebensbedingung dieser Straßenhunde ist tierschutzrelevant. Denn viele dieser Hunde sind von Infektionskrankheiten und Parasitenbefall betroffen. Aber selbst geschwächte Hunde haben unkastriert eine hohe Fortpflanzungsrate.

Aufgrund ihrer Domestikation und der Gewöhnung an das Zusammenleben mit dem Menschen, halten sie sich in der Regel in der Nähe menschlicher Behausungen auf – auf der Suche nach Nahrung, Wasser und Schutz. Während sich die in der Welpenphase sozialisierten Hunde näher beim Menschen aufhalten und bei späteren, guten Erfahrungen mit dem Menschen, sich diesem anschließen, halten sich nicht sozialisierte Hunde in der Regel auch später nur in deutlicher Entfernung zum Menschen auf.

Nicht tierschutzkonforme Lösungsversuche:

Fangen und Töten:

Die Gemeinden der jeweiligen Länder sehen sich mit einer großen Anzahl an Hunden auf den Straßen konfrontiert und reagieren nicht selten auf absolut tierschutzwidrige Weise. Es werden Jahr für Jahr tausende von freundlichen, gesunden Hunden eingefangen und – oft auf grausamste Weise – getötet. Fehlende bzw. zu geringe Sensibilität, unzureichende Tierschutzgesetzgebungen oder die desolante Umsetzung vorhandener Regelungen ermöglichen diese, nicht zu rechtfertigenden, Aktionen.

Darüber hinaus wird die absolute Sinnlosigkeit dieser Maßnahmen dadurch deutlich, dass sich trotz Tötungen die Anzahl der Straßentiere nicht verringert. Denn einerseits wird immer wieder „Nachschub“ in den Haushalten erzeugt und andererseits steigt die Überlebenschance der Welpen der auf den Straßen lebenden Hunde an, da diesen Tieren durch das Wegfangen von Hunden nun mehr Futter zur Verfügung steht. (Genauer hierzu finden Sie im Abschnitt „tierschutzkonformer und effektiver Lösungsansatz“).

Fangen und Wegsperrn in Tierheimen:

Die Praxis zeigt, dass das Fangen und Wegsperrn ein großes Tierschutzproblem in vielen südlichen und östlichen Ländern darstellt. Um die Hunde zu retten, gründen Tierschützer nicht selten Tierheime, ohne sich ausreichend über die Konsequenzen für die Tiere in ihrer Obhut Gedanken zu machen. Es werden Hunde aus Tötungsstationen und von der Straße gerettet. Obwohl die Kapazitäten der Tierheime bereits an die baulichen, personellen und finanziellen Grenzen gestoßen sind, so dass eine artgerechte Haltung sowie eine ausreichende Pflege und veterinärmedizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet ist, werden weitere Hunde aufgenommen. Eine Folge der nicht mehr artgerechten Hundehaltung ist, dass mit zunehmender Bestandsdichte auch die Aggressivität zwischen den Hunden ansteigt. Weiterhin führen das unzureichende Platzangebot und die mangelnde veterinärmedizinische Versorgung zur Ausbreitung von Krankheiten in dem Hundebestand. Die Hunde kommen oftmals gesund (außer Parasitenbefall) von der Straße und werden im Tierheim schwer krank. Außerdem sind die Kosten für solche

Tiersammellager immens und steigen von Jahr zu Jahr an. Solche „Tiersammellager“ sind kein Beitrag zum Tierschutz.

Hinzu kommt, dass auch in diesem Fall das Wegfangen von der Straße (durch Privatpersonen oder durch den Hundefänger) an der Gesamtzahl der auf der Straße lebenden Hunde nichts ändert (auch hierzu finden Sie Näheres im Abschnitt „tierschutzkonformer und effektiver Lösungsansatz“). Sofern in einem Land Hunde auf der Straße leben, ist eine Verbringung der Hunde in Tierheime nicht sinnvoll. Innerhalb kurzer Zeit sind die Tierheime voll. Aber das Tierschutzproblem – die Straßentierproblematik – besteht weiterhin unverändert. Um den Hunden zu helfen und das Problem zu lösen, sollten die kastrierten Straßenhunde wieder an ihren Fangorten frei gelassen werden.

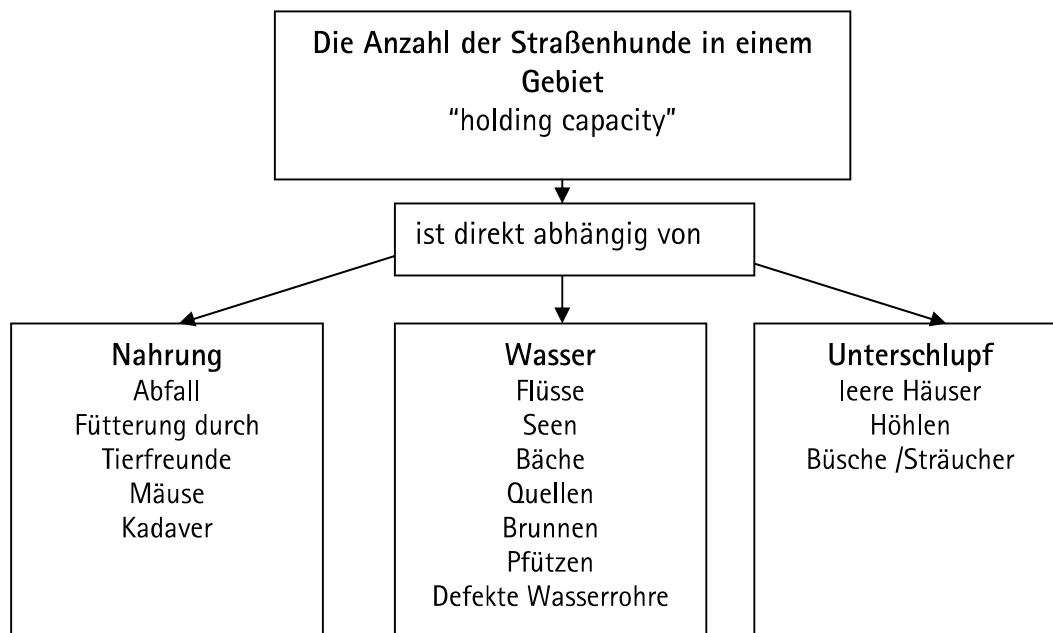


Foto: in diesem Tierheim in der Türkei werden ca. 500 Hunde durch zwei Personen versorgt. Es werden laufend neue Hunde aufgenommen. Die Todesrate im Tierheim pro Monat beträgt: mind. 56 Hunde (ohne Welpen), davon mind. 12 durch Bissverletzungen im Tierheim.

Tierschutzkonformer und effektiver Lösungsansatz:

Biologische Grundlagen:

Jeder Lebensraum bietet die Lebensgrundlage für eine gewisse Anzahl von Tieren derselben Art (holding capacity). Die Anzahl ist direkt abhängig von der Möglichkeit, ausreichend Futter und Wasser zu finden, sich vor klimatischen Einflüssen und Fressfeinden zu schützen.



Grafik: Die Verfügbarkeit von Futter, Wasser und Unterschlupf limitiert die Anzahl der Hunde in einem Gebiet. Diese äußeren Faktoren lassen sich wenig beeinflussen.

Innerhalb des jeweiligen Lebensraums stellt sich ein Gleichgewicht (steady state) zwischen Zulauf von Hunden auf der einen Seite (Geburten, Aussetzen) und dem Abwandern (Vermittlung, Tierheime, Tod, Euthanasie, Verbringen ins Ausland) auf der anderen Seite ein.

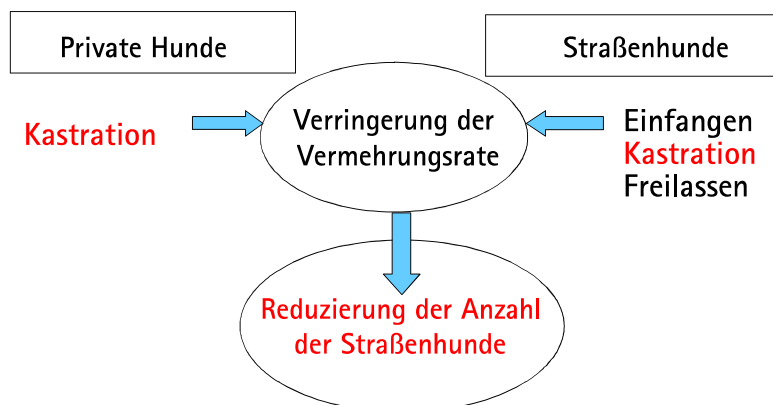
Wenn es nicht gelingt, alle Hunde auf der Straße innerhalb von zwei Monaten (Trächtigkeitsdauer) einzufangen und ein weiteres Aussetzen zu verhindern, steigt die Überlebenschance der Welpen und neue Hunde wandern in das Gebiet ein, solange bis die ursprüngliche Anzahl (holding capacity) wieder erreicht ist. Da das Wegfangen aller Hunde eines Gebietes innerhalb zwei Monate, sowie die Reduzierung der Lebensgrundlagen (Wasser, Futter, Unterschlupf) nicht möglich ist, kann ein dauerhaftes Wegfangen von Hunden als sinnlose Maßnahme angesehen werden, die nicht zu einer Lösung des Straßentierproblems führen kann.

Zusammengefasst bedeutet dies: Fang- und Tötungsaktionen, wie sie in vielen südlichen und östlichen Ländern bis heute üblich sind, sind nicht nur grausam sondern auch absolut sinnlos. Auch das Fangen und dauerhafte Wegsperrern in Tierheimen ist nicht tierschutzkonform und führt nicht zu einer Problemlösung. Das Fangen und Vermitteln von sozialisierten, freundlichen und gesunden Hunden ins Ausland kann für das einzelne Individuum eine Verbesserung der Lebenssituation bedeuten, führt aber ebenfalls zu keiner Problemlösung, da sich die anderen – zurückgebliebenen – Straßenhunde weiter vermehren bis zum Erreichen der ursprünglichen Anzahl.

Fangen, Kastrieren, Wiederfreilassen:

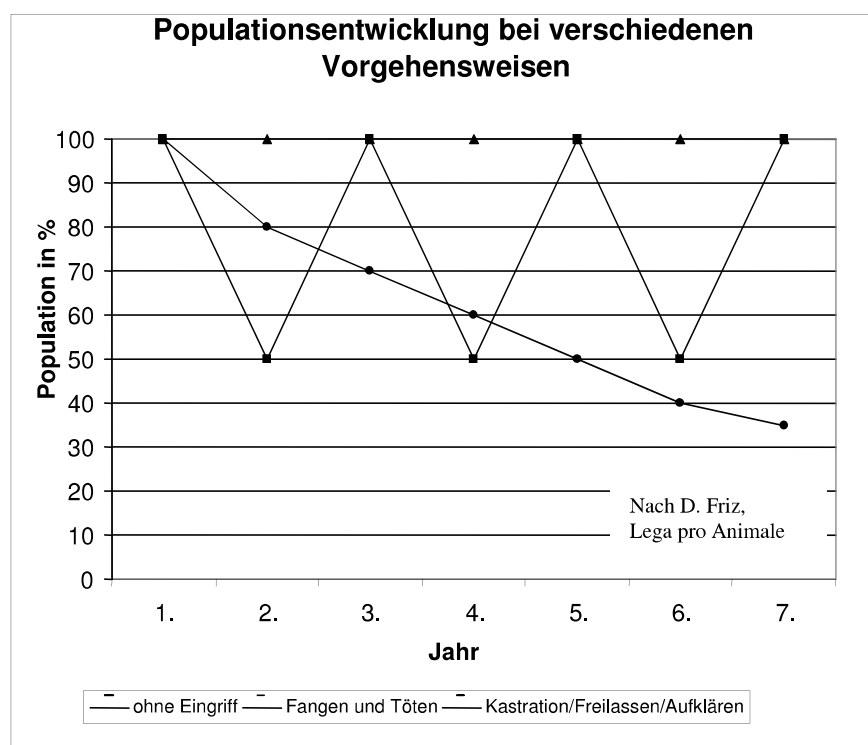
Die Ursache des Straßenhundeproblems stellt die Vermehrung der Tiere dar. Also greifen tierschutzkonforme und effektive Maßnahmen an der Unterbindung der Vermehrung an. Die Kastration der Hunde – sofern diese innerhalb des jeweiligen Landes verbleiben – stellt die einzige Lösung dar, wie mittel- bis langfristig das Problem der Straßenhunde verringert und gelöst werden kann. Hierbei ist es von

großer Bedeutung, „doppelgleisig“ zu fahren: in diese Projekte müssen die Straßenhunde sowie die Hunde, die in Haushalten leben, eingebunden werden.



Grafik: tierschutzkonformer und effektiver Lösungsansatz

Die Straßenhunde sollten nach der Kastration und einer kurzzeitigen Regeneration in der Obhut des Menschen wieder an den jeweiligen Fangorten frei gelassen werden. Die frei gelassenen Hunde besetzen ihr Revier, die Vermehrung ist unterbunden und das Einwandern von anderen Hunden wird reduziert.



Grafik: Fangen, Kastrieren und Wiederfreilassen führt zu einer Senkung der Fruchtbarkeit und zu einer Lösung des Straßentierproblems

Tierschutzkonformer und effektiver Lösungsansatz anhand der Vorgehensweise des Tierschutzprojektes „Odessa“ des Deutschen Tierschutzbundes:

In Odessa (Ukraine) wurde nach langer gründlicher Vorarbeit und Verhandlungen mit den Behörden vor Ort im Mai 2005 das Tierschutz- und Kastrationszentrum in Odessa des Deutschen Tierschutzbundes eröffnet. Ziel des Projektes ist es, die Anzahl der Straßentiere auf tierschutzkonforme Weise zu verringern.

Die Ausgangssituation in Odessa:

In Odessa leben eine unbekannte, aber große Anzahl Straßenhunde. Nach Angaben der Behörden handelt es sich um ungefähr 70.000 Straßenhunde.

Die große Anzahl frei herumlaufender Hunde prägen das Stadtbild sowohl im Stadtkern (städtischen Parkanlagen, Fußgängerzone, Hafen etc.), als auch in den Außenbezirken (Markt, zwischen Wohnblöcken, am Flughafen etc.). Ein Teil der Hunde sind den Menschen zwar gewöhnt. Diese Hunde sind aber meist dem Menschen gegenüber zurückhaltend, lassen sich bei vorsichtigem Umgang anfassen und verhalten sich freundlich. Ein Teil dieser Hunde hat eine mehr oder weniger lose Verbindung zu einem bestimmten Haushalt, der die Hunde meist mit Futter versorgt. Ein anderer Teil der Hunde ist gar nicht auf Menschen sozialisiert. Diese Hunde leben meist in Gruppen. Die Hunde sind sehr scheu. Sie bleiben in einem möglichst großen Abstand zum Menschen. Einzelne Tiere lassen sich durch Futter gezielt anlocken. Sie bleiben aber misstrauisch und lassen sich nicht anfassen.



Foto: Hunde prägen das Stadtbild von Odessa

Die Behörden von Odessa versuchten über viele Jahrzehnte hinweg, die große Anzahl an Straßenhunden durch ständiges Fangen und Töten in den Griff zu bekommen. Tausende gesunde und freundliche Hunde wurden jährlich vom städtischen Hundefangdienst eingefangen und nach einer siebentägigen Frist in der von der einheimischen Bevölkerung als Budka (Todeshaus) bezeichneten Einrichtung in undichten Stahlcontainern vergast.

Trotzdem änderte sich an der Gesamtanzahl der Hunde aus dem Abschnitt „Tierschutzkonforme und effektive Lösungsansätze“ dargestellten Gründen nichts. Andere Hunde füllten die entstandene Lücke auf.

Anfänge des Kastrationsprojektes des Deutschen Tierschutzbundes:

Nach vielen Verhandlungen mit der Stadt mit Unterstützung des deutschen Botschafters in der Ukraine ist es gelungen, die Stadt zu überzeugen, die Tötungsmaßnahmen einzustellen. Die Einstellung der Tötung wurde im Jahr 2001 mit der Behörde vertraglich festgelegt.

Unter provisorischen Bedingungen und mit Hilfe eines ukrainischen Tierarztes, der von dem Konzept „Fangen, Kastrieren, Wiederfreilassen“ überzeugt war, wurden alle vom Fangdienst angelieferten Hunde kastriert.

Mit der Eröffnung des Tierschutz- und Kastrationszentrums in Odessa im Mai 2005 wurde diese Arbeit unter hygienisch einwandfreien Bedingungen systematisch und im großen Umfang fortgesetzt.

Die Tierschutzarbeit im Tierschutz- und Kastrationszentrum in Odessa

1. Fangen:

Das Fangen führt weiterhin der städtische Fangdienst von Odessa durch. In der Anfangsphase sind die Hundefänger mit den alten Fangautos gefahren, mit denen sie früher die Hunde in die Budka gebracht haben. Außerdem wurden nicht selten Hunde doppelt angeliefert oder die Fangorte nicht notiert.

Nach vielen intensiven Gesprächen mit der Stadtverwaltung und mehreren Rückschlägen ist es gelungen, die Stadtverwaltung von dem eingeschlagenen Weg zu überzeugen und sogar aktiv in das Projekt einzubinden. Im Mai 2007 verabschiedete die Stadtverwaltung ein Regelwerk zum Umgang mit Straßenhunden in Odessa. Kernstück stellte ab diesem Zeitpunkt ein tierschutzkonformer städtischer Fangdienst, der nach Vorgaben des Tierschutz- und Kastrationszentrums arbeiten soll.



Foto: das alte Hundefängerauto der Stadt Odessa



Foto: das neue Fangauto der Stadt Odessa

Der Fangdienst geht quartierweise vor und fängt alle frei herumlaufenden und nicht als kastriert gekennzeichneten Hunde ein. Das Fangen soll tierschonend und möglichst stressfrei für die Hunde erfolgen. Zahme Hunde werden mit der Hand und gegebenenfalls mit Hilfsmitteln (Seil, Netz, Fangstange) gefangen und am Ort festgehalten. Eine mobile Box wird zum Hund gebracht, in die der Hund gesetzt wird. Dann wird die Box im Auto fixiert.



Foto: tierschutzkonformes Fangen mit einem Netz

Das Fangen von nicht sozialisierten scheuen Hunden macht sehr viel mehr Schwierigkeiten. Hierbei wurden Fallen in enger Zusammenarbeit mit der Tierärztin, Dorothea Friz (Lega pro Animale), die seit vielen Jahren nach der gleichen Methode erfolgreiche Tierschutzarbeit im Großraum Neapel (Italien) betreibt, angefertigt.

Um das Ziel der tierschutzkonformen Verringerung der Straßentierpopulation zu erreichen, ist wichtig:

- der Fangdienst sollte systematisch, von Quartier zu Quartier, vorgehen
- es sollten innerhalb von zwei Monaten möglichst viele Hunde desgleichen Quartiers gefangen werden
- der Fangdienst muss den Fangort gewissenhaft notieren
- der Fangdienst muss vertrauensbildend arbeiten, damit die Bevölkerung mit dem Fangdienst kooperiert

2. Im Tierschutz- und Kastrationszentrum:

Die angelieferten Hunde werden zunächst in kleinen Gruppen (möglichst nicht mehr als drei Hunde) in Gruppenboxen des im Tierschutz- und Kastrationszentrums abgetrennten Quarantänebereichs untergebracht.



Foto: eine Zwingerreihe im Tierschutz- und Kastrationszentrum in Odessa

Die Hunde werden nach einem kurzen Aufenthalt veterinärmedizinisch untersucht. Nach einem medizinischen Grundcheck werden die Hunde bald möglichst durch ein ukrainisches Tierärzteteam kastriert.



Foto: die Kastration erfolgt in einem Operationsraum und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen



Foto: in diesen Boxen neben dem Operationsraum wachen die Hunde aus der Narkose auf

Um das Ziel der tierschutzkonformen Verringerung der Straßentierpopulation zu erzielen, ist wichtig:

- Die Operation erfolgt unter hygienisch einwandfreien Bedingungen, nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, mit kleiner Schnittführung und unter Verwendung von resorbierbarem Nahtmaterial.
- Die Hunde werden routinemäßig gegen Parasiten behandelt.
- Die Hunde werden vor dem Freilassen gegen Tollwut geimpft. Die Tollwutimpfung schützt den Hund sowie die Bevölkerung, da Tollwut eine Zoonose ist.
- Die Hunde werden während der Operation dauerhaft mit einer Tätowierung am Ohr und am Bauch gekennzeichnet und die Kennzeichnung wird im Tierschutz- und Kastrationszentrum registriert.



Foto: Die Tätowierung am Bauch zeigt, dass dieser Hund im Tierschutz- und Kastrationszentrum Odessa kastriert wurde

3. Wiederfreilassen:

In enger Zusammenarbeit mit dem Fangdienst werden die Hunde am jeweiligen Fangort wieder ausgegliedert. Der Aufenthalt im Tierschutz- und Kastrationszentrum sollte so kurz wie möglich gehalten werden (im Tierschutz- und Kastrationszentrum Odessa sind es ca. 5-7 Tage).

Es werden ausschließlich gesunde, kastrierte, gegen Tollwut geimpfte, gegen Parasiten behandelte und nicht-aggressive Hunde an ihrem Fangort wieder freigelassen.

Vielerorts gibt es Betreuer dieser Hunde. Viele dieser Hunde haben, wie oben beschrieben, ein lockeres Verhältnis zu bestimmten Haushalten. Von diesen Betreuern werden die – nun kastrierten – Hunde weiterhin mit Futter versorgt.



Foto: ein kastrierter Straßenhund nach der Wiederfreilassung in seinem ursprünglichen Revier

4. Zahlen:

Das Tierschutz- und Kastrationszentrum führt eine Statistik. Die Zahlen werden laufend aktualisiert und können direkt beim Deutschen Tierschutzbund erfragt werden. Anteilsmäßig werden bisher ca. 65% der Hunde in Zusammenarbeit mit dem städtischen Hundefangdienst in ihrem ursprünglichen Revier wieder freigelassen.

25% der Hunde wurden von Betreuern (Hunde, die in lockerer Verbindung zu bestimmten Haushalten stehen und von diesen mit Futter versorgt werden) abgeholt.

10% der Hunde (darunter auch im Tierschutz- und Kastrationszentrum abgegebene Rassehunde und Welpen) können an neue Eigentümer in Odessa vermittelt werden.

5. Weitere Aufgaben des Tierschutz- und Kastrationszentrums:

Eine wichtige Aufgabe des Tierschutz- und Kastrationszentrum besteht darin, die Erfahrungen weiter zutragen, um auch andere Städte und Gemeinden von tierschutzkonformen und nachhaltigen Maßnahmen zu überzeugen. Zu diesem Zweck finden alljährlich Tierschutzkonferenzen für Wissenschaftler und Behörden statt.

Praktizierende Tierärzte können sich in der Operationstechnik der Kastration mit kleiner Schnittführung weiterbilden. Diese privaten Tierärzte tragen dann wiederum ihrerseits dazu bei, dass immer mehr Hundebesitzer Vertrauen fassen und ihre eigenen Hunde kastrieren lassen.

Regelmäßige Zeitungs-, Radio- und Fernsehberichte bringen die Tierschutzarbeit der Bevölkerung näher. Hierzu wird auch einmal im Jahr ein Tag der offenen Tür angeboten. Weiterhin besteht ein enges Verhältnis zu einem Waisenhaus in Odessa. Die Kinder besuchen regelmäßig das Tierschutz- und Kastrationszentrum. Sie werden spielerisch an Tiere herangeführt und lernen einen respektvollen Umgang mit ihren Mitgeschöpfen.

Zusammenfassung

In vielen südlichen und östlichen Ländern leben Hunde auf der Straße, die so genannten Straßenhunde. Die Ursache ist darin zu suchen, dass der Mensch die Fortpflanzung seiner Hunde nicht ausreichend kontrolliert. Die Hunde vermehren sich, ohne dass neue Halter gefunden werden. So leben viele Hunde, ihre Nachkommen und deren Nachkommen auf der Straße.

Tötungsaktionen sind als grausame und nicht effektive Maßnahmen anzusehen, die der Deutsche Tierschutzbund auf das Schärfste kritisiert. Aber auch die dauerhafte Unterbringung der Hunde in Tierheimen ist nicht sinnvoll und keine Tierschutzmaßnahme. Da die Vermittlung der Hunde an neue Halter nur in sehr geringem Umfang möglich ist, ist das Tierheim innerhalb kurzer Zeit voll. Diese Art von Tierheimen werden zu Massenzentren, wie Beispiele aus Italien und der Türkei mit mehreren hundert- bis tausend Tieren beweisen. Die Tiere leiden an dem viel zu geringen Platzangebot und mangelnder pflegerischer- und tiermedizinischer Betreuung. In diesen Tierheimen nimmt die Anzahl schwer kranker Tiere immer weiter zu und die Aggressivität der Tiere untereinander steigt. Die Kosten für solche Tiersammellager sind immens und steigen von Jahr zu Jahr an. Hier wird großes Tierleid erzeugt. Diese Art der Tierhaltung ist kein Beitrag zum Tierschutz und löst das Problem nicht.

Der Deutsche Tierschutzbund setzt auf Maßnahmen, die innerhalb des jeweiligen Landes zu einer Problemlösung beitragen. Das Tierschutz- und Kastrationszentrum in Odessa des Deutschen Tierschutzbundes arbeitet auf der Grundlage „Fangen, Kastrieren und Freilassen“. Ein kleiner Teil der Hunde kann auch mittlerweile an neue Halter innerhalb des Landes vermittelt werden. Denn jedes Tier, das kastriert innerhalb des Landes bleibt, trägt zur Lösung des Problems bei. Weiterhin werden die Hunde gegen Tollwut geimpft, auch um die Bevölkerung vor der Zoonose „Tollwut“ zu schützen und jedes Tier wird gekennzeichnet.

Genauso wichtig wie die Kastration der Straßen- und Privathunde sind die umfassende Information der Bevölkerung und der Behörden, sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Tierärzteschaft, der Stadtverwaltung und den örtlichen Tierschutzvereinen.

Schlagwortartig zusammengefasst, sieht der Deutsche Tierschutzbund folgende Elemente als die entscheidende Grundlage an, um ein Tierschutzprojekt mit Ziel der Problemlösung innerhalb des jeweiligen Landes durchzuführen:

- Kastration und Verbleib der kastrierten Hunde innerhalb des jeweiligen Landes
- Kennzeichnung und Registrierung
- Impfung gegen Tollwut
- Information
- Zusammenarbeit

Anmerkung:



Im Tierschutz- und Kastrationszentrum in Odessa werden auch Katzen vorübergehend aufgenommen und kastriert. Die Anzahl der Tiere, die kastriert werden, steigt kontinuierlich. Katzen werden von Betreuern gebracht und nach der Kastration wieder abgeholt.

Skandal im EM-Gastgeberland Ukraine

"Hundemassaker" im Namen des Fußballs

23.11.2011, 19:44

Von Uwe Ritzer und Thomas Urban

EM-Gastgeber Ukraine soll die massenhafte Liquidierung von streunenden Hunden angeordnet haben. Tierschützer attackieren in ihrer Wut nun auch die Sponsoren des sportlichen Mega-Events. Dabei könnte es sich nach Ansicht von Beobachtern auch um eine Medienkampagne handeln, die Einzelfälle gezielt aufbauscht.

Der Proteststurm tobt seit Tagen; ob er bald abebbt, ist zweifelhaft. Anfangs gingen die wütenden E-Mails in der Adidas-Zentrale in Herzogenaurach fast im Minutentakt ein. Auf den Facebook-Seiten des Sportartikelherstellers im Internet posteten Nutzer ihren Ärger nicht minder drastisch und zahlreich.



In Kiew protestieren Tierschützer gegen den vermeintlich gezielten und systematischen Hunde-Mord im EM-Gastgeberland Ukraine. (© AP)

Von bestialischen Tiermassakern in der Ukraine ist die Rede, sogar vom "Hunde-Holocaust". Brutal seien streunende Hunde betäubt, gefangen, getötet worden. Teilweise würden sie bei lebendigem Leib in fahrenden Krematorien verbrannt. Andere würden nicht minder qualvoll an Giftködern verenden, vergast, erdrosselt, lebendig begraben oder in Müllpressen zerquetscht. Und alles nur wegen Fußball.

Ein Sportartikelhersteller als Zielscheibe von Protestaktionen

Adidas, so die einhellige Meinung, müsse sofort etwas dagegen tun.

Im kommenden Jahr findet in Polen und der Ukraine die Fußball-Europameisterschaft (EM) statt. Weswegen die Stadtverwaltungen in den ukrainischen Spielorten Kiew,

Lemberg (Lviv), Charkow und Donezk damit begonnen haben, systematisch streunende Hunde zu entfernen. Nach Berichten von Medien und Tierschützern werden die Tiere angeblich mit den beschriebenen Methoden getötet.

Diese Berichte entfachten den Sturm, der vor allem im Internet und in den sozialen Netzwerken tobt. "Adidas erlebt den Social-Media-Super-GAU", titelte ein Online-Medienmagazin.

Die Marke mit den drei Streifen ist seit vielen Jahren Hauptsponsor und Ausrüster von Fußball-Welt- und Europameisterschaften, sowie von Olympischen Spielen. Jedes Mal ist sie Zielscheibe von Protestaktionen. Mal geht es um Arbeitsbedingungen in fernöstlichen oder mittelamerikanischen Textilfabriken, mal um Menschenrechte in China. Sportliches Mega-Event plus prominenter Hauptsponsor garantieren jeder Protestorganisation hohe öffentliche Aufmerksamkeit für ihr Anliegen.

Zumal die Weltereignisse des Sports für die Sportartikelhersteller die perfekten, größten und wichtigsten Laufstege sind, um neue Produkte zu präsentieren und am eigenen Image zu feilen. Allein Adidas gibt im Zuge der EM 2012 viele hundert Millionen Euro für begleitende Marketingkampagnen aus. Hässliche Vorwürfe wie jener der Tierquälerei sind nicht nur schlecht fürs Geschäft - sie versauen auch das Image, wenn man tatenlos zusieht.

Tut etwas, oder wir boykottieren eure Produkte

Das müssen auch alle anderen EM-Hauptsponsoren erleben. Der Brausekonzern Coca-Cola, der Autobauer Hyundai und Kia, McDonald's, der Autozulieferer Continental, Canon, Sharp, Castrol und die Carlsberg-Brauerei geben ebenfalls viel Geld aus, um die EM als Werbeplattform zu nutzen. Auch sie werden in Generalhaftung genommen und sind Adressaten von Internet-Protesten von Tierschützern.

Der Tenor der Protestler: Tut etwas gegen das Tiermassaker, oder wir kaufen eure Produkte nicht mehr.

Was ist dran an der mutmaßlichen Tierquälerei?

Das zeigt Wirkung. Reihum verurteilen inzwischen die meisten der EM-Sponsoren etwaige Tiermassaker. "Wir sind strikt gegen jede Form der Tierquälerei und erwarten von der ukrainischen Regierung, diesen Vorwürfen gewissenhaft nachzugehen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen", heißt es bei Adidas. Dem Vernehmen nach liefen die Drähte in den vergangenen Tagen heiß.

Sponsoren intervenierten beim europäischen Fußballverband Uefa, dem EM-Veranstalter. Dieser wiederum übte Druck auf die Regierung in Kiew aus. Selbige verbot nun die Tötung streunender Hunde. Man solle sie besser in Tierheime stecken - wer sich daran nicht halte, werde bestraft, sagte Ministerpräsident Nikolai Asarow.

Was aber ist von solchen Ankündigungen zu halten? Wie wird kontrolliert, ob sie eingehalten werden?

Das führt aber auch zur Frage, ob tatsächlich herrenlose Hunde zu Tausenden

"gemordet" werden, wie Tierschutzorganisationen behaupten. Oder handelt es sich um eine Medienkampagne, die Einzelfälle gezielt aufbauscht? Darüber sind sich in Kiew lebende ausländische Beobachter ebenso uneins wie die einheimischen Kommentatoren.

Dass Hunde lebendig in "fahrende Krematorien" geworfen oder von Dampfwalzen überrollt werden, dementieren erwartungsgemäß die Sprecher aller vier EM-Städte. Im Internet kursieren derweil schreckliche Filme, die angeblich genau das zeigen, deren Herkunft allerdings oft unklar ist.

Wie in jedem anderen europäischen Land steht auch in der Ukraine Tierquälerei unter Strafe. Doch können herrenlose Tiere, bei denen der Verdacht auf ansteckende Krankheiten besteht, eingeschläfert werden. Auf diesen Gummiparagrafen berufen sich private Hundefänger, die für jedes "liquidierte Tier" eine Prämie bekommen. In der Bevölkerung stößt es überwiegend auf Beifall, dass die Tiere aus den Wohnvierteln verschwinden sollen.

Die Aufregung namentlich bei den Deutschen quittierte ein Kommentator mit dem Hinweis, wonach die Bundesbürger mehr Geld für ihre Haustiere als für ihre Kinder ausgeben. Dass deutsche Tierschützer in Kiew die Umrüstung von Krankenwagen in ambulante Operationswagen für Tier-Sterilisierungen fordern, löst in dem Land, in dem die medizinische Grundversorgung miserabel ist, nur Kopfschütteln aus.

Hierzulande hingegen soll es bald eine Großdemo geben. "Ein Lichtermeer für die ermordeten Straßentiere in der Ukraine" lautet das Motto der in Berlin geplanten Veranstaltung. Schirmherrin ist Maja Prinzessin von Hohenzollern.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/skandal-im-em-gastgeberland-ukraine-hundemassaker-im-namen-des-fussballs-1.1198005>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: (SZ vom 24.11.2011/jobr)

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.



Stellung des Tierschutzes im Grundgesetz

Seit 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Damit wurde eine lange Diskussion über den Rang des Tierschutzes im Verfassungsgefüge abgeschlossen.



Quelle: © Christian Jakimowitsch -
Fotolia.com

In Artikel 20a Grundgesetz wurden danach nach dem Wort "Lebensgrundlagen" die Wörter "und die Tiere" eingefügt (so genannte "Drei-Wort-Lösung"). Artikel 20a Grundgesetz hat nunmehr folgende Fassung:

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Nach ganz überwiegender Auffassung kam dem Tierschutz vor der Aufnahme des Staatsziels Tierschutz im Grundgesetz kein

Verfassungsrang zu. Dies führte in der Vergangenheit zu Spannungsverhältnissen zwischen dem Tierschutz und verschiedenen Grundrechten, die ihre Grenzen lediglich an anderen kollidierenden Grundrechten Dritter oder der Gewährleistung verfassungsrechtlich besonders geschützter Gemeinschaftsgüter finden.

Die Staatszielbestimmung Tierschutz enthält – wie Staatszielbestimmungen allgemein – eine verfassungsrechtliche Wertentscheidung, die von der Politik bei der Gesetzgebung und von den Verwaltungsbehörden und Gerichten bei der Auslegung und Anwendung des geltenden Rechts zu beachten ist. Aus einer Staatszielbestimmung können die Bürger allerdings keine individuellen Ansprüche herleiten. Weiter leitet sich aus einer Staatszielbestimmung kein Vorrecht gegenüber den Grundrechten ab. Vielmehr ist jeweils ein Ausgleich mit anderen Verfassungsgütern herzustellen.



Eingriffsrecht der Behörden

Der Vollzug des Tierschutzgesetzes liegt in der Zuständigkeit der Länder (vgl. Art 83, 84 I GG). Die Länder haben in der Regel durch Rechtsverordnung festgelegt, welche Behörden zum Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständig sind. In der Regel ist dies die Untere Kreisverwaltungsbehörde, das Landratsamt oder das Veterinäramt. Die Amtstierärzte sind dann meist für die Ermittlung der Sachverhalte zuständig und werden in bestimmten Fällen als Sachverständige herangezogen. In einigen Bundesländern liegen sowohl die Ermittlung von Tierschutzfällen als auch die Anordnung und der Vollzug von Tierschutzauflagen in der Hand der Amtstierärzte.

Nach § 16a TierSchG sind die Behörden bzw. die Amtstierärzte ausdrücklich befugt, **alle** notwendigen Anordnungen zu treffen, um Missstände in einer Tierhaltung zu beseitigen. Dies gilt für gewerbliche Tierhaltungen ebenso wie für private.

Gemäß den Vorschriften des § 16a, können die Behörden einem Halter konkrete Vorgaben machen, um etwaige Fehler in der Haltung zu korrigieren. Insbesondere können sie Anweisungen zur richtigen Ernährung, Pflege und Unterbringung des Tieres geben. Wenn der Halter die Anweisungen befolgt, darf er das Tier behalten. Schwerpunkt ist also der Schutz des Tieres unter Mitwirkung des Halters.

Bei schwer vernachlässigten Tieren kann die Behörde das Tier aber vorübergehend beschlagnahmen. Der Halter hat dann die Möglichkeit die Haltebedingungen „nachzubessern“. Er kann das Tier zurückbekommen, wenn gesichert ist, dass er die Anforderungen des Tierschutzes einhalten wird. Ist in der Zwischenzeit eine anderweitige Unterbringung des Tieres auf Kosten des Halters nicht möglich oder ist abzusehen, dass der Halter eine den Anforderungen des § 2 entsprechenden Haltung nicht sicherstellt, kann die Behörde das Tier veräußern.

Ein Tierhalterverbot nach § 16 a Satz 2 Nr. 3 ist das letzte Sanktionsmittel gegen den Halter. Die Behörden ergreifen die Maßnahme neben der Strafanzeige, wenn der Halter immer wieder gegen den Tierschutz verstößt, das Tier dadurch erheblich leidet und zu erwarten ist, dass sich hieran nichts ändern wird. Die Behörde kann entscheiden, ob sich die Haltungs- und Betreuungsuntersagung auf alle Tierarten erstrecken soll oder nur auf eine bestimmte. Der Vorbeugungsgedanke tritt hier in den Vordergrund, weil nicht ein konkretes Tier dem Zugriff des Halters entzogen wird, sondern der Zugang zu Tieren generell verhindert werden soll.

Leider lässt § 16 a TierSchG auch die Tötung von Tieren zu, wenn die Behörde beschlagnahmte Tiere aus „rechtlichen oder tatsächlichen Gründen“ nicht veräußern kann. Dieser Zusatz wurde - gegen den heftigen Widerstand des Deutschen Tierschutzbundes - bei der Novellierung des Tierschutzgesetzes im Jahre 1998 eingefügt. Hintergrund war, dass die Behörden insbesondere exotische Tiere aus Wanderzirkussen oft nicht beschlagnahmen, weil sie keine geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten finden. Denkbar ist nach dieser Regelung aber beispielsweise auch, dass ein beschlagnahmter Hund, der aufgrund seines Alters keine Abnehmer findet („tatsächlicher Grund“), getötet wird.

Ein „rechtlicher Grund“ zur Tötung eines Tieres, könnte der Vollzug seuchenrechtlicher Anordnungen sein, was im Bereich landwirtschaftlich genutzter Tier relevant sein kann.

Bei einer Tötung aus „tatsächlichen Gründen“ (fehlende Unterbringungsmöglichkeit, keine Abnehmer) müssen die Behörden auf jeden Fall nachweisen, dass sie alle Mittel zur dauerhaften, sachgerechten Unterbringung des Tieres ausgeschöpft haben. So sieht auch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV) vor, dass die „als letzte in Betracht kommende Maßnahme“ nur veranlasst werden darf, „wenn trotz nachweisbarer, geeigneter Vermittlungsversuche (z.B. „Medienhinweise“) das fortgenommene Tier nicht verkauft, verschenkt oder abgegeben werden kann.“

Der Gesetzgeber hat bei dieser Regelung verkannt, dass eine fehlende Unterbringungsmöglichkeit unter keinen Umständen rechtfertigen kann, ein gesundes Tier zu töten. Wenn die Unterbringungsmöglichkeit fehlt, muss sie geschaffen werden. Mit der Einführung des Staatszieles Tierschutz im Jahre 2002, ist es gänzlich undenkbar, dass die Tötung eines gesunden ungefährlichen Tieres aus „tatsächlichen Gründen“ stattfindet. Bund, Länder und Gemeinden müssen gerade für exotische Tiere Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen, um die Beschlagnahme solcher Tiere zu ermöglichen. Zur Prävention sind klare Regelungen zu treffen, die das Halten von exotischen Tieren und insbesondere das Mitführen solcher Tiere in Wanderzirkussen verbieten. Auch dies haben Gesetz- und Verordnungsgeber bislang versäumt.

Neben dem behördlichen Zugriff nach § 16a unterliegt der Umgang mit Tieren oft auch einer zusätzlichen Erlaubnispflicht nach § 11 TierSchG. Dies gilt vor allem für gewerbliche Tätigkeiten, aber auch für einige nicht-kommerzielle Tätigkeiten wie den Betrieb eines Tierheimes. § 11 stellt vom Grundsatz her eine so genannte betriebsbezogene Erlaubnisnorm dar. Er unterwirft ganze Betriebe der Erlaubnispflicht, stellt Anforderungen an die Sachkunde der verantwortlichen Personen und an die Qualität der Tierhaltung.

Im Hinblick auf die Sachkunde muss der Antragsteller Nachweise vorlegen, die die zur Ausübung der Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten belegen. Bei kommerziellen Tätigkeiten gehen die Behörden vom Vorliegen der erforderlichen Sachkunde aus, wenn der Antragsteller eine Ausbildung als Tierarzt oder Tierpfleger vorweisen kann. Den Sachkundenachweis für den Betrieb eines Tierheimes kann man u.a. in der Akademie für Tierschutz erwerben. Im Übrigen kann die Behörde zum Nachweis der Sachkunde ein Fachgespräch verlangen.

Die §§ 11 und 16a TierSchG sollen ein rasches und wirksames Eingreifen der Behörden ermöglichen, um überall tierschutzgerechte Zustände sicherzustellen. Vor allem im kommerziellen Bereich ist dies bislang nur unzureichend verwirklicht. Es ist daher dringend erforderlich, dass der Gesetzgeber neue Rechtsinstrumente zur Wahrung des Tierschutzes einführt. Eines davon, durch das die Behörden in ihrer Arbeit wesentlich entlastet werden könnten, ist das Verbandsklagerecht für seriöse Tierschutzorganisationen.



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Oberste Bundesbehörden

Abteilung Z und B
- im Hause -

nachrichtlich:

Vereinigungen und Verbände

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL

FAX

BEARBEITET VON Referat D 5

E-MAIL D5@bmi.bund.de

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, 21. September 2011

AZ D 5 – 220 110/7

BETREFF **Beschäftigung von Leiharbeitnehmern – Arbeitnehmerüberlassungsgesetz**
HIER Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

ANLAGE - 1 -

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) ist durch das „Erste Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – Verhinderung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung“ vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 642 in Umsetzung der Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit) sowie anschließend durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vom 20. Juli 2011 (BGBl. I S. 1506) geändert worden.

In der Bundesverwaltung findet, wenn auch in geringem Umfang, Beschäftigung in Form von Leiharbeitsverhältnissen nach dem AÜG statt. Mit Schreiben vom 16. März 2010 (**Anlage**) hatte BMI im Nachgang zu einer Kleinen Anfrage über Leiharbeit in der Bundesverwaltung (BT-Drucksache 17/588) angeregt, die Notwendigkeit des Einsatzes von Leiharbeitnehmern zu prüfen. Auf diese Anregung weise ich, auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse einer weiteren Kleinen Anfrage zu diesem Thema (BT-Drucksache 17/4626) erneut hin.

Mit Blick auf die Änderungen im AÜG ist Folgendes zu beachten:



1. Änderung im Anwendungsbereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ab 1. Dezember 2011

Die Erlaubnispflichtigkeit einer Arbeitnehmerüberlassung ist nach § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG nicht mehr von der „Gewerbsmäßigkeit“ der Arbeitnehmerüberlassung abhängig. Es kommt nunmehr darauf an, ob die Arbeitnehmerüberlassung im Rahmen der „wirtschaftlichen Tätigkeit“ des Arbeitgebers (Verleihers) erfolgt. Das Gesetz folgt mit dieser Änderung der Vorgabe der EU-Leiharbeitsrichtlinie 2008/104/EG.

Der Begriff der „wirtschaftlichen Tätigkeit“ ist weder im AÜG noch in der Richtlinie 2008/104/EG definiert. Es kann für die Auslegung aber auf andere, durch Europarecht geregelte, Bereiche zurückgegriffen werden. So ist im Bereich des Wettbewerbsrechts „Unternehmen“ eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübende Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung und „wirtschaftliche Tätigkeit“ ist das Anbieten von Gütern oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt (ständige Rechtsprechung, EuGH, Urt. v. 10. Januar 2006 – Rs. C-222/04, Rn. 107 = EuZW 2006, 306, 310). Tätigkeiten in Ausübung hoheitlicher Befugnisse haben demgegenüber keinen wirtschaftlichen Charakter (EuGH, Urt. v. 26. März 2009 – Rs. C-113/07, Rn. 70).

Der Begriff der „wirtschaftlichen Tätigkeit“ in § 1 Abs. 1 Satz 1 AÜG ist weit auszulegen. Auf die für das Tatbestandsmerkmal der „Gewerbsmäßigkeit“ wesentliche Gewinnerzielungsabsicht kommt es ab dem 1. Dezember 2011 nicht mehr an. Grundsätzlich unterfällt demgemäß auch eine Arbeitnehmerüberlassung durch eine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, z.B. im Rahmen einer Personalgestellung nach § 4 Abs. 3 TVöD, dem AÜG und ist erlaubnispflichtig, wenn diese im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 AÜG erfolgt. Nimmt der überlassene Arbeitnehmer beim Entleiher hingegen hoheitliche Tätigkeiten wahr, besteht mangels wirtschaftlicher Tätigkeit keine Erlaubnispflicht.

2. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht – gelegentliche Überlassung

Nach dem neu eingefügten § 1 Abs. 3 Nr. 2a AÜG besteht keine Erlaubnispflicht, wenn die Überlassung nur gelegentlich erfolgt und der Arbeitnehmer nicht zum Zwecke der Überlassung eingestellt und beschäftigt wird. In der Gesetzesbegründung ist ausgeführt, an dieses Erfordernis seien strenge Anforderungen zu stellen. Ausgeklammert werden sollen gelegentlich auftretende Überlassungsfälle, wie zum Beispiel die Abdeckung eines kurzfristigen Spitzenbedarfs (BT-Drucksache 17/4804, S. 8).

3. Neue Informationspflichten des Entleihers

Der Entleiher ist zur Information des Leiharbeitnehmers über zu besetzende Stellen verpflichtet, unabhängig davon, ob es sich um befristete oder unbefristete Stellen handelt. Diese Be-



SEITE 3 VON 3 kanntgabe kann auch an geeigneter, dem Leiharbeitnehmer zugänglicher Stelle im Rahmen der allgemeinen Bekanntgabe zu besetzender Stellen erfolgen (§ 13a AÜG-neu).

4. Zugang zu Gemeinschaftseinrichtungen und -diensten

Dem Leiharbeitnehmer ist unter den gleichen Bedingungen wie Arbeitnehmern des Entleiher Zugang zu den Gemeinschaftseinrichtungen oder -diensten des Entleiher zu gewähren, wenn es keinen sachlichen Grund zur Rechtfertigung der unterschiedlichen Behandlung gibt, § 13b AÜG-neu. Das Gesetz nennt hierzu insbesondere Kinderbetreuungseinrichtungen, Gemeinschaftsverpflegung und Beförderungsmittel. Ein sachlicher Grund für eine unterschiedliche Behandlung kann nach der Gesetzesbegründung z. B. dann vorliegen, wenn der Entleiher gemessen an der individuellen Einsatzdauer einen unverhältnismäßigen Organisations- und Verwaltungsaufwand bei der Gewährung des Zugangs hat (BT-Drs. 17/4804, S. 10).

Leistungen mit Entgeltcharakter (inkl. Sachbezüge) gehören nicht zu den Gemeinschaftseinrichtungen bzw. -diensten, weshalb z. B. keine Verpflichtung besteht, Zugang zur betrieblichen Altersversorgung des öffentlichen Dienstes zu gewähren. Auch wenn z. B. unentgeltliches Mittagessen in der hauseigenen Kantine gewährt wird, muss dem Leiharbeitnehmer kein unentgeltliches Mittagessen gewährt werden.

5. Hinweise der Bundesagentur für Arbeit

Das BMAS hat angekündigt, die für die Durchführung des AÜG zuständige Bundesagentur für Arbeit werde im Herbst 2011 die überarbeitete Geschäftsanweisung zur Durchführung des AÜG veröffentlichen. Diese enthält Anwendungshinweise für die Neuregelungen. Unabhängig davon ist in Zweifelsfällen **rechtzeitig vor dem 1. Dezember 2011** eine Klärung mit der Bundesagentur für Arbeit herbeizuführen und ggfls. eine Verleiherlaubnis zu beantragen. Die Überlassung von Arbeitnehmern ohne die erforderliche Erlaubnis kann eine Ordnungswidrigkeit darstellen (vgl. § 16 Abs. 1 Nr. 1 AÜG) und führt u.a. zu der gesetzlichen Fiktion eines Arbeitsverhältnisses zwischen Entleiher und Leiharbeitnehmer (vgl. § 10 Abs. 1 AÜG).

Im Auftrag

Bürger



Zeit & Liebe, mehr braucht es nicht!

[Sitemap](#) | [Kontakt](#) | [Impressum](#)

[Startseite](#)

[Tiervermittlung](#)

[Patentiere](#)

[Zuhause gefunden](#)

[Haustier-Ernährung](#)

[Haustier-Impfungen](#)

[Claudia Ludwig](#)

[Tier\(schutz\) INFO](#)

[Haustiere und Rauchen](#)

[So können Sie helfen!](#)

[Pflegestelle](#)

[Pflegefamilie Wäger](#)

[Patenschaft](#)

[Flugpate](#)

[Aushänge](#)

[Mitglied werden](#)

[Spenden](#)

[Online-Petitionen](#)

[Schwarzes Brett](#)

[Herbstfeste + Presse](#)

[Buchtipps](#)

[Termine](#)

[Über uns](#)

[Links](#)

[Kontakt](#)

[Login für Aktive](#)

[Suche](#)

Hier können Sie den aktuellen Pflegestellen-Flyer herunterladen - bitte hier klicken

Was genau ist eine Pflegestelle?

Wir verstehen darunter eine Zwischenstation zwischen der Aufnahme des Tieres bei der AGT und einer endgültigen Vermittlung. Das Tier ist dann i.d.R. bereits tierärztlich untersucht, geimpft, entwurmt, entfloht und -wenn erforderlich- auch kastriert. Sowohl Futter als auch Zubehör wird Ihnen komplett und unentgeltlich von der AGT gestellt. Ihre Aufgabe ist es, das Tier als vorübergehendes Familienmitglied aufzunehmen und seiner Art entsprechend zu versorgen, d.h. Gassi gehen (bei Hunden), kämmen & bürsten und natürlich den Tieren das geben, was sie zuvor häufig am dringlichsten entbehren mußten: Liebe & Vertrauen in den Menschen.



Die Tiere verbleiben bei Ihnen für einen mit Ihnen zusammen festgelegten Zeitraum. Wenn Sie zu einem bestimmten Zeitpunkt kein Tier aufnehmen können, dann geht das in Ordnung; denn Sie bestimmen, wann und für welchen Zeitraum Sie welches Tier aufnehmen.

Wer kann Pflegestelle sein?

Jeder, mit dem wir zusammen die zeitlichen und räumlichen Möglichkeiten abgesprochen haben und der die für die Tiere erforderliche Einstellung besitzt.

Wir werden mit jeder Pflegestelle abstimmen, welches Tier für Sie infrage kommt; denn Sie können ja z.B. bereits Tiere in Ihrem Haushalt haben, auf welche das das Pflegetier Rücksicht zu nehmen hat. Wer werden Ihnen also keinen Hund anbieten, von dem wir wissen, dass er keine Katzen mag, wenn Sie mit Katzen leben usw.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir eher selten Pflegestellen für kinderliebe, problemlose Anfängerhunde suchen. Diese Tiere haben i.d.R. wesentlich bessere Vermittlungschancen, wenn sie in unserer Hundeauffangstation (HAST) präsent sind. Wir werden nur in Ausnahmefällen -z.B. Rückläufer aus Familien, Überbelegung der HAST- diese Hunde in eine Pflegestelle setzen. Kinder im Haushalt sind willkommen, allerdings sollten diese bereits im Grundschulalter sein.

In der Regel suchen wir vor allem Pflegestellen für Hunde, die ein -mehr oder minder- großes Handicap haben, z.B. daß sie ängstlich sind und wieder Vertrauen fassen müssen, oder nicht alleine bleiben können etc.

Über den Charakter jeden Tieres werden wir offen und ehrlich mit Ihnen sprechen, so dass Sie entscheiden können, ob Sie sich den Umgang mit gerade diesem Tier zutrauen.

Niemand ist verpflichtet, ein bestimmtes Tier in Pflege zu nehmen, sondern die endgültige Entscheidung liegt stets bei Ihnen.

Pflegekosten & Tierärztliche Versorgung

Die Versorgungskosten (Futter etc.) für Ihr Pflegetier werden Ihnen selbstverständlich erstattet.

Sollte Ihr Pflegetier erkranken, können Sie jederzeit eine unserer Vereinstierärztinnen aufsuchen oder ein AGT-Mitglied benachrichtigen, der das Tier abholt und zum Tierarzt bringt. Die Tierarzt-Kosten werden vollständig von der AGT getragen.

Vermittlung des Pflegetiers

Während das Tier bei Ihnen in der Pflegestelle ist, versucht die AGT über alle zur Verfügung stehenden Medien, ein endgültiges Zuhause für das Tier zu finden.

Nach einem Vorgespräch mit uns erhalten potentielle Interessent/innen Ihre Telefon-Nummer, damit sie sich mit Ihnen in Verbindung setzen und das Tier bei Ihnen kennen lernen können. Auf Wunsch kommt ein AGT-Mitglied zu diesen Treffen.

Ihre Meinung wird mitentscheidend sein, ob die Chemie zwischen Tier und Interessent/in stimmt, d.h.: Wir hören auf Sie!

Jedes AGT-Tier wird entweder von Ihnen oder von einem erfahrenen AGT-Mitglied in sein neues Zuhause gebracht. Erst dann wird ein schriftlicher Vermittlungsvertrag abgeschlossen. Wenn Sie möchten, können Sie gerne die weitere Betreuung (Nachkontrollen) übernehmen.

Für die Vermittlung unserer Tiere haben wir eine Arbeitsanweisung erarbeitet, mit der wir sicherstellen, dass unsere Tiere nur in wirklich gute Hände abgegeben werden.

Falls Sie sich von dem Tier nicht mehr trennen mögen, freuen wir uns darüber und bedauern gleichzeitig, evtl. eine gute Pflegestelle verloren zu haben.

Warum sollten Sie sich als Pflegestelle zur Verfügung stellen?

Vorrangig steht natürlich immer die Liebe zum Tier, aber in zweiter Reihe gibt es auch eine ganze Reihe anderer Gründe, die dafür sprechen, Pflegestelle zu sein.

Unter Umständen sind Sie noch jung / oder schon älter und können aktuell nicht (mehr) die Verantwortung für ein ganzes Tierleben übernehmen. Dann bietet Ihnen das Konzept 'Pflegestelle' die Möglichkeit, ein Tier zu versorgen, ohne sogleich für 10-15 Jahre daran gebunden zu sein.

Vielleicht wissen Sie auch noch nicht, ob ein Hund oder eine Katze wirklich zu Ihnen paßt. Dann ist Pflegestelle sein, die ideale Gelegenheit das auszuprobieren, ohne daß Sie nachher ein schlechtes Gewissen haben müssen, wenn Sie feststellen, daß ein Hund doch mehr Zeit beansprucht, als Sie erbringen können.

Oder Sie haben einfach Freude daran, ein Tier, das in seinem alten Zuhause nicht mehr gewollt ist, aufzubauen und ihm zunächst die Liebe zu geben, die ihm gefehlt hat.

Sie ersparen dem Tier den zwischenzeitlichen Aufenthalt in einem -meist überfüllten- Tierheim und steigern seine Vermittlungschancen. Denn mit Ihrer Beobachtung der Stärken und Schwächen des Tieres helfen Sie mit, ein passendes Zuhause zu finden.

Sie können grundsätzlich sicher sein, dass wir Ihnen während der gesamten Pflegezeit ständig beratend und unterstützend zur Seite stehen.

Sollte es zwischen Ihnen und Ihrem Pflegetier aus irgendeinem Grund nicht mehr klappen, so wird ein AGT Mitglied das Tier innerhalb von 24 Std. abholen und in eine alternative Pflegestelle bringen.

[amazon.de](#)

Kostenlose

Lieferung
ab

20
EUR.

Bücher
versandkostenfrei!

[Hier klicken](#)

[Privacy Information](#)

Noch Zweifel... dann lesen Sie bitte diesen Bericht:
[Link zum Interview mit der Pflegefamilie Wäger](#)

[Drucken](#)



Was ist eine Pflegestelle?

Was bedeutet es Pflegestelle zu sein?

Liebe Unterstützer im Tierschutz,

wir freuen uns sehr, dass Sie sich zum Wohle der Tiere ehrenamtlich betätigen und unseren Verein als Pflegestelle unterstützen möchten. Dies ist eine sehr wichtige und verantwortungsvolle, Aufgabe, denn ohne Pflegestellen in Deutschland hätten die Tiere aus dem Ausland wesentlich weniger Chancen ein Zuhause zu finden.

Dies hat den Grund, dass sich viele Interessenten (verständlicherweise) scheuen ein "Blind Date" einzugehen und ungern einem Tier ein Zuhause zusagen möchten, das sie vorher nicht kennen lernen können.

Da all unsere Vereinsmitglieder und Helfer ausschließlich ehrenamtlich arbeiten, gibt es hierfür keine Bezahlung, sondern nur den Dank und die Gewissheit Not leidenden Tieren geholfen zu haben, und natürlich das unbezahlbare Gefühl hautnah miterleben zu dürfen wie ein möglicherweise verängstigtes, verschüchtertes Tierchen langsam aber sicher auftaut, beginnt das Leben zu genießen und sich Wohlfühlen.

Bevor Sie sich aber dazu entschließen sich hier zu engagieren, Aufwendungen in Kauf zu nehmen, Verpflichtungen einzugehen, sich zeitlich zu binden, usw. bitten wir Sie, sich vorab nachstehende Informationen gewissenhaft und ausführlich durchzulesen.

Über eine anschließende positive Entscheidung würden wir uns und unsere spanischen Nasen natürlich sehr freuen.

Ihr Team vom "Refugio Casas Ibanez e.V."

Was sind die Aufgaben einer Pflegestelle?

Die Vermittlung herrenloser Tiere ist Teil des Tierschutzes. Oft werden diese Tiere von unserem spanischen Team, dem Tierschutzverein „Asociación Protectora de Animales El Refugio“ ausgesetzt und in schrecklichem Zustand auf den Straßen von Casas Ibanez und der näheren Umgebung aufgefunden. Auch bekommen wir oft Tiere gebracht, die in Tötungsstation saßen, und deren "Uhr aufgehört hat zu ticken", wie unsere Tierheimleiterin sehr treffend formuliert hat.

Es gibt viele Gründe, die uns veranlassen, ein Tier abgeben zu müssen, ob hier in Deutschland oder in Spanien. So können es auch die Umstände einer Trennung, eines Todesfalles, einer Tierhaarallergie beim Halter, oder andere traurige Bedingungen sein.

Vor allem aber ausgesetzte, streunende, kranke, behinderte oder verwaarloste Tiere aus schlechter Haltung, die wir aufnehmen, sowie Fundtiere, benötigen entsprechende Pflege und suchen ein neues Zuhause. Da unser Tierheim aber leider nur über sehr begrenzte Kapazität verfügt, versuchen wir zu helfen, in dem wir bedürftige Tiere auf privaten Pflegestellen unterbringen, wo sie familiäre Betreuung und Pflege, ein bisschen Erziehung und Vorbereitung auf das "normale Leben in der Familie" Zuwendung und vor allem Liebe erhalten sollen, die sie bis dahin meist noch nie erfahren durften.

Welche Voraussetzungen muss eine Pflegestelle erfüllen?

Bedenken Sie, dass Tiere die zu uns kommen oft eine schlimme Vergangenheit hinter sich haben. Sie

wurden nicht selten misshandelt, gequält, in kleine Käfige eingesperrt oder an kurze Ketten gebunden, ohne Futter und Wasser alleine gelassen, oder lebten lange Zeit draußen als verhasster Streuner, hungrig und verfolgt.

Diese Tiere sind oft psychisch oder physisch angeschlagen und nur durch viel Liebe, Zuneigung, Geduld und Aufmerksamkeit wieder zu normalisieren, nicht immer gelingt dies vollständig. Hier sind Geschick und Fähigkeiten der Pflegestelle gefordert, um verstörte Tiere angst, Scheu, Unsauberkeit und manchmal Aggression wieder zu nehmen.

Natürlich muss auch sichergestellt sein, dass eine Pflegestelle, der ein Tier anvertraut wird, über die Möglichkeiten einer artgerechten Betreuung und Pflege verfügt, als auch notwendige Sachkenntnis hierfür besitzt.

So kann man zum Beispiel keine große Dogge in einem Einzimmer Appartement unterbringen oder ein pflegebedürftiges Tier, welches intensive Betreuung benötigt, jemanden überlassen, der berufstätig und längere Zeit außer Haus ist.

So ist bei der Aufnahme von Hunden eine Voraussetzung, dass ein Garten (soweit vorhanden, keine Bedingung) entsprechend abgesichert sein muss, sodass ein scheuer Hund nicht entweichen kann, usw.

Es müssen also sowohl die räumlichen als auch sachkundige Voraussetzungen erfüllt sein.

Weiterhin müssen alle Familienmitglieder mit der Aufnahme und Betreuung eines Tieres einverstanden sein. Sie, als auch Ihre Familienmitglieder müssen frei von Tierhaarallergien sein. Wenn Sie Mieteigentum bewohnen, muss der Vermieter natürlich informiert werden und einverstanden sein, dass Sie als Pflegestelle tätig sind.

Haben Sie Kinder, so muss gewährleistet sein, dass die Tiere (die oftmals in der Anfangsphase sehr viel Ruhe benötigen) durch die Kinder nicht gestresst oder als Spielzeug angesehen und behandelt werden. Tierliebe, Verständnis, Geduld, Zeit, Erreichbarkeit sowie gesunder Menschenverstand der Betreuerin / des Betreuers sind absolut unabdingbare Voraussetzungen.

Welche Kosten entstehen der Pflegestelle?

Der Verein versucht natürlich weitestgehend entstehende Kosten abzudecken, damit einer Pflegestelle durch die Betreuung eines „Schützlings“ nicht noch größere zusätzliche Belastungen entstehen. So werden durch den Verein Tierarztkosten in Bezug auf den Pflegling übernommen. Jedoch hat die Praxis gezeigt, dass einer Pflegestelle auch noch weitere Kosten (Telefon-, Fahrtkosten, etc.) entstehen, die in einer Abrechnung keine Berücksichtigung finden können.

Ebenso ist es uns nicht möglich die kompletten Kosten für Futter und Zubehör, wie Leine, Halsband, etc. zu übernehmen.

Sind Pflegestellen über den Verein versichert?

Der Verein besitzt eine Haftpflichtversicherung zur Deckung eventuell entstehender Schäden gegenüber Dritten, doch gilt dies nicht für verursachte Schäden im eigenen Haushalt. Die Versicherung übernimmt keine Haftung bei Eigenverschuldeten Schäden (z.B. bei Verletzung der Aufsichtspflicht). Evtl. Schäden im Haushalt der Pflegestelle können vom Verein nicht übernommen werden.

Welche Verpflichtungen geht eine Pflegestelle ein?

Zunächst haben Sie die volle Verantwortung über das Ihnen anvertraute Tier, dessen fachkundige Pflege, Betreuung, Versorgung und Unterbringung. Das die bestehenden Tierschutzgesetze, Haltungs- - Richtlinien, Empfehlungen, etc. eingehalten werden müssen, versteht sich sicherlich von selbst.

Vorrangig ist aber in jedem Falle immer die Sicherheit für den Menschen, also für Sie, Ihre Familie und alle Menschen die mit dem Tier in Kontakt kommen. Im Hinblick auf die Unberechenbarkeit mancher Tiere ist natürlich auch immer äußerste Wachsamkeit geboten, so dürfen Pflegehunde auch nicht ohne Leine ausgeführt werden.

Ist mit eigenen Haustieren die Aufnahme von Pflegetieren möglich?

Grundsätzlich ja, man sollte jedoch bedenken, dass jeder (tierische) Gast zunächst Unruhe und Stress bei

Ihrem Tier erzeugen kann (Eifersucht, Keilereien, usw. sind oft die Folge). Weiterhin können wir uns (trotz aller tiermedizinischer Vorsorge) nie sicher sein, dass das aufgenommene Tier nicht bereits Krankheitsträger und -überträger ist. Deshalb geht immer eine (wenn auch geringe) Gefahr für Ihr Tier und den Menschen aus.

Wie lange verbleibt ein Tier in der Pflegestelle?

Bis dieses letztendlich ein passendes und festes Zuhause bei einem tierlieben Menschen gefunden hat. Wie lange das dauern kann, lässt sich vorab nie sagen. Welpen werden oft sehr schnell vermittelt, ältere, kranke oder behinderte Tiere bleiben oft länger in der Pflegestelle. Bevor Sie einen Hund zur Pflege aufnehmen, sollten Sie prüfen, ob er evtl. für Monate bei Ihnen bleiben kann, denn ein Wechsel ist für den Hund, der vielleicht gerade Vertrauen gefasst hat, auf jedem Fall ein herber Rückschlag, dazu kommt noch das wir in den seltensten Fällen "auf Knopfdruck" einen anderen Platz für den Schützling haben.

Was ist, wenn die Pflegestelle sich nicht mehr um das Tier kümmern kann?

Eine für uns sehr schlimme Situation entsteht, wenn die Pflegestelle signalisiert, dass Sie die Betreuung für ein aufgenommenes Tier vorübergehend oder dauerhaft nicht mehr übernehmen kann. Meist steht keine passende Ersatzpflegestelle zur Verfügung und im schlimmsten Falle droht dann dem Tier ein Aufenthalt in einer Tierpension.

Informieren Sie uns daher bitte rechtzeitig (einige Wochen im Voraus), wenn das Tier wieder zu uns zurück muss, damit auch wir entsprechend planen können.

Darf ein anvertrautes Tier an eine dritte Person weitergeben?

Nein! Das Ihnen anvertraute Tier darf ohne schriftliche Zustimmung des Vereins auf keinen Fall Dritten zur Haltung und Pflege überlassen werden.

Kann die Pflegestelle die Halterschaft eines Tieres für immer übernehmen?

Hier gelten für die Pflegestelle die gleichen Regeln, wie für jeden anderen Interessenten. Eine Übernahme der Halterschaft durch die Pflegestelle ist mit Unterzeichnung eines Abgabevertrages möglich, sofern die Zustimmung unseres Vereins vorliegt.

Wir verstehen nur zu gut, wie schwer es fällt, sich von einem lieb gewonnenen Tier zu trennen. Bedenken Sie jedoch, dass Sie dem Verein und somit weiteren Tieren dann nicht mehr helfen können. Mit jedem Tier, welches Sie fest übernehmen, müssen wir einem Tier in Not die Aufnahme verweigern, da wir keinen Platz zur Verfügung haben.

Weiterhin werden wir auf Sie als Pflegestelle ganz verzichten müssen, wenn Sie letztendlich ein maximales Kontingent an Tieren fest übernommen haben.

Was geschieht, wenn ein Ihnen anvertrautes Tier erkrankt oder sich verletzt?

Sollten sich Anzeichen zeigen, dass das Ihnen anvertraute Tier erkrankt, ist der Ansprechpartner des Vereins umgehend darüber zu informieren, damit entsprechende Maßnahmen getroffen werden können.

Keinesfalls darf die Pflegestelle auf eigene Entscheidung hin einen Tierarzt ihrer Wahl beauftragen, außer bei Notfällen, wie. z.B. einem Unfall.

Tritt ein Notfall ein, der das Leben des Tieres akut bedroht, sei es durch Verletzung, Gift oder eine plötzlich auftretende, lebensgefährliche Erkrankung, ist die Pflegestelle dazu verpflichtet, mit dem Tier sofort den nächstliegenden Tierarzt aufzusuchen.

Wie funktioniert die Vermittlung / Abgabe eines Pfleglings?

Der Verein vermittelt zum Schutz der Tiere nur Halterschaften (die Tiere bleiben lebenslang Eigentum des Vereins). Die Tiere werden sobald diese für eine Abgabe geeignet sind im Internet und den Medien ausgeschrieben, damit sich verantwortungsbewusste Tierfreunde melden um unseren Schützlingen lebenslang ein festes und gutes Zuhause zu geben. Dabei wird in der Regel die Rufnummer der Pflegestelle bereits mit aufgeführt, damit sich Interessenten direkt mit dieser in Verbindung setzen können, um bestmögliche Informationen über das Tier zu erfahren. Der nächste Schritt nach einer terminlichen Absprache, ist der Besuch des Interessenten bei der Pflegestelle, um das Tier kennen zu lernen.

Hier kann durch die Pflegestelle bereits eine erste Einschätzung erfolgen. Ist der Interessent der geeignete Halter für unseren Hund, bringt er die nötige Tierliebe mit und ist bereit, unsere

Vertragsbedingungen zu erfüllen? Macht er einen seriösen Eindruck? Sind seine Antworten auf die Fragen im Hinblick auf die Voraussetzungen der Tierhaltung auch positiv? Hatte er schon einmal Hunde und was ist aus ihnen geworden?

Verläuft alles zur Zufriedenheit und die Pflegestelle hat den Eindruck, dass es sich um einen geeigneten Tierhalter handelt, ist der Verein zu verständigen, damit dieser einen Besuch bei dem zukünftigen Halter vereinbart.

Prinzipiell erfolgt eine Abgabe des Tieres erst nach einer Vorkontrolle durch einen erfahrenen „Vorkontrollleur“, sowie nach Unterzeichnung unseres Schutzvertrages, sowie Überweisung der Schutzgebühr.

Darf die Pflegestelle ein ihr anvertrautes Tier selbst vermitteln?

Hat die Pflegestelle in Ihrem Bekannten- oder Freundeskreis für das Ihr in Pflege anvertraute Tier Interessenten gefunden, so kann natürlich eine Vermittlung der Halterschaft (Tiere des Vereins bleiben lebenslang dessen Eigentum) direkt durch die Pflegestelle erfolgen. Dies erfordert jedoch unbedingt die vorherige Zustimmung des Vereins. Es gelten jedoch auch hier die vereinsüblichen Vorgehensweisen, wie Vorkontrolle bei dem neuen Halter, der Abschlusses eines Schutzvertrages, Entrichtung der Schutzgebühr, usw.

Darf eine Pflegestelle eine Vermittlung eigenständig vornehmen?

Nein.

Welche Informationen erhält die Pflegestelle über das Tier?

Natürlich alle Informationen, die auch dem Verein bekannt sind. Bei Abgabe von Tieren an den Verein als auch bei aufgenommenen Straßenhunden, werden – soweit möglich - alle nur möglichen Informationen erfragt werden.

Da unsere Schützlinge jedoch in den meisten Fällen ausgesetzte Tiere sind, wissen wir nicht gerade viel über sie. Es ist aber auch schon von großer Bedeutung, zu wissen, wie und in welchem Zustand man sie wo gefunden hat.

Sonstiges

Eine Pflegestelle sollte nach Möglichkeit eigenverantwortlich, selbständig und immer zum Wohle eines Tieres handeln. Bedenken Sie jedoch, dass es auch andere Einflüsse zu beachten gibt. So verfügt der Verein nicht über unbegrenzte finanzielle Möglichkeiten, um bei einer Versorgung und Betreuung immer das tun zu können, was man sich gerne wünschen würde. Das bedeutet, dass man auch schon mal Zugeständnisse machen und Kompromisse eingehen muss. Auch ist die Aufnahmekapazität immer ein Problem, so dass eine Unterbringung eines Tieres bei einem Pflegestellenwechsel (zum Beispiel bei Urlaub, Krankheit, etc.) nicht kurzfristig erfolgen und zu Problemen führen kann.

Natürlich wird eine Pflegestelle nicht alleine gelassen, die Mitglieder unseres Vereins die mit Vermittlung und Pflegestellenbetreuung beauftragt stehen zu jeder Zeit mit Rat und Tat zur Seite.

Wenn Sie all dies weder verschreckt noch verärgert hat; wenn Geduld und Humor zu Ihren vorrangigen Eigenschaften gehören und Sie gerne einem Tierchen beim Start in sein neues Leben behilflich sein möchten freuen wir uns Sie als Pflegestelle begrüßen zu dürfen.

Ihr Team vom "Refugio Casas Ibanez"

A.S.P.A. friends
Germany e.V.

www.aspafriends.de

Helfen

Pflegen

Adoptionen

Informationen zum Thema "Pflegestelle"

Wir suchen ein Zuhause



Der Verein
Wir helfen in...
Zuhause gesucht!
Pflegestellen Infos
Geschafft!
Patenschaften
Mitgliedschaft
Galgo-Infos
Jagdhund-Infos!
Projekte in "ES"
Für Euch, von Euch
Spenden und Hilfe
AFG-Aktiv
Die Regenbogenbrücke
Buchtipps
Links
Kontakt
Mittelmeerkrankheiten
Archiv
Impressum

Aktuelles

- Aktion
- Schnüffelgärten
- Abigails Tagebuch

Pflegestelle, was ist das?

Eine Pflegestelle ist eine Zwischenstation zwischen Tierheim und endgültigem Zuhause. Sie nehmen ein in Not geratenes Tier auf und geben ihm bis zur endgültigen Vermittlung ein vorübergehendes Zuhause. Oft retten Sie ihm so das Leben und helfen ihm, seine Vergangenheit schneller zu überwinden.
Eine wichtige Tierschutzarbeit auf die wir angewiesen sind. Wie vielen Tieren wir helfen können hängt entscheidend davon ab, wie viele Pflegeplätze zur Verfügung stehen.

Pflegestelle, warum?

In Pflegestellen leben die Vierbeiner mit Menschen zusammen in Haus oder Wohnung statt einsam im Zwinger. So kann man gezielt auf ihre Bedürfnisse eingehen und ihnen schneller helfen, die Vergangenheit zu überwinden. Die meisten Tiere, die untergebracht werden müssen haben Schlimmes erlebt. Sie können verletzt sein, Wunden, Knochenbrüche usw. haben, sind oft geschwächt und abgemagert, teilweise verängstigt, nicht erzogen und meistens noch nicht stubenrein.

Eine Pflegestelle zu sein bedeutet viel Arbeit, Geduld, Zeit, Toleranz und Herz.

Bevor Sie nun weiter lesen -

Ein offenes Wort an die, die gerne selber Pflegestelle für unsere Hunde werden möchten. Wir möchten darüber informieren was unsere Tierschutzarbeit ausmacht und was Sie evtl. erwarten kann.

Von Nicole Fernandez

Manchmal kann es sein, dass ein Hund aus dem Tierschutz nicht genau der Beschreibung der Homepage entspricht oder sich im Nachhinein eine Krankheit bei dem Hund herausstellt, von der wir leider vorher nichts wussten.

Das ist keine Absicht, aber TIERSCHUTZ ist keine Bilderbuch-Geschichte, die immer mit einem Happy-End endet. Weiß Gott nicht. Habt ihr eine Vorstellung davon, was die Tierschützer vor Ort leisten? Nein, bestimmt nicht.

Sogar wir alle, die wir schon einmal vor Ort gewesen sind, können es nicht wissen, nur erahnen. Könnt ihr euch vorstellen, was es bedeutet, teilweise mehr als 16 Std. täglich für die Tiere im Einsatz zu sein? Tote Tiere, halbverhungerte Hunde, misshandelte Hunde zu sehen und aufzunehmen. Tagtäglich gehen die Tierschützer vor Ort an ihre psychische sowie physische Belastungsgrenze. Es ist jeder Tag ein Kampf aufs Neue. Ein Kampf, der viel Kraft und Energie kostet.

Die Tierschützer vor Ort müssen sich mit Menschen plagen, die keinen Respekt vor Tieren haben. Sie müssen zu Behörden laufen und betteln. Sie betteln um Geld, damit die Tiere mit dem Nötigsten versorgt werden. Und selbst hier stecken viele Tierschützer vor Ort noch ihre privaten Mittel mit rein...

Es ist auch schwer vorstellbar was es bedeutet, jeden Tag aufs Neue zu kämpfen. Jeden Tag das Elend live !!!! (nicht auf Fotos) zu sehen und mit zu erleben.

Ein kleines Beispiel:

Bea, vom Tierheim in Madrid, hat 2 Perreras, sehr kleine (!!!) Perreras. Nach unseren Informationen, haben sie jeweils eine Kapazität von ca. 20-30 Hunden.

Diese Kapazität war bereits mehr als ausgelastet und dann? Ja dann kam die Rehalaräumung noch dazu. 80 (!!!!!), ja 80 Hunde mussten zusätzlich untergebracht werden. Könnt ihr euch vorstellen, was das für die Helfer für Ort bedeutet?? Die Hölle!! Die Tierschützer vor Ort gerieten an ihre Belastungsgrenze, die wir uns wahrscheinlich gar nicht ausmalen können. Dazu müsst ihr wissen, dass die Tierschützer vor Ort meistens KEINE ausgebildeten Tierpfleger oder gar Tierarzhelfer sind.

Es handelt sich zum größten Teil um freiwillige Mitarbeiter, die sich hier und da mal etwas abgeschaut haben, wenn es überhaupt genügend freiwillige Helfer gibt.

Die Prioritäten vor Ort beschränken sich dann auf das Wesentliche: die ohnehin, aufgrund der Überfüllung, gestressten Hunde so gut es geht medizinisch und mit Futter zu versorgen. Eine ganz genaue Beschreibung und Beobachtung der Verhaltensweisen ist da einfach nicht drin.

Können wir ihnen wirklich ein Vorwurf machen, dass es NICHT aufgefallen ist, dass ein Hund humpelt? Natürlich gibt es Dinge, die hätten dort auffallen und uns gesagt werden müssen. Keine Frage, finden wir auch nicht ok!

Uns liegt nichts ferner als einen Hund auf die HP zu nehmen, der uns als gesund beschrieben wird und so sich im Nachhinein herausstellt, dass er doch die eine oder andere Krankheit oder Blessur oder Behinderung hat.

Dabei müssen wir uns immer wieder vor Augen halten: Wir sprechen hier von TIERSCHUTZHUNDEN, ganz lapidar einmal ausgedrückt von SECOND-HAND-HUNDEN.....

Jedes Mal wieder bitten wir um genauere Beschreibungen der Tiere, und einiges hat sich schon zum Positiven verändert.

Das heißt nicht, dass wir vom ASPA-Team es für in Ordnung ansehen, wenn uns Informationen nicht mitgeteilt wird. ABER damit werden wir lernen umzugehen und euch auch entsprechend unterrichten.

Keiner der Tierschützer vor Ort enthält uns Dinge vor, weil eine böse oder niederträchtige Absicht dahinter steckt - nein, auf keinen Fall!!

Deshalb bitten wir um Nachsicht, den Tieren zu Liebe, wenn sie in einem schlechteren Zustand nach Deutschland oder Österreich gebracht werden, als beschrieben. Es sind lebendige Wesen, die eine Chance auf ein gutes Leben verdient haben und völlig unschuldig an ihren Misshandlungen sind. Mitleidige Menschen sind ihre einzige Hoffnung. Und diesen sollte es egal sein, ob sie mit Milben kommen (sind behandelbar) oder mit großen Fellverletzungen (ist nur ein Schönheitsfehler) oder sonst wie auf immer entsteht. Ihr Charakter ist das einzig entscheidende. Und der entwickelt sich. Er befreit sich über die Dauer der Zeit von seinen Verletzungen, wenn nur der Mensch Geduld und Einsicht und Rücksicht und genug Liebe aufbringen kann.

Das wäre unsere große Bitte an alle potentiellen Pflegestellen. Schaut in das Herz und nicht auf die geschundene Gestalt, wenn Ihr einen Hund aus

dem Tierschutz bei euch aufnimmt. Aber vergesst auch nicht die tierische Sicht eurer eigenen Hunde. Sie sehen das u. U. nicht so. Für sie ist der Neue erstmal ein Eindringling, den sie nicht kennen und schon gar nicht lieben. Auch hier braucht es Zeit und Geduld die Tiere aneinander zu gewöhnen und miteinander vertraut zu machen. Es können Wochen oder Monate vergehen bis es gelungen ist.

Wenn Ihr dazu bereit seid, werdet ihr gute Pflegestellen sein können.

Wie werde ich Pflegestelle?

Unsere Pflegestellen sollen die gleichen Voraussetzungen haben wie auch unsere Endstellen, den Fragenbogen für Pflegestellen finden Sie: [hier](#). Das bedeutet, wir führen eine Vorkontrolle bei Ihnen durch und lernen Sie in einem persönlichen Gespräch kennen. Sie können sich jederzeit einen Ansprechpartner von uns wenden. Dieser wird alles Weitere mit Ihnen besprechen und Ihnen gerne Ihre Fragen beantworten. Grundsätzlich erwarten wir von allen Pflegestellen Zuverlässigkeit, Hundeerfahrung, Seriosität und Verantwortungsbewusstsein.

Welcher Hund soll es sein?

Auf unserer Internetseite stellen wir die Hunde vor, die dringend einen Platz benötigen. Dort erfahren Sie schon einiges über die Hunde und wir stimmen mit Ihnen ab, ob das ausgesuchte Tier für Sie infrage kommt.

Wohnen in Ihrem Haushalt bereits andere Tiere (Katzen, Hunde, Kleintiere etc.) so werden wir darauf achten, mit Ihnen ein entsprechend verträgliches Tier auszuwählen. Bitte bewerben Sie sich als Pflegestelle nur nach gründlicher Überlegung und nur, wenn Sie wirklich ein Tier in Pflege nehmen möchten! Sie können sicher sein, dass wir Ihnen während der gesamten Pflegezeit ständig beratend und unterstützend zur Seite stehen.

Falls unüberwindbare Probleme mit dem Tier entstehen, helfen wir natürlich auch alle zusammen, Probleme zu lösen, oder das Tier eventuell anderweitig unter zu bringen. Sie werden damit nicht alleine gelassen!

Pflegestelle, Ihre Aufgaben:

Sie geben dem Pflege-tier ein sicheres und artgerechtes Zuhause und lassen ihm alle Zuneigung und Pflege angedeihen, die notwendig ist, um das Tier gesundheitlich und psychisch wieder herzustellen und ihm seine Würde wieder zu geben.

Durch Ihre Beobachtung helfen Sie, das Wesen und den Charakter des Hundes einzuschätzen und so ein passendes Zuhause für ihn zu finden. Sollte eine ärztliche Behandlung notwendig werden, sprechen Sie diese bitte vorher mit uns ab. Viele "Wehwechen" sind auch ohne Tierarzt zu beheben. Entsprechende Ansprechpartner bekommen Sie von uns genannt.

Pflegestelle, Ihre Kosten:

Ein Pflegehund ist NICHT umsonst! Das fängt schon mit der Abholung des Hundes an, denn wir fahren die Hunde nicht vor die Haustür. Über Ihren nächstgelegenen Abholort informiert Sie unsere Betreuerteam.

Leine, Halsband, Körbchen, Futter etc. wird nicht vom Verein bezahlt. Sollte in Ihrer Stadt/Gemeinde eine Hundesteuer für Pflegehunde gezahlt werden müssen, so ist diese auch von der Pflegefamilie zu zahlen.

ASPafriends übernimmt (nur nach vorheriger Absprache!) notwendige Tierarztbehandlungen, auch sind die Hunde über unseren Verein Haftpflichtversichert.

Die Entscheidung fällt:

Wenn Sie sich für einen Hund entschieden haben, teilen Sie uns das bitte mit. Wir organisieren dann in Ihrem Hause eine persönliche Vorkontrolle. Bei diesem gegenseitigen Kennenlernen werden letzte noch offene Fragen geklärt. Erst nach der Vorkontrolle können wir dann den Hund in Spanien für Sie reservieren. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass eine zwischenzeitliche Endvermittlung in Spanien immer Vorrang hat vor einer deutschen Pflegestelle. Wir können so dem Hund den langen Transport und die klimatische Umstellung ersparen.

Der Pflegehund kommt:

Die Reiseplanung Ihres Vierbeiners erfolgt umgehend nach Zusage.

Sicher haben Sie Verständnis dafür, dass wir Ihren Pflegehund nicht immer bis zur Haustür bringen können, das würde Kosten und Kapazitäten restlos erschöpfen. Wir sind aber bestrebt den bei Flügen nächstmöglichen Flughafen auszuwählen. Kommt der Hund per Kleinlasttransport so werden verschiedene Punkte auch in Ihrer Nähe angefahren. Natürlich werden Sie dort nicht allein gelassen, ein kompetenter Ansprechpartner ist immer dabei und wird Ihnen beim Empfang des Pflege-tieres zur Seite stehen.

Pflegestelle, die rechtliche Seite:

Wir machen mit Ihnen bei der Übergabe des Tieres einen Pflegevertrag.

Darin verpflichten Sie sich, das Tier bis zur Vermittlung unentgeltlich zu versorgen und ihm Familienanschluss zu gewähren.

Mit der Aufnahme des Pflegehundes erhalten Sie auch alle erforderlichen Dokumente wie Impfbuch, EU-Ausweis, Laborergebnisse der Mittelmeerkrankheits-Tests sowie einen Pflegevertrag.

Der Pflegehund ist über den Verein Haftpflicht versichert.

Um Missbrauch vorzubeugen deckt die Versicherung keine Schäden ab, die der Hund bei Ihnen im Haus anrichtet, wie z. B. ein angeknabbertes Tischbein.

Wir gehen davon aus, dass bei sorgfältiger Betreuung größere Zerstörungen ausbleiben und dass derjenige, der einen fremden Hund stundenlang im Wohnzimmer einsperrt, eine Mitverantwortung trägt, wenn das Tier dann vor Langeweile, Frust oder Angst etwas beschädigt.

Wer sich als Pflegestelle zur Verfügung stellen möchte, sollte deshalb vorher überlegen, ob er in der Lage ist, eventuelle Schäden finanziell zu bewältigen.

Andererseits sind wir an guten Plätzen zur Unterbringung der Tiere interessiert und werden Sie mit ernsthaften Problemen nicht alleine lassen. Doch sind wir ausschließlich auf Spenden angewiesen, und der finanzielle Spielraum ist in der Regel klein.

Vermittlung eines Pflegehundes

Während der Hund bei Ihnen in der Pflegestelle ist, versuchen wir über alle zur Verfügung stehenden Medien, ein endgültiges Zuhause für ihn zu finden. Natürlich können Sie sich ebenfalls mit um die Vermittlung kümmern.

Bis zur Vermittlung können Tage bis Monate vergehen.

Damit Interessent/innen sich umfassend über das Tier informieren können, geben wir nach der ersten Kontaktaufnahme Ihre Telefonnummer oder Emailadresse weiter. So werden Sie mit entscheiden, ob die Chemie zwischen Tier und Interessent/in stimmt und der Platz geeignet ist.

Es ist in unser aller Interesse, für den Vierbeiner ein stabiles Zuhause für immer zu finden, in dem er geliebt, gut versorgt, artgerecht gehalten wird. Daher ist ein Vorbesuch bei den Interessenten dringend notwendig und wird in aller Regel in Zusammenarbeit mit dem Verein organisiert.

Wenn Sie möchten, können Sie auch gerne die weitere Betreuung (Nachkontrollen) übernehmen.

Auch wenn es schmerzt, einen lieb gewonnenen Gast wieder ab zu geben, nachdem Sie ihn mühevoll in ein neues besseres Leben geführt haben, so ist es doch auch jedes Mal schön wenn ein Pflege-tier in sein neues Zuhause gebracht wird. Außerdem wartet bereits das nächste Sorgenkind auf einen warmen Platz.

Falls Sie sich von Ihrem Pflegehund gar nicht mehr trennen mögen, können Sie ihn natürlich auch selbst adoptieren.

Haben Sie sich nun entschieden, für uns als Pflegestelle tätig zu sein? Dafür im Namen der spanischen Nasen ein dickes "Danke schön". Nehmen Sie bitte Kontakt mit unseren regionalen Ansprechpartnern auf. Zu finden unter "Kontakt".

Unsere Hunde, für die wir Pflegestellen suchen, finden Sie auf den [Vermittlungsseiten](#) (gekennzeichnet mit der spanischen Flagge).

Nun bleibt nur noch, Ihnen viel Spass mit Ihrem neuen "Familienmitglied auf Zeit" zu wünschen....

(c) A.S.P.A. friends Germany e.V.
spanische Hunde brauchen unsere Hilfe



BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

Entscheidungen

Presse

[Startseite](#) > [Bundesverwaltungsgericht](#) > [Rechtsprechung](#) > Verfahren

Rechtsprechung

- Geschäftsverteilungsplan 2012
- Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Zuständigkeit

Verfahren

- Organisation des Gerichts
- Verwaltung
- Wissenschaftlicher Dienst
- Organisationsplan (PDF-Datei)
- Ausbildung / berufliche Perspektiven
- Architektur und Geschichte

Volltextsuche

Information and Decisions (EN)

Leichte Sprache / Gebärdensprache

Impressum

Kontakt

Sitemap

Elektronischer Rechtsverkehr

Kunst & Justiz

Reichsgerichtsmuseum

Bundesverwaltungsgericht

Zulassung der Revision

Die Revision kann nur eingelegt werden, wenn sie ausdrücklich zugelassen ist. Diese Entscheidung trifft entweder das vorinstanzliche Gericht oder - auf Beschwerde - das Bundesverwaltungsgericht. Es gibt drei gesetzliche Zulassungsgründe: Die Rechtssache muss grundsätzliche Bedeutung haben, das angefochtene Urteil muss von einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts oder des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abweichen oder auf einem Verfahrensfehler beruhen. Eine Vielzahl der Beschwerden scheitert allerdings schon daran, dass die im Gesetz vorgesehenen Gründe für die Zulassung der Revision vom Beschwerdeführer nicht hinreichend dargelegt worden sind, insbesondere die vermeintlich grundsätzliche Bedeutung der Sache nicht gegeben ist.

Fristen

Die Beschwerde, mit der die Zulassung der Revision erkämpft werden soll, ist ebenso wie die Revision selbst fristgebunden. Beide Rechtsmittel sind innerhalb eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils einzulegen.

Über das jeweils gegebene Rechtsmittel, die einzuhaltende Frist und das Gericht, bei dem das Rechtsmittel anzubringen ist, hat jede Entscheidung eine Belehrung zu enthalten. Unterbleibt diese Belehrung oder ist sie unrichtig erteilt, so ist die Einlegung des Rechtsmittels innerhalb eines Jahres nach Zustellung der Entscheidung zulässig.

Anwaltszwang

Vor dem Bundesverwaltungsgericht muss sich jeder von einem Rechtsanwalt vertreten lassen, wenn er einen

Antrag stellt.
Das gilt auch für die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision, nicht jedoch für den Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe.

Mündliche Verhandlung

Die Sachentscheidung in Revisions- und erstinstanzlichen Klageverfahren ergeht grundsätzlich aufgrund mündlicher Verhandlung durch Urteil. Mit Einverständnis der Beteiligten kann ohne mündliche Verhandlung entschieden werden. Von dieser Möglichkeit wird allerdings im Hinblick auf die Pflicht des Gerichts, die Sache mit den Beteiligten rechtlich zu erörtern, und das Bedürfnis der Prozessbevollmächtigten, ihre Auffassung auch mündlich vorzutragen, nur zurückhaltend Gebrauch gemacht. Die Bearbeitung der Sache und die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung liegt im wesentlichen in den Händen des Berichterstatters. Er fertigt ein Gutachten über den Streitfall an, das mit einem Entscheidungsvorschlag endet und den übrigen Senatsmitgliedern zugeleitet wird. Es ist Praxis aller Senate, in einer Vorbesprechung vor dem Termin den Meinungsstand der Richter zu klären und den Gang des Rechtsgesprächs mit den Beteiligten vorzubereiten. Die mündliche Verhandlung beginnt nach Aufruf der Sache mit dem Vortrag des Berichterstatters über den bisherigen Sach- und Streitstand. In der Regel schließt sich dann eine Erörterung in Form eines Rechtsgesprächs an. Das schließt Plädoyers der beteiligten Anwälte nicht aus.

Der Vertreter des Bundesinteresses

An dem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht kann sich der Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht beteiligen, der im Bundesministerium des Innern ressortiert; er ist nur an die Weisungen der Bundesregierung als solcher gebunden. Seine Aufgabe ist es, das öffentliche Interesse in Abstimmung mit den beteiligten Bundesministerien zu wahren. Macht er von seiner Beteiligungsmöglichkeit Gebrauch, so äußert er sich schriftlich und legt seine Auffassung in der mündlichen Verhandlung dar.

Urteil, Inhalt und Wirkung

Das Urteil wird, wenn eine mündliche Verhandlung stattgefunden hat, in der Regel im Verhandlungstermin nach vorheriger Beratung des Senats verkündet, in besonderen Fällen in einem sofort anzuberaumenden Termin, der nicht über zwei Wochen hinaus angesetzt werden soll. Statt der Verkündung ist die Zustellung des Urteils zulässig. Das Urteil lautet auf Zurückweisung der Revision, wenn diese unzulässig oder unbegründet ist. Unbegründet ist die Revision, wenn das Bundesverwaltungsgericht keinen Rechtsfehler hat

feststellen können. Ist die Revision begründet, so kann das Bundesverwaltungsgericht in der Sache selbst entscheiden oder das angefochtene Urteil aufheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverweisen. Von der letzteren Möglichkeit macht das Gericht Gebrauch, wenn ihm eine abschließende Entscheidung verwehrt ist. Das ist dann der Fall, wenn die Sache revisionsgerichtlich noch nicht entscheidungsreif ist, weil es noch weiterer tatsächlicher Feststellungen bedarf, die die Vorinstanz zu treffen hat.

Kosten

In dem Verfahren vor den Verwaltungsgerichten entstehen mit Ausnahme von Streitigkeiten aus dem Sozialrecht (z.B. Sozialhilfe, BAföG) und dem Asylrecht Kosten (Gebühren und Auslagen). Diese hat der Unterliegende zu tragen. In dem Verfahren vor den Verwaltungsgerichten entstehen mit Ausnahme von Streitigkeiten aus dem Sozialrecht (z.B. Sozialhilfe, BAföG) und dem Asylrecht Kosten (Gebühren und Auslagen). Diese hat der Unterliegende zu tragen.

Prozesskostenhilfe

Wer die zu erwartenden Prozesskosten aus eigenen Mitteln nicht tragen kann, kann Prozesskostenhilfe erhalten, wenn seine Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichend Erfolg verspricht und nicht mutwillig ist.

Rechtskraft und Verbindlichkeit

Durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts wird die betreffende Streitsache in dem sich aus dem Urteilstenor ergebenden Umfang rechtskräftig entschieden. Die Entscheidung ist nur für die Beteiligten des konkreten Verfahrens bindend. Gleichwohl sind ihre Aussagen über den Einzelfall hinaus für Rechtsprechung und Verwaltung von Bedeutung. Vielfach handelt es sich bei den Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht um Musterprozesse, deren Ergebnisse auf eine Vielzahl gleich gelagerter Fälle übertragbar sind. Ist auch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts für die Untergerichte formal nicht bindend, so zeigt doch die Gerichtspraxis, dass Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte ihr in aller Regel folgen. Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts haben demnach, was die Auslegung von Bundesrecht angeht, in der Rechtswirklichkeit richtungsweisende Bedeutung. Andererseits gehen aber auch von den Entscheidungen der Instanzgerichte vielfach Denkanstöße aus, die Anlass zur Fortentwicklung der revisionsgerichtlichen Rechtsprechung geben.

[Startseite](#)[Verwaltungsvorschriften](#)[Titelsuche](#)[Volltextsuche](#)[Impressum](#)[Tastenkombinationen](#)[Gesetze im Internet](#)

Verwaltungsvorschriften im Internet

Die Bundesregierung stellt unter Federführung des Bundesministeriums des Innern in einem gemeinsamen Projekt mit der juris GmbH für interessierte Bürgerinnen und Bürger eine umfangreiche Datenbank mit aktuellen Verwaltungsvorschriften der obersten Bundesbehörden kostenlos im Internet bereit. Die Datenbank beinhaltet „living documents“, d.h. die Bundesressorts aktualisieren fortlaufend die eingestellten Dokumente. In Überarbeitung befindliche und neue Verwaltungsvorschriften können jederzeit von der juris GmbH eingepflegt werden.

Die juris GmbH übernimmt den technischen und dokumentarischen Aufbau und wird unterstützend den Datenbestand pflegen. Die Präsentation der Datenbank für Verwaltungsvorschriften des Bundes orientiert sich im Layout und im inhaltlichen Zuschnitt an dem bereits bestehenden Auftritt der Gesetze im Internet.

Verwaltungsvorschriften sind keine Rechtsnormen. Verwaltungsvorschriften sind abstrakt-generelle Regelungen innerhalb der Verwaltungsorganisation, die von übergeordneten Verwaltungsinstanzen oder Vorgesetzten an nachgeordnete Behörden oder Bedienstete ergehen und dazu dienen, Organisation und Handeln der Verwaltung zu bestimmen. Näheres zu den einzelnen Verwaltungsvorschriften finden Sie ggf. auf den [Internetseiten](#) des Bundesministeriums, in dessen Geschäftsbereich der geregelte Sachverhalt fällt.


Der Link [Gesetze im Internet](#) führt Sie auf die Datenbank mit nahezu dem gesamten aktuellen Bundesrecht.

[zum Seitenanfang](#)[Datenschutz](#)[Seite ausdrucken](#)

Einzelne durch präventive Kontrolle geschützt werden müsse. Dies gilt auch im Bereich des Tierschutzrechts. Hier besteht ein Zielkonflikt zwischen Tierschutz und Gewinnerzielungsabsicht, der eine umso größere Gefahr für die Tiere darstellt, als Tiere - anders als Menschen - in der Regel ihrem Halter ausgeliefert sind und sich nicht wehren können, wenn die Gewinnmaximierung Vorrang vor ihrem Schutzbedürfnis hat. Bei der Abgabe von Tieren, seien es Auslandshunde oder inländische Fund- und Abgabetierr, durch Tierschutzorganisationen gegen Zahlung einer Schutzgebühr besteht dieser Zielkonflikt nicht. Hier steht nicht wie bei der Gewinnerzielungsabsicht der Gewinn als Ziel des Handelns im Vordergrund, sondern die Verwirklichung des am Tierschutz orientierten Satzungszwecks, dem auch die Vermittlung der Tiere an Dritte dient. Es liegt auf der Hand, dass die Tierschutzorganisationen nicht Tiere aufnehmen und weitervermitteln, um durch die Abgabe Einnahmen zu erzielen, die zur Deckung der Selbstkosten nicht ausreichen. Angesichts dieser unterschiedlichen Ausgangslage verbietet es sich, gemeinnützige Tierschutzorganisationen rechtlich wie Viehhändler zu behandeln, indem im Rahmen der Prüfung des Tatbestandsmerkmals „Gewerbsmäßigkeit“ auf die Gewinnerzielungsabsicht verzichtet wird. Eine vergleichbare Gefährdungslage besteht nicht.

Auch die Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 29.03. 2006 VIII ZR 173/05 zum Verbrauchsgüterkauf zwingt nicht zu einer anderen Auslegung. Die vom BGH entschiedene Sachlage unterscheidet sich wesentlich von dem vorliegenden Sachverhalt. Dort war die von der Beklagten als Hobby betriebene Pferdezucht zur Deckung der damit verbundenen Kosten auf die Erzielung wiederkehrender Einnahmen durch Deckgelder und Verkaufserlöse ausgerichtet. Bei der von den Tierschutzorganisationen betriebene Aufnahme und Abgabe von Tieren ist es gerade umgekehrt, da diese nicht, wie ausgeführt auf die Erzielung von Einnahmen aus der Schutzgebühr, sondern auf die Erfüllung des Satzungszwecks gerichtet ist. Die Beklagte in dem vom BGH entschiedenen Fall handelt zur Finanzierung ihres Hobbys eigennützig, während die Tierschutzorganisationen im Sinne ihres Satzungszwecks uneigennützig tätig werden.

Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV)
- Arbeitsgruppe Tierschutz -

17. Sitzung am	4./5. Mai 2011
TOP 17	Handel von Tierheimen mit Hunden aus dem Ausland. § 11 TierSchG Auslegung des Wortes „gewerbsmäßig“.
Berichterstattung:	Sachsen
Anlage(n):	 Vortrag (Hunde aus dem Ausland) Tiersch
Bezug:	
Erläuterungen:	<p>In mehreren Ländern ist streitig, ob das Handeln von Tierschutzorganisationen mit Hunden aus dem Ausland gewerbsmäßig im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 3b Tierschutzgesetz ist und daher von den Tierheimen eine Erlaubnis dafür beantragt werden muss. Die Tierheimbetreiber halten sich an die Auslegung, die in Punkt 12.2.1.5 der AVV normiert ist, und die sich bei der Auslegung des Begriffs auf den gewerblichen Begriff stützt, indem es heißt, „gewerbsmäßig [...] handelt, wer die genannten Tätigkeiten selbständig, planmäßig, fortgesetzt und mit der Absicht der Gewinnerzielung ausübt.“</p> <p>Von den Tierheimbetreibern wird regelmäßig verneint, dass sie den Handel mit Gewinnerzielungsabsicht ausüben. Sie tragen vor, sie hätten nur eine Kostenminderungsabsicht. Dieses subjektive Tatbestandsmerkmal ist in der Regel schwer nachzuweisen. Nur an Hand von Indizien kann auf das subjektive Wollen geschlossen werden. Dies führt in diesen Fällen meist zu ungewollten Ergebnissen für den Schutz der Tiere.</p> <p>In dem Vortrag von Dierk Thümmel wird eine teleologische Auslegung des Begriffs vertreten, die aus der Rechtsprechung des BGH zum Gewerbegriff zum Verbrauchsgüterkauf hergeleitet wird. Diese Auslegung führt dazu, dass es nicht mehr auf das subjektive Wollen der Verkäufer ankommt, sondern auf die Gefahrgeneigntheit für das Tier. Im Ergebnis wird für das Vorliegen von „gewerbsmäßig“ auf die Gewinnerzielungsabsicht verzichtet und stattdessen nur Entgeltlichkeit gefordert.</p> <p>Auch im Bereich der VO (EG) 1/2005 führt die in der AVV vertretene Auslegung des Begriffs „gewerbsmäßig“ zu</p>

	Schwierigkeiten.
Beschlussvorschlag:	Das BMELV wird gebeten, den Begriff „gewerbsmäßig“ im Sinne des Tierschutzrechts neu auszulegen und die Definition den Ländern umgehend zur Verfügung zu stellen. Falls die Gerichte diese Auslegung nicht aufgreifen, wird das BMELV gebeten, § 11 TierSchG im kommenden Gesetzgebungsverfahren anzupassen und eine Regelung für den Handel von Tierschutzorganisationen mit Tieren aus dem Ausland aufzunehmen.
Beschluss	Die AGT unterstützt die in der Publikation von Herrn Thümmel dargestellte Auslegung des Begriffs „gewerbsmäßig“. Sie bittet BMELV bei der Änderung der AVV den Begriff der „Gewerbsmäßigkeit“ entsprechend zu berücksichtigen.

vom 23. April 2008 (Stand am 1. Juni 2012)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 32 Absatz 1 des Tierschutzgesetzes vom 16. Dezember 2005¹ (TSchG),

verordnet:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung regelt den Umgang mit Wirbeltieren, Kopffüßern (*Cephalopoda*) und Panzerkrebsen (*Reptantia*), ihre Haltung und Nutzung sowie Eingriffe an ihnen.

Art. 2 Begriffe

¹ Es werden folgende Tierkategorien nach Domestikationsstatus unterschieden:

- a. *Haustiere*: domestizierte Tiere der Pferde-, Rinder-, Schweine-, Schaf- und Ziegenart, ausgenommen der exotischen Arten; domestizierte Yaks und Wasserbüffel; Lamas und Alpakas; Hauskaninchen, Haushunde und Hauskatzen; Haustauben sowie Hausgeflügel wie Haushühner, Truthühner, Perlhühner, Hausgänse und Hausenten;
- b. *Wildtiere*: Wirbeltiere, ausser den Haustieren, sowie Kopffüßer und Panzerkrebse.

² Es werden folgende Tierkategorien nach Nutzungsart unterschieden:

- a. *Nutztiere*: Tiere von Arten, die direkt oder indirekt zur Produktion von Lebensmitteln oder für eine bestimmte andere Leistung gehalten werden oder dafür vorgesehen sind;
- b. *Heimtiere*: Tiere, die aus Interesse am Tier oder als Gefährten im Haushalt gehalten werden oder die für eine solche Verwendung vorgesehen sind;
- c. *Versuchstiere*: Tiere, die in Tierversuchen eingesetzt werden oder zur Verwendung in Tierversuchen vorgesehen sind.

³ Im Sinne dieser Verordnung gelten als:

- a. *Gewerbmässigkeit*: Handeln mit und Halten, Betreuen oder Züchten von Tieren mit der Absicht, für sich oder für Dritte ein Einkommen oder einen Gewinn zu erzielen oder die eigenen Unkosten oder die Unkosten Dritter zu decken; die Gegenleistung muss dabei nicht in Geld erfolgen;
- b. *Nutzungsänderung*: Einrichtung eines Haltungssystems in bestehenden Gebäuden, Einrichtung eines Haltungssystems für Tiere einer anderen Tierart oder einer anderen Kategorie derselben Tierart oder Einrichtung eines neuen Haltungssystems für Tiere derselben Kategorie;
- c. *Auslauf*: freie Bewegung im Freien, bei der das Tier ungehindert durch Fesseln, Zügel, Leinen, Geschirr, Stricke, Ketten oder dergleichen über die Schrittlart, die Richtung und die Geschwindigkeit seiner Fortbewegung selber bestimmen kann;
- d. *Boxe*: Gehege in einem Raum;
- e. *Gehege*: umgrenzter Bereich, in dem Tiere gehalten werden, einschliesslich Auslaufflächen, Käfigen, Volieren, Terrarien, Aquarien, Aufzuchtbecken und Fischteichen;
- f. *Auslauffläche*: Weide oder für den täglichen Auslauf wettertauglich eingerichtetes Gehege;
- g. *Unterkunft*: überdachte Einrichtungen wie Unterstände, Ställe oder Hütten, in denen Tiere gehalten werden oder in die sich Tiere zum Schutz vor der Witterung zurückziehen können;
- h. *Zwinger*: Gehege im Freien mit einer Unterkunft oder einem stets zugänglichen zusätzlichen Bereich in einem Gebäude;
- i. *Züchten*: das gezielte Verpaaren von Tieren im Hinblick auf ein Zuchtziel, das Vermehren ohne Zuchtziel sowie das Erzeugen von Tieren mittels künstlicher Reproduktionsmethoden;
- j. *Zuchtziel*: Ausprägung aller durch Selektion angestrebten inneren und äusseren Merkmale eines Tieres;
- k. *belastete Mutante*: Tier, das genetisch bedingt Schmerzen oder Leiden erfährt, Schäden aufweist, in Angst lebt oder anderweitig einen tiefgreifenden Eingriff in seine Erscheinung oder seine Fähigkeiten erleidet; die belastende Mutation kann spontan entstanden, physikalisch oder chemisch induziert sowie gentechnisch verursacht sein;
- l. *belastete Linie oder belasteter Stamm*: Zuchtlinien oder Stämme, die belastete Mutanten umfassen oder bei deren Zucht Tiere übermässig instrumentalisiert werden;
- m. *Versuchstierhaltung*: Tierhaltung, die Versuchstiere hält, züchtet oder mit ihnen handelt;
- n. *Schlachten*: Töten von Tieren zum Zwecke der Lebensmittelgewinnung;

In der EU wurden Menschenaffen zum letzten Mal im Jahr 1999 eingesetzt, in Deutschland wurden seit 1992 keine Tierversuche mit Menschenaffen mehr durchgeführt, ohne dass sich Auswirkungen auf die wissenschaftliche Forschung ergeben haben.

34. Zu Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3)

In Artikel 1 Nummer 18 sind in § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 die Wörter "für andere" zu streichen.

Begründung:

Der Änderungsvorschlag dient der Klarstellung, dass die Einrichtungen, welche Tiere aufnehmen und weitervermitteln, der Erlaubnispflicht unterliegen.

35. Zu Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4a - neu -)

In Artikel 1 Nummer 18 ist in § 11 Absatz 1 Satz 1 nach Nummer 4 folgende Nummer 4a einzufügen:

"4a. Wirbeltiere, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe an Dritte verbringen, einführen oder vermitteln,"

Begründung:

Das Verbringen oder Einführen von Wirbeltieren, insbesondere von Hunden und Katzen, in das Inland zum Zweck der Abgabe an Dritte einschließlich der Vermittlung findet seit einigen Jahren vermehrt statt. Viele dieser Tiere werden über Tierschutzvereine, in der Regel über Pflegestellen, oder direkt auf Bestellung an einen neuen Halter vermittelt. Bei den Tieren handelt es sich vielfach um leicht vermittelbare Welpen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein großer Teil dieser Tiere gezielt für den deutschen Markt gezüchtet und auf dem Luftweg nach Deutschland von so genannten Flugpaten begleitet wird. Dabei handelt es sich oft um Touristen, die sich auf dem Rückweg nach Deutschland befinden und durchaus gezielt angesprochen werden.

Oftmals werden Hunde von Tierschutzvereinen als "Hunde im Reiseverkehr" im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 verbracht. In diesen Fällen handelt es sich jedoch nicht um einen privaten Transport im Sinne der Verordnung, da bei dem Verbringen bzw. der Einfuhr der Tiere durch die Tierschutz-

vereine ein Besitzerwechsel gegen Entgelt stattfindet, so dass die Verordnung (EG) Nr. 998/2003 in diesen Fällen nicht zum Tragen kommt. Um somit eine klare Rechtslage, verbunden mit einer einheitlichen Anwendung, zu schaffen, die die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Voraussetzungen gewährleistet, ist die Tätigkeit der Verbringung, Einführung oder Vermittlung von Wirbeltieren zum Zweck der Abgabe an Dritte unter Erlaubnisvorbehalt zu stellen.

36. Zu Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe d)

In Artikel 1 Nummer 18 sind in § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe d vor dem Wort "Tiere" die Wörter "Rodeo- oder ähnliche Veranstaltungen durchführen," einzufügen.

Begründung:

Eine Klarstellung hinsichtlich der Einordnung von Betrieben mit Pferden, die an wechselnden Orten auftreten (insbesondere in Form von Rodeo-Veranstaltungen, aber auch Ponyreitbahnen), ist erforderlich, da bislang unklar war, ob solche Veranstaltungen nach § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe c ("einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhalten" oder Buchstabe d ("Tiere zur Schau stellen oder für solche Zwecke zur Verfügung zu stellen") einzuordnen sind. Mit der nun vorgenommenen Ergänzung der neuen Nummer 7 Buchstabe d können diese Veranstaltungen künftig eindeutig zugeordnet werden. Als Folge werden solche Betriebe mit Pferden, die an wechselnden Orten auftreten, auch von der Regelung zur Datenerhebung und -verwendung in § 16 Absatz 6 erfasst.

37. Zu Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe f - neu -)

In Artikel 1 Nummer 18 ist § 11 Absatz 1 Nummer 7 wie folgt zu ändern:

- a) In Buchstabe d ist das Wort "oder" durch ein Komma zu ersetzen.
- b) In Buchstabe e ist nach dem Wort "bekämpfen" das Wort "oder" einzufügen.
- c) Folgender Buchstabe f ist anzufügen:
 - "f) für Dritte Hunde ausbilden, die Ausbildung der Hunde durch den Tierhalter anleiten oder hierfür Einrichtungen unterhalten"

vertraulicher Informationen zu beachten, wird jedoch im Rahmen der Regelung der Veröffentlichung von Zusammenfassungen in der zu erlassenden Verordnung Rechnung getragen werden.

Zu Nummer 32 (Artikel 1 Nummer 10 (§ 8a Absatz 5))

Form und Inhalt der Anzeige sowie das Verfahren einschließlich der vorgesehenen Fristen werden, gestützt auf die in § 8a Absatz 5 vorgesehene Ermächtigung, in einer Verordnung geregelt werden. Dabei wird es allerdings unerlässlich sein, die Vorgaben der Richtlinie 2010/63/EU zu beachten.

Zu Nummer 33 (Artikel 1 Nummer 12 (§ 9 Absatz 3 Satz 2 – neu –))

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag des Bundesrates ab. Regelungen zur Verwendung von Menschenaffen sollen, gestützt auf die in § 9 Absatz 3 des Gesetzentwurfs vorgesehene Ermächtigung, in einer Verordnung erlassen werden.

Zu Nummer 34 (Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3))

Die Bundesregierung stimmt dem Änderungsvorschlag des Bundesrates zu.

Zu Nummer 35 (Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4a – neu –))

Die Bundesregierung stimmt dem Änderungsvorschlag des Bundesrates grundsätzlich zu, schlägt aber folgende Formulierung für eine neue Nummer 5 des § 11 Absatz 1 Satz 1 in Artikel 1 Nummer 18 vor, die bisherigen Nummer 5 bis 7 werden dann die Nummer 6 bis 8:

„5. Wirbeltiere, die nicht Nutztiere sind, zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung in das Inland verbringen oder einführen oder die Abgabe solcher Tiere, die in das Inland verbracht oder eingeführt werden sollen oder worden sind, gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung vermitteln,“.

Aus Sicht der Bundesregierung ist dabei als Voraussetzung für die Erlaubnispflichtigkeit des Verbringens oder der Einfuhr von Tieren in das Inland zum Zwecke der Abgabe die Entgeltlichkeit oder der Erhalt einer Gegenleistung für die genannten Tätigkeiten vorzusehen. An-

denfalls würden auch rein private Abgaben, etwa an Familienangehörige, genehmigungspflichtig. Zwischen dem Erhalt des Entgeltes beziehungsweise der Gegenleistung und der Leistung desjenigen, der ein Tier zwecks Abgabe in das Inland verbringt oder einführt oder diese Abgabe vermittelt, muss lediglich eine ursächliche Verknüpfung bestehen. Die Entgeltlichkeit setzt dabei nicht voraus, dass ein Gewinn erzielt wird. Ausreichend ist zum Beispiel, dass derjenige, an den das Tier abgegeben wird, die Kosten für das Verbringen oder die Einfuhr des Tieres erstattet.

Zudem ist für die Erlangung der gegebenenfalls erforderlichen Erlaubnis und Schaffung der behördlichen Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis eine Übergangsfrist von einem Jahr vorzusehen.

In Artikel 1 Nummer 39 ist daher in § 21 – neu – folgender Absatz einzufügen:

„(4a) § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 ist ab dem ... [*Einsetzen: Datum des ersten Tages des dreizehnten auf die Verkündung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes folgenden Kalendermonats*] anzuwenden.“

Zu Nummer 36 (Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe d))

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag des Bundesrates ab und verweist auf ihre Stellungnahme zu Nummer 10.

Zu Nummer 37 (Artikel 1 Nummer 18 (§ 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 Buchstabe f – neu –))

Die Bundesregierung stimmt dem Änderungsvorschlag des Bundesrates grundsätzlich zu, schlägt aber folgende Formulierung vor:

In Artikel 1 Nummer 18 ist § 11 Absatz 1 Nummer 7 wie folgt zu ändern:

- a) In Buchstabe d wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Buchstabe e wird nach dem Wort „bekämpfen“ das Wort „oder“ eingefügt.
- c) Folgender Buchstabe f wird angefügt:
 „f) für Dritte Hunde ausbilden oder die Ausbildung der Hunde durch den Tierhalter anleiten“.

Vertrag Definition

Samstag, 15. September 2012 | 73 User Online

RECHTSWÖRTERBUCH | DE

Hier Suchbegriff eingeben... Suchen

Start

Rechtswörterbuch

Gesetze

Rechtsanwälte

Literatur

ÜBERSICHT

ARBEITSRECHT

ABKÜRZUNGEN

INDEX

Rechtswörterbuch > V > Vertrag

WEITER

BGB ALLGEMEINER TEIL

Vertrag

Google-Anzeigen

[Gesetz Vertrag](#)

[Vertrag](#)

[Recht Gesetz](#)


Der Vertrag ist ein Rechtsgeschäft. Es besteht aus inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen ([Angebot](#) und [Annahme](#)) von mindestens zwei Personen.


Durch den Grundsatz der [Vertragsfreiheit](#) (Privatautonomie) wird sichergestellt, dass jeder Mensch das Recht hat, im Rahmen der Gesetze seine Verhältnisse durch Verträge eigenverantwortlich zu gestalten


Schlagwörter


[Rechtsgeschäft](#) [Willenserklärung](#) [Angebot](#) [Annahme](#) [Vertragsfreiheit](#) [Privatautonomie](#)

Weitere Begriffe und Definitionen


**Angebot**
Ein Angebot (iWSt) ist ein Antrag zur Begründung eines Vertragsverhältnisses. Dabei handelt es sich um eine Willenserklärung, mit der ein (...)

**Annahme**
Eine Annahme ist die in Bezug auf ein Angebot abgegebene Willenserklärung, mit der ein Vertrag begründet wird. Die Annahme muss dem Angebot (...)

**Vertragsfreiheit**
Unter Vertragsfreiheit versteht man die Freiheit des einzelnen, seine privaten Lebensverhältnisse durch Verträge zu gestalten. Sie ist (...)

**Alle Einträge anzeigen**
Mit dem Begriff "Vertrag" sind weitere ähnliche oder verwandte Artikel, Rechtsbegriffe und Definitionen aus dem Rechtswörterbuch verknüpft.

Zugehörige Gesetze und Normen


**§ 145 BGB - Bindung an den Antrag**
Wer einem anderen die Schließung eines Vertrags anträgt, ist an den Antrag gebunden, es sei denn, dass er die Gebundenheit ausgeschlossen (...)


Jetzt einen Anwalt fragen
8 Anwälte sind gerade online. Stellen Sie jetzt Ihre Frage!
[JustAnswer.de/Anwalt](#)


Abmahnung von rka?
Fachanwalt Lars Rieck hilft! Schnell - preiswert - bundesweit.
[www.ipcl-rieck.de](#)


Anwaltskanzlei
Fischer Schlesinger Rinder Ihre Kanzlei in Hockenheim
[www.rechtsanwalt-hockenheim.de](#)


Rechtswörterbuch


 Arglistige Täuschung

 Vertrag

 Angebot


 Willenserklärung

 Vertragsfreiheit

 Geschäftsfähigkeit

STARTSEITE | RECHTSWÖRTERBUCH | ONLINE GESETZE | RECHTSANWALT KIEL | LITERATUR

A | B | C | D | E | F | G | H | I | J | K | L | M | N | O | P | R | S | T | U | V | W | Z



Copyright © 2012 Rechtswörterbuch.de | Alle Angaben ohne Gewähr.

Impressum



Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines Tieres

(kein Kaufvertrag im Sinne des § 433 BGB)

Der Tierschutzverein Noris e.V. übergibt Besitz und Halterschaft eines Tieres an: (im Vertrag als Empfänger genannt)

**Dieser Vertrag beinhaltet drei Seiten.
Bitte lesen Sie vor Unterzeichnung die Vertragsbedingungen ausführlich durch.**

Vorname / Nachname

Strasse / Nr.

PLZ / Ort

Mobil



geb. am

Staatsangehörigkeit

Vorwahl / Telefon

Email

Persönliche Angaben zum Empfänger (Vertragsbestandteil). Zutreffendes bitte ankreuzen.

Ist eine Vorkontrolle durch einen Beauftragten des Vereins bereits erfolgt? **ja** **nein**

☐ ☐

Ist gegen Sie ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz anhängig oder bereits anhängig gewesen? **ja** **nein**

☐ ☐

Sie bewohnen: **Eigentumswohnung** **Mietwohnung** **Eigenes Haus** **Haus zur Miete**

☐ ☐ ☐ ☐

Wenn Sie Mieteigentum bewohnen, liegt eine schriftliche Erlaubnis des Vermieters zur Tierhaltung vor? (bei der Halterschaft von Hunden muß eine entsprechende Genehmigung im Mietvertrag aufgeführt sein)

ja **nein** **trifft nicht zu**

☐ ☐ ☐

Wieviel Freiraum ist für das Tier vorhanden? ca. m²

Sind bei Katzen Ihre Fenster, Balkon ausreichend gesichert (Balkonnetz, Kippfensterschutz, etc.)? (eine vorhandene Absicherung ist Bedingung für die Vermittlung)

ja **nein** **trifft nicht zu**

☐ ☐ ☐

Ist bei einer Katze die "Freigänger" - Haltung geplant?

Erster Freigang frühestens nach 5 Wochen im Haus. Vor den ersten Freigang muß die Katze gechipt sein.

ja **nein** **trifft nicht zu**

☐ ☐ ☐

Sind Sie bereit auch einmal höhere Tierarztkosten zu übernehmen?

(Eine Tierarztrechnung z. B. Operation kann schon mal mehrere hundert Euro betragen)

ja **nein**

☐ ☐

Sind Sie in der Lage und auch bereit die Kosten für artgerechtes Futter zu übernehmen?

(Alleinig die Futterkosten betragen für eine Katze ca. € 60,- / Monat und für einen Hund ca. € 80,- / Monat) -artgerechtes Futter ist die Voraussetzung für ein gesundes langes Leben des Tieres-

ja **nein**

☐ ☐

Hatten Sie bereits ein Tier aus einem Tierheim / Tierschutzverein?

ja **nein**

☐ ☐

Ist in naher Zukunft ein Umzug geplant?

ja **nein**

☐ ☐

Wieviel Stunden wäre das Tier täglich alleine? ca. Stunden / Tag

Wie oft würde der Hund täglich Auslauf („Gassi gehen“) erhalten? x / Tag

ja **nein**

☐ ☐

Haben Sie weitere Haustiere im Haushalt?

ja **nein**

☐ ☐

Sind alle Familienmitglieder mit der Anschaffung eines Tieres einverstanden?

ja **nein**

☐ ☐

Sind Sie und Ihre Familienmitglieder frei von Tierhaarallergie?

ja **nein**

☐ ☐

Habe Sie bei Abwesenheit, Urlaub, etc. eine kompetente Stelle für die Betreuung des Tieres?

ja **nein**

☐ ☐



Vertragsbedingungen

§1 Eigentumsrechte

ACHTUNG: Bei nachstehenden Vertragsbedingungen handelt es sich nicht um die vertragstypischen Pflichten eines Kaufvertrages im Sinne von § 433 BGB! Es wird lediglich Besitz und Halterschaft eines Tieres abgegeben. Der Tierschutzverein Noris e. V. bleibt weiterhin unbegrenzt Eigentümer des Tieres im Sinne des § 903 BGB. Der Empfänger, welcher das Tier in seinen Hausstand aufnimmt, wird unmittelbarer Besitzer und Halter im Sinne des § 854 BGB. Eine nicht nur kurzfristige Weitergabe des Tieres an Dritte (auch an Verwandte, Bekannte, andere Tierschutzorganisationen, Tierheime, etc.), oder dieses **zu veräußern oder Dritten zu überlassen ist ausdrücklich untersagt** und nur mit schriftlicher Genehmigung durch den Tierschutzverein - Noris e.V. gestattet. Gestattet wird eine zeitlich begrenzte Unterbringung des Tieres, aus Gründen vorübergehender Abwesenheit (Krankheit, Urlaub, etc.) an anderer Stelle. Kann oder will der Empfänger / Halter seinerseits das Tier jedoch nicht mehr halten, verpflichtet er sich hiermit umgehend den Tierschutzverein Noris e. V. zu informieren, damit dieser Halterschaft und Besitz wieder an sich nimmt. Ungeachtet der Zeitdauer der Halterschaft, ist eine Rückvergütung der vereinbarten und erbrachten Kostenersatzung in jedem Falle ausgeschlossen.

§ 2 Haltungsbedingungen

Der Empfänger des Tieres verpflichtet sich, dieses, nach den Bedürfnissen des Tieres entsprechend **artgerecht** zu ernähren, zu pflegen, verhaltensgerecht unterzubringen und für das Wohlbefinden als auch für die Gesunderhaltung in psychischer und physischer Sicht Sorge zu tragen. Für Haustiere wird eine Haltung in Hof, Keller, oder ähnlichen Gebäuden oder Gebäudeteilen sowie eine **Zwinger- oder Anbindehaltung prinzipiell untersagt**. Haustieren ist jederzeit, auch nachts, der Aufenthalt in den familiären Wohnräumen zu ermöglichen (gilt nicht bei Nutztieren). Jede Mißhandlung und Quälerei ist zu unterlassen und solche auch nicht durch Dritte zu dulden. Die Vorschriften des Tierschutzgesetzes und der hierzu ergangenen Rechtsverordnungen sind zu beachten. Sollte das Tier einmal erkranken oder sich verletzen, verpflichtet sich der Halter eine erforderliche medizinische Versorgung durch einen Tierarzt oder Tierheilpraktiker durchführen zu lassen. Eine als notwendig in Betracht gezogene Tötung darf nur von einem Tierarzt vorgenommen werden. Der Tierschutzverein Noris e.V. ist im Anschluß unter Vorlage der tierärztlichen Bescheinigung entsprechend davon zu unterrichten.

§ 3 Präventivmaßnahmen / Gesundheitszustand

Bei manchen Tierarten oder Jungtieren ist eine Geschlechtsbestimmung sehr schwierig und kann ggf. falsch beurteilt werden. Für die Richtigkeit der Geschlechtsbestimmung wird keine Gewähr übernommen. Die Tiere werden, sofern erforderlich, vor einer Vermittlung von einer Fachkraft auf Ihren Gesundheitszustand untersucht. Trotz aller Vorsorge kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass das zu vermittelnde Tier nicht erkennbar (z.B. an einer Virusinfektion) bereits erkrankt ist. Sollte eine Erkrankung nach Vermittlung zum Ausbruch kommen, bitten wir den Empfänger den Tierschutzverein Noris e. V. unmittelbar davon in Kenntnis zu setzen und diesen auch über den weiteren Behandlungsverlauf zu informieren. Bei Tieren aus dem südlichen Ausland empfehlen wir den Halter einen Bluttest auf „Mittelmeererkrankungen“ (Leishmaniose, Erlichiose, Babesiose, etc.) durchführen zu lassen. Präventivmaßnahmen (wie Entwurmung, Schutzimpfung, etc.) werden, wenn vor der Übergabe notwendig und möglich noch durch den Tierschutzverein Noris e. V. veranlasst. Ansonsten verpflichtet sich der Empfänger als neuer Halter, spätestens 30 Tage nach der Vermittlung bzw. bei erkrankten oder angeschlagenen Tieren nach tierärztlicher Indikation, dieses (Schutz)impfen, chipen zu lassen. Die Chip Nummer ist vom Halter dem Tierschutzverein Noris e. V. mitzuteilen, damit das Tier auf den Namen des Tierschutzverein Noris e. V. bei TASSO registriert wird.

§ 4 Kastration

Zum gegebenen Zeitpunkt, spätestens jedoch im Alter von 9 Monaten müssen Katzen kastriert werden. Hunde nach tierärztlicher Indikation. **Ein Decken oder eine Zucht mit Tierendes Tierschutzverein Noris e. V. ist ausdrücklich untersagt.** Sofern bei Katzen ein Freigang gestattet wird, ist dieser erst nach durchgeführter Kastration als auch nach Setzen eines Transponders (elektronischer Chip zur Identifizierung) erlaubt. Eine entsprechende Bescheinigung des Tierarztes über die durchgeführte Kastration ist unaufgefordert an den Tierschutzverein Noris e.V. zu senden. Sollte es fahrlässig zu Nachwuchs kommen, **gehen die Jungtiere mit sofortiger Wirkung in das Eigentum des Tierschutzverein Noris e. V. über.** Es wird die Vertragsstrafe nach § 8 wirksam. Der Halter verpflichtet sich ausdrücklich die Welpen nicht Dritten zu überlassen. Eine Vermittlung darf ausschließlich nur durch den Tierschutzverein Noris e. V. vorgenommen werden.

§ 5 Nachkontrollen

Beauftragten des Tierschutzverein Noris e.V., wird das Recht eingeräumt sich mit Nachkontrollen über das Wohlergehen der in Halterschaft gegebenen Tiere zu informieren. Diesbezüglich sind auf Verlangen, Tiere sowie die Bedingungen und Räumlichkeiten in Bezug auf die Haltung dem Beauftragten zu zeigen. Die Anzahl der Kontrollbesuche nach einer Vermittlung beschränkt sich auf maximal drei Besuche, sofern nicht Abweichungen zu den Vertragsbedingungen erkannt werden oder erkennbare Mißstände in Bezug auf die Haltung und Pflege vorliegen. Die einzelnen Termine der Kontrollbesuche werden jeweils mit dem Tierhalter kurzfristig abgestimmt. Ein Besuchstermin muss dem beauftragten Tierinspektor nach entsprechender Anmeldung jedoch spätestens innerhalb der darauf folgenden vier Tage durch den Halter eingeräumt werden. Bei festgestellten Abweichungen zu den vereinbarten Vertragsbedingungen oder bei falsch gemachten Angaben wird der Tierschutzverein Noris e. V. die unverzügliche Herausgabe des Tieres verlangen.

§ 6 Eigenschaften des Tieres / der Tiere

Der Halter hat das Tier vor Vermittlung eingehend besichtigt. Auf besondere Charaktereigenschaften des Tieres und eventuelle erkennbare Auffälligkeiten wie Kinderfeindlichkeit, Unverträglichkeit gegenüber anderen Tieren, Aggressivität und dergleichen wurde hingewiesen. Gewährleistungsansprüche für eventuell vorhandene oder nicht erkennbare Mängel jeder Art sind ausgeschlossen. Das Vorhandensein besonderer Eigenschaften wird ausdrücklich nicht zugesichert. Die Übergabe des Tieres erfolgt nach erfolgter Vorkontrolle und im Anschluss an die Vertragsunterzeichnung. Der unterzeichnete Vertrag gilt als Quittung für die Übergabe.

§ 7 Adressänderungen / Informationspflicht des neuen Halters

Adressänderungen des Halters sind dem Tierschutzverein Noris e. V. unverzüglich bekannt zu geben. Wurde die geänderte Adresse dem Tierschutzverein Noris e. V. nicht gemeldet und es ist eine Adresseinholung über das Einwohnermeldeamt erforderlich (z. B. für eine Nachkontrolle), sind die für die Adressermittlung durch die Behörde **in Rechnung gestellten Kosten vom Halter zu übernehmen.**



§ 8 Vertragsbestimmungen

Wird gegen einer der vertraglichen Vereinbarungen verstoßen, behält sich der Tierschutzverein Noris e.V. den Rücktritt von diesem Vertrag vor. Aufwendungen werden nicht erstattet. Der Empfänger ist darüber hinaus verpflichtet, **bei Verstoß gegen § 1 eine Vertragsstrafe in Höhe von € 1.000,- (eintausend), bei Verstößen gegen §§ 2 und 5 eine Vertragsstrafe in Höhe von € 300,- (dreihundert), und bei Verstößen gegen die §§ 3,4 und 10 eine Vertragsstrafe in Höhe von € 100,- (einhundert)** für den Fall der Zuwiderhandlung zu entrichten. Die Vertragsstrafe ist fällig 14 Tage nach Eingang der Aufforderung der Zahlung.

§ 9 Sonstiges / Allgemeine Informationen

.Sollte der Empfänger Mieteigentum bewohnen, versichert dieser, dass die Zustimmung vom Vermieter, für die Haltung eines Haustieres vorliegt. Handelt es sich um die Vermittlung eines Fundtieres, hat der rechtmäßige Eigentümer nach § 973 BGB bis zu 6 Monaten nach dem Datum der getätigten Vermisstenmeldung das Recht, sein Tier zurückzufordern. Erst nach Ablauf dieser Frist geht das Eigentum des Tieres unwiderruflich an den Tierschutzverein Noris e. V. über. Der Empfänger versichert mit seiner Unterschrift, dass ihm dieser Eigentumsvorbehalt bekannt gemacht wurde und er im Falle einer Rückgabeverpflichtung an den Eigentümer, an keine Partei irgendwelche Ansprüche erheben wird. Der Empfänger wird darauf hingewiesen, dass er mit der Übergabe des Tieres Tierhalter im Sinne des § 833 BGB ist und ab diesem Zeitpunkt für alle von dem Tier verursachten Kosten und Schäden aufzukommen hat. Der Abschluß einer Tierhaftpflicht wird ihm angeraten. Bei der Vermittlung eines Hundes wird auf die Verpflichtung der Entrichtung der Hundesteuer hingewiesen.

§ 10 Verlust des Tieres

Ein Abhandenkommen des Tieres ist unmittelbar jedoch spätestens nach vier Tagen nach dem Zeitpunkt des Vermisstens bei der zuständigen Polizeidienststelle bzw. Ordnungsbehörde, dem Fundamt, den regionalen Tierschutzorganisationen, bei TASSO e. V. als auch beim Tierschutzverein Noris e.V. anzuzeigen.

Die vorstehend aufgeführten Vertragsbedingungen hat der Empfänger gelesen, verstanden und werden von diesem ausnahmslos in allen Punkten anerkannt. Beide Parteien haben eine unterzeichnete Ausfertigung dieses Vertrages erhalten.

Der Tierschutzverein Noris e.V. erhält vom Empfänger eine Kostenerstattung in Höhe von: _____ €

Angaben zum Tier -erfolgt durch Beauftragten des Tierschutzverein Noris e. V.-			
Art	<input type="radio"/> ♂ <input type="radio"/> ♀	Name des Tieres:	Bild des Tieres einfügen, wenn vorhanden
Geschlecht (zutreffendes bitte einkreisen)		Rasse	
bereits erfolgte Präventivmaßnahmen		Geburtsdatum	
Tätowierung / Chip Nr.		Herkunft	
Sonstiges			
Sonstiges		Fundtier <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	Kastriert <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein
		Vertragsnummer	

Der Empfänger versichert die Richtigkeit vorstehender Angaben. Katzen, Nager und Vögel werden nur bei Verfügbarkeit einer geeigneten Transportbox abgegeben.

Vereinbarte Kostenerstattung bar erhalten: ☐ ja ☐ nein

Ort; _____ Datum _____

Vereinbarte Kostenerstattung wird überwiesen bis: _____

Beauftragte(r) des Tierschutzverein Noris e.V. _____

Der Empfänger _____

Herzlichen Dank für ihr tierschützerisches Engagement.

Freiwillige Angaben

Mit der Weitergabe meiner Adresse zum Zweck der Zusendung von Werbematerial und Futterproben bin ich einverstanden.

Ich möchte über die Aktivitäten des Tierschutzverein Noris e. V. weiterhin informiert werden (nur über Email möglich).

☐ ja ☐ nein

Seite 3 von 3

☐ ja ☐ nein ☐ keine Email Adresse vorhanden



Stray - einsame Vierbeiner e.V.
Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines Tieres

(kein Kaufvertrag im Sinne des § 433 BGB)

Der Tierschutzverein – im nachfolgenden „Stray“ genannt übergibt die Halterschaft eines Tieres an:

Neuer Tierhalter:

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____

Wohnort: _____

Telefon: _____

Mobil: _____

Email: _____

Personalausweis Nr.: _____

Ausstellungsdatum: _____

Ausstellungsbehörde: _____

Geburtsdatum: _____

-Im nachfolgenden „Halter“ genannt -

Vermitteltes Tier:

Name: _____

<input type="radio"/> Hund	<input type="radio"/> Katze
<input type="radio"/> männlich	<input type="radio"/> weiblich
<input type="radio"/> kastriert	<input type="radio"/> nicht kastriert

Rasse: _____

Geburtsdatum/Alter: _____

Fellfarbe: _____

Chip und Passportnummer. _____

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere
Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto
2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf



Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

§1 Eigentumsrechte

Damit das vermittelte Tier auch nach seiner Übergabe gegen eventuellen Missbrauch oder Tierquälerei geschützt bleibt, geht das übernommene Tier nur in den Besitz über.

Die Eigentumsrechte verbleiben beim Tierschutzverein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“.

Eine nicht nur kurzfristige Weitergabe des Tieres an Dritte (auch an Verwandte, Bekannte, andere Tierschutzorganisationen, Tierheime, etc.), oder es zu veräußern oder Dritten zu überlassen **ist ausdrücklich untersagt** und nur mit schriftlicher Genehmigung durch den Tierschutzverein Stray gestattet. Gestattet wird eine zeitlich begrenzte Unterbringung des Tieres aus Gründen vorübergehender Abwesenheit (Krankheit, Urlaub etc.). Kann oder will der Halter seinerseits das Tier jedoch nicht mehr halten, so verpflichtet er sich hiermit umgehend den Tierschutzverein Stray zu informieren, damit dieser die Halterschaft wieder an sich nimmt. Eine Rückvergütung der erbrachten Schutzgebühr ist ausgeschlossen.

§ 2 Haltungsbedingungen

Der Halter des Tieres verpflichtet sich, das Tier als Haustier zu halten, es nach dessen Bedürfnissen entsprechend angemessen zu ernähren, zu pflegen, verhaltensgerecht unterzubringen und für dessen Wohlbefinden als auch für die Gesundhaltung in psychischer und physischer Sicht Sorge zu tragen. Eine Haltung in Hof, Keller, Scheune oder ähnlichen Gebäuden oder Gebäudeteilen sowie eine Zwinger- oder Anbindehaltung wird prinzipiell untersagt. Dem Tier ist jederzeit, auch nachts, der Aufenthalt in den familiären Wohnräumen zu ermöglichen. Jede Misshandlung und Quälerei ist zu unterlassen und solche auch nicht durch Dritte zu dulden. Die Vorschriften des Tierschutzgesetzes, der Tierschutz - Hundehalteverordnung und der hierzu ergangenen Rechtsverordnungen sind zu beachten. Sollte das Tier einmal erkranken oder sich verletzen, verpflichtet sich der Empfänger eine erforderliche medizinische Versorgung durch einen Tierarzt durchführen zu lassen. Eine als notwendig in Betracht gezogene Tötung darf nur von einem Tierarzt vorgenommen werden. Der Tierschutzverein Stray ist im Anschluss unter Vorlage der tierärztlichen Bescheinigung entsprechend davon zu unterrichten. Das Tier ist mindestens für eine Dauer von sechs (6) Wochen nach Übernahme ausschließlich an der Leine auszuführen. Der Halter des Tieres verpflichtet sich, sein Tier innerhalb von 24 Std. bei www.tiernotruf.org zu registrieren.

§ 3 Präventivmaßnahmen / Gesundheitszustand

Bei manchen Tierarten oder Jungtieren ist eine Geschlechtsbestimmung sehr schwierig und kann ggf. falsch beurteilt werden. Für die Richtigkeit der Geschlechtsbestimmung wird keine Gewähr übernommen. Die Tiere werden, sofern erforderlich, vor einer Vermittlung von einer Fachkraft auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Trotz aller Vorsorge kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass das zu vermittelnde Tier nicht erkennbar (z.B. Virusinfektion) bereits erkrankt ist. Sollte eine Erkrankung nach Vermittlung zum Ausbruch kommen, verpflichtet sich der Halter, Stray unmittelbar davon in Kenntnis zu setzen. Stray behält sich vor, die Meinung eines zweiten Facharztes zu Rate zu ziehen. Der Halter verpflichtet sich weiterhin, Stray über den weiteren Behandlungsverlauf zu informieren und auf Verlangen die medizinischen Unterlagen der Behandlung zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.“ Alle Kosten für medizinische Behandlungen und Operationen sind mit Übernahme des Tieres vom Halter zu tragen.

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto

2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 2 von 9



Stray - einsame Vierbeiner e.V.
Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

§ 4 Kastration

Zum gegebenen Zeitpunkt, spätestens jedoch im Alter von neun (9) Monaten müssen Katzen kastriert werden. Hunde nach tierärztlicher Indikation. Ein Decken bzw. eine Zucht wird ausdrücklich untersagt. Eine entsprechende Bescheinigung des Tierarztes über die durchgeführte Kastration ist unaufgefordert an den Tierschutzverein Stray zu senden.

§ 5 Nachkontrollen

Beauftragten des Tierschutzverein Stray wird das Recht eingeräumt, sich mit Nachkontrollen über das Wohlergehen des in Halterschaft gegebenen Tieres zu informieren. Diesbezüglich sind dem Beauftragten auf Verlangen das Tier sowie die Bedingungen und Räumlichkeiten in Bezug auf die Haltung zu zeigen. Die einzelnen Termine der Kontrollbesuche werden jeweils mit dem Tierhalter kurzfristig abgestimmt. Ein Besuchstermin muss dem beauftragten Tierinspektor nach entsprechender Anmeldung jedoch spätestens innerhalb der darauf folgenden vier Tage eingeräumt werden. Bei festgestellten Abweichungen zu den vereinbarten Vertragsbedingungen oder bei falsch gemachten Angaben wird der Tierschutzverein Stray die unverzügliche Herausgabe und Rückübereignung des Tieres verlangen.

§ 6 Eigenschaften des Tieres

Der Halter hat sich über das Tier eingehend informiert.

Dem Halter ist bekannt, dass sich - auch bei sorgfältiger Charakterbeurteilung - ein Tier in neuer, fremder Umgebung völlig anders, als beschrieben, verhalten kann. Auch ein eigentlich als kinderfreundlich bekannter Hund, muss deshalb nicht alle Kinder mögen.

Ein Hund kann – auch entgegen seiner Beschreibung – plötzlich sehr ängstlich und scheu sein, aus Angst knurren, andere Hunde oder „seine neue Familie“ aus Unsicherheit zuerst ablehnen.

Gewährleistungsansprüche für eventuell vorhandene oder nicht erkennbare Mängel jeder Art sind ausgeschlossen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Rückerstattung der Schutzgebühr nicht möglich ist.

Das Vorhandensein besonderer Eigenschaften wird ausdrücklich nicht zugesichert. Die Übergabe des Tieres erfolgt nach erfolgter Vorkontrolle und im Anschluss an die Vertragsunterzeichnung. Der Vertrag gilt als Quittung für die Übergabe. Der Verein Stray übernimmt für das Tier keine Haftung bei hervorgerufenen Schäden.

§ 7 Informationspflicht des neuen Halters

Ist bei einer nicht bekannt gegebenen Adressänderung eine Adresseinholung über das Einwohnermeldeamt erforderlich (z. B. für eine Nachkontrolle), sind die für die Adressermittlung durch die Gemeinde **in Rechnung gestellten Kosten durch den Tierhalter zu vergüten.**

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto

2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 3 von 9



Stray - einsame Vierbeiner e.V.
Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

§ 8 Transportboxen

Sofern die Transportbox (Eigentum Stray oder STRAY.GR) für den Weg vom Flughafen zum Zielort/Wohnort vom neuen Halter genutzt wird, verpflichtet sich der Nutzer, die Box gereinigt und binnen 14 Tage an folgende Adresse zu senden:

Karl Heinz Reindl „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“

Hainstädterstraße 41e, 63512 Hainburg

Die Versandkosten sind vom Nutzer zu tragen. Das Boxenpfand beträgt 100,- € und wird bei Eingang der Box erstattet.

§ 9 Reservierung

Soll nach erfolgtem, positivem Besuch eine verbindliche Reservierung eines Tieres durch den Verein Stray erfolgen, so bitten wir, uns den unterschriebenen Abgabevertrag innerhalb einer Woche in doppelter Ausfertigung an folgende Adresse zuzusenden:

Claudia Ebert „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“

Sallmannsdorf 3b, 92364 Deining

Damit Ihr neues Familienmitglied die Reise antreten kann, ist die Einzahlung der Schutzgebühr auf das Konto von Stray spätestens 14 Tage vor dem möglichen von uns benannten Reisetermin vorzunehmen. Andernfalls kann eine Ausreise nicht erfolgen.

Sollte "STRAY.GR" oder „Stray – einsame Vierbeiner e.V.“ einer Vermittlung nicht zustimmen oder eine Vermittlung Seitens „STRAY.GR" oder „Stray – einsame Vierbeiner e.V.“ nicht möglich sein, wird die gesamte Schutzgebühr innerhalb von 14 Tagen zurückgezahlt. Erst wenn die Übergabe des Hundes erfolgt und der Mitarbeiter von „Stray – einsame Vierbeiner e.V.“ oder ein von „Stray – einsame Vierbeiner e.V.“ beauftragter Tierschutz Helfer das Tier übergeben hat, wurde der Vermittlung zugestimmt.

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto

2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 4 von 9



Stray - einsame Vierbeiner e.V.
Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

§ 10 Schutzgebühr

Das Tier wird gegen eine Schutzgebühr:
in Höhe von EUR 270,00 zzgl. Euro 100,00 Transportkosten vermittelt.

Für Hunde, die an Leishmaniose* erkrankt sind, beträgt die Schutzgebühr:
Euro 170,00 zzgl. Euro 100,00 Transportkosten.

Bei Hunden mit Ehrlichiose* beträgt die Schutzgebühr:
Euro 220,00 zzgl. Euro 100,00 Transportkosten

Diese Gebühr kommt dem Verein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ zur Durchführung seiner Tätigkeit im Sinne der Tiere zu Gute und versteht sich **inklusive** 7% Mehrwertsteuer.

Der Halter verpflichtet* sich, nach sechs (6) Monaten erneut ein Blutbild machen zu lassen und den Tierschutzverein Stray über die Ergebnisse zu informieren, bzw. die Versorgung mit den erforderlichen Medikamenten zu garantieren.

§ 11 Mittelmeertest

Der Halter verpflichtet sich, spätestens nach Ablauf von 12 Monaten, einen Mittelmeertest bei seinem Tierarzt durchführen zu lassen.

§ 12 Sonstiges / Allgemeine Informationen

Der Empfänger wird darauf hingewiesen, das er mit der Übergabe des Tieres Tierhalter im Sinne des

§ 833 BGB ist und ab diesem Zeitpunkt für alle von dem Tier verursachten Kosten und Schäden aufzukommen hat. Der Abschluss einer Tierhaftpflicht wird ihm angeraten.

Bei der Vermittlung eines Hundes wird auf die Verpflichtung der Entrichtung der Hundesteuer hingewiesen.

§ 13 Verlust des Tieres

Ein Abhandenkommen des Tieres ist vom Halter sofort nach dem Zeitpunkt des Vermissens sowohl bei der zuständigen Polizeidienststelle bzw. Ordnungsbehörde, dem Fundamt, den regionalen Tierschutzorganisationen als auch beim Tierschutzverein Stray anzuzeigen.

§ 14 Vertragsbestimmungen

Wird gegen eine der vertraglichen Vereinbarungen verstoßen, behält sich der Tierschutzverein Stray den Rücktritt von diesem Vertrag vor. Aufwendungen werden nicht erstattet. Der Halter ist darüber hinaus verpflichtet, eine Vertragsstrafe in Höhe von **EURO 601,-** für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen eine der Vertragspflichten zu entrichten. Die Vertragsstrafe ist fällig 14 Tage nach Eingang der Aufforderung der Zahlung.

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto

2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 5 von 9



Stray - einsame Vierbeiner e.V.
Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Der Tierschutzverein Stray erhält vom Empfänger einen Betrag in Höhe von:

€ _____ als Schutzgebühr

Eine Vermittlung kommt nur zustande, wenn der Halter damit einverstanden ist, dass seine Daten zu Tierschutzzwecken bearbeitet, gespeichert und weitergeleitet werden dürfen. Er ist ausdrücklich mit der Weiterleitung seiner Daten an die ausländischen Tierschützer und deren Kontaktaufnahme mit ihm einverstanden.

Der Halter ist damit einverstanden, dass Fotos und Informationen, die dem Verein „Stray – einsame Vierbeiner e.V.“ nach der Vermittlung zugesandt / zugemalt werden, auf der Homepage veröffentlicht werden dürfen. Sollte dies nicht gewünscht sein, muss bei Übersendung der Fotos und Infos ausdrücklich schriftlich darauf hingewiesen werden.

Für alle mit diesem Vertrag in Verbindung stehenden oder sich aus diesem ergebenden Auseinandersetzungen ist ausschließlich deutsches Recht anwendbar.

Den Vertragstext habe ich genau gelesen und erkenne ihn in allen Einzelheiten an. Die an den Vertrag gebundene Datenschutzerklärung habe ich erhalten und erkläre mich auch hier ausdrücklich in allen Punkten einverstanden.

Beide Parteien haben eine unterzeichnete Ausfertigung dieses Vertrages erhalten.

Ort, Datum / Unterschrift eines Vertreters
des Vereins

Ort, Datum / Unterschrift des Tierhalters

Datenschutzerklärung

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die Datenschutzerklärung / Datenschutz-Klausel zur Kenntnis genommen habe und mich mit ihnen einverstanden erkläre.

Ort:..... Datum:.....

Unterschrift des Tierhalters:.....

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto
2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 6 von 9



Stray - einsame Vierbeiner e.V.
Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Datenschutzerklärung

Als die nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen verantwortliche Stelle versichern wir Ihnen, dass die Erhebung, die Speicherung, die Veränderung, die Übermittlung, die Sperrung, die Löschung und die Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten in unserer Tierschutzorganisation zum Schutze Ihrer personenbezogenen Daten immer in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzbestimmungen und übrigen gesetzlichen Regelungen erfolgt.

Bei Anmeldung zum Newsletter wird Ihre E-Mail-Adresse mit Ihrer Einwilligung für eigene Werbezwecke genutzt, bis Sie sich vom Newsletter abmelden.

Im Rahmen des Adoptionsablaufs fragen wir mit dem Bewerberdaten-Formular verschiedene personenbezogene Daten von Ihnen ab, die Sie durch das Ab- bzw. Einsenden zusammen mit den übrigen Daten der Adoption an uns übermitteln. Wir erheben dementsprechend ausschließlich die von Ihnen übermittelten personenbezogenen Daten.

Diese Erhebung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung eigener Geschäftszwecke.

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt an die im Rahmen der Vertragsabwicklung beteiligten Partner, wie z.B. das mit der Adoption beauftragte Tierheim, die Helfer-/Innen für Vor- bzw. Nachkontrollen (Platzkontrolleure) sowie verbundene Tierschutzorganisationen und das mit Zahlungsangelegenheiten beauftragte Kreditinstitut.

Des Weiteren werden Ihre personenbezogenen Daten im Falle einer Übernahme eines Tieres (Adoption) oder vorübergehende Aufnahme zur Pflege (Betreuung) aufgrund der Buchführungspflicht nach § 11 Tierschutzgesetz (TierSchG) und/oder § 5 Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung (BmTierSSchV) an die zuständigen Veterinär- und/oder Überwachungsbehörden weitergegeben, die Aufgrund gemachter Auflagen Einsicht in unsere Tierbestandsbuchführung erhalten.

In den Fällen der Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte beschränkt sich der Umfang der übermittelten Daten jedoch auf das erforderliche Minimum.

Mit der Eingabe Ihrer personenbezogenen Daten und der Akzeptanz dieser Datenschutzerklärung erklären Sie sich mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten entsprechend der vorgenannten Datenschutzerklärung einverstanden.

Sie haben das Recht, unentgeltlich Auskunft zu den zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten. Wir dürfen Sie bitten, sich mit entsprechenden Anfragen an die in der Anbieterkennzeichnung (Impressum) angegebene Adresse zu wenden. Sofern die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten unrichtig sind, werden die Daten auf einen entsprechenden Hinweis Ihrerseits selbstverständlich berichtigt. Sie haben ferner das Recht, Ihre Einwilligung in die Speicherung der zu Ihrer Personen gespeicherten personenbezogenen Daten jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Im Falle einer entsprechenden Mitteilung werden die zu Ihrer Personen gespeicherten personenbezogenen Daten gelöscht, es sei denn, die betreffenden Daten werden zur Erfüllung der Pflichten des geschlossenen Vertragsverhältnisses noch benötigt oder gesetzliche Regelungen stehen einer Löschung entgegen. In diesem Fall tritt an die Stelle einer Löschung eine Sperrung der betreffenden personenbezogenen Daten. Mit sämtlichen

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto

2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 7 von 9



Stray - einsame Vierbeiner e.V.

Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

datenschutzrechtlichen Anfragen dürfen wir Sie bitten, sich an die in der Anbieterkennzeichnung angegebene Adresse zu wenden.

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto

2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 8 von 9



Stray - einsame Vierbeiner e.V.

Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Datenschutz-Klausel:

Einwilligung zur Datenverarbeitung und zur Übermittlung von Daten an Tierschutzpartner und der SCHUFA

Ich/wir bevollmächtige(n) den Tierschutzverein „Stray – einsame Vierbeiner e.V.“, Sudetenstr. 26 in 40822 Mettmann, meine Daten auch an Tierschutzpartner und die Schutzgemeinschaft für Tierschutz weiterzuleiten. Insofern gilt nachfolgende Einverständniserklärung auch für die Übermittlung von Daten an andere Tierschutzorganisationen.

Ferne willige(n) ich/wir ein, dass der Tierschutzverein „Stray – einsame Vierbeiner e.V.“ im Bedarfsfall von der SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden Auskünfte über mich erhält.

Ich bin mit der elektronischen Erfassung und Verarbeitung meiner Daten einverstanden. Ich willige ein, dass der Tierschutzverein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ den Tierschutzpartnern, Daten über die Beantragung, die Aufnahme bzw. Übernahme und vereinbarungsgemäße Abwicklung dieser Geschäftsverbindung (Tieradoption- und/oder Betreuung) übermittelt. Unabhängig davon wird der Tierschutzverein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ auch Daten aufgrund nicht vertragsgemäßen oder unseriösen Verhaltens übermitteln.

Insoweit befreit der/die Unterzeichner den Tierschutzverein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ durch das Senden der jeweiligen Dokumente oder durch seine Unterschrift unter den Verträgen vom Datenschutzgeheimnis.

Der Tierschutzverein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ speichert und übermittelt die Daten an ihre Tierschutzpartner, um diesen Informationen zur Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit/Seriosität von natürlichen Personen oder juristischen Personen zu geben. Der „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ stellt personenbezogene Daten nur zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde. Tierschutzpartner von der Tierschutzverein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ sind vor allem Tierschutzorganisationen in Europa. Diese Meldungen dürfen nach dem Bundesdatenschutzgesetz nur erfolgen, soweit dies nach Abwägung aller betroffenen Interessen zulässig ist. Bei der Erteilung von Auskünften kann ein Vertragspartner der Tierschutzorganisation ergänzend einen aus ihrem Datenbestand errechneten Wahrscheinlichkeitswert zur Beurteilung des möglichen Risikos mitteilen (Score-Verfahren). Der Absender/Unterzeichner kann jederzeit Auskunft bei der Tierschutzverein „Stray - einsame Vierbeiner e.V.“ über die ihn betreffenden, gespeicherten und weitergeleiteten Daten erhalten und sein Einverständnis widerrufen.

Stray - einsame Vierbeiner e.V. Verein zur Betreuung und zum Schutz der herrenlosen Tiere

Sudetenstr. 26 - 40822 Mettmann Konto

2038438 - BLZ 301 502 00 KSK Düsseldorf

Vertrag zur Übernahme der Halterschaft eines

Tieres Version 2.2 Stand 23.09.2011

Schutzvertrag Seite 9 von 9



(Tier-)Schutzverträge auf dem Prüfstand

Rechtsgebiete: **Recht rund ums Tier, Kaufrecht**

Rechtstipp vom **30.03.2010**

Eine sehr weit verbreitete Art ein Haustier an einen Erwerber zu übergeben dürfte immer noch die Übergabe unter gleichzeitiger Unterzeichnung eines so genannten Schutzvertrages sein.

Dieser Vertrag wird auch Abgabe- oder Vermittlungs- oder Überlassungsvertrag genannt und räumt dem Veräußerer des Tieres formularmäßig umfangreiche Rechte ein. So wird der Erwerber häufig neben der Zahlung einer so genannten Vermittlungsgebühr (meist in Höhe eines marktüblichen Verkaufspreises) auch verpflichtet das Tier nicht an Dritte weiterzugeben, es kastrieren zu lassen, dem Veräußerer den Aufenthaltsort des Tieres mitzuteilen und zur Überprüfung der Einhaltung dieser Vereinbarungen auch dem Veräußerer jederzeit den Zutritt zu seinen Privaträumen zu gestatten. Gleichzeitig verspricht der Erwerber eine saftige Vertragsstrafe für den Fall, dass er seine Vertragsversprechen nicht einhält. Auch wird in diesen Verträgen klauselmäßig statuiert, dass der Eigentumsübergang des Tieres erst zu einem späteren Zeitpunkt als dem der Übergabe und Schutzgebührzahlung, stattfindet. Auch umfangreiche Haftungs- und Gewährleistungsausschlussklauseln des Veräußerers sind die Regel.

Gerichtliche Entscheidungen, die näher darüber Aufschluss gaben, wie solche Verträge in der Praxis zu bewerten sind gab es bisher kaum.

In Rechtsprechung und Literatur tauchte der Vertrag in der Vergangenheit als so genannter atypischer Verwahrungsvertrag auf. Zuletzt war das Landgericht Krefeld der Ansicht, dass die Parteien dieses Vertrages keinen Kaufvertrag geschlossen hätten (*LG Krefeld 1 S 79/06, vom 13.4.2007*). Die Annahme eines Kaufvertrages scheitere daran, dass die kaufvertraglichen Gewährleistungsvorschriften keine Anwendung fänden und der Schwerpunkt des Vertrages nicht in der für den Kaufvertrag prägenden entgeltlichen Übergabe und Eigentumsverschaffung des Tieres, sondern in der Übergabe des Tieres zur Haltung und Pflege durch den Übernehmer liege.

Vor dem Hintergrund dass sich täglich tausende von Haustiererwerbern keine Gedanken darüber machen, dass sie das erworbene Tier eventuell „atypisch verwahren“, ist die Rechtsprechung des LG Krefeld wohl lebensfremd. Auch bei der Übernahme eines Tieres aus einem Tierheim wird ein Betrag an das Tierheim in Höhe eines vergleichbaren Kaufpreises gezahlt und das Tier anschließend übergeben. Es kann vom Erwerber nicht verlangt werden, dass er Vertragsklauseln nachvollzieht, nach welchen er lediglich Verwahrer des Tieres sein soll und die geleistete Zahlung eine Spende oder so genanntes „Futtermittel“ darstellen. Das Procedere bei einer Tierübernahme aus einem Tierheim steht äußerlich jedenfalls einem Kauf aus einer Tierhandlung gleich. Die Klauseln der Tierschutz-/Übergabeverträgen sind, soweit sie eine Eigentumsübertragung negieren und umfangreiche Besuchs- und Auskunftsrechte gewähren überraschend und somit gem. § 305c BGB unwirksam. Auch eine Vertragsstrafe die den Erwerbspreis überschreitet dürfte in aller Regel unwirksam sein.

Das Ergebnis für den vom LG Krefeld zu entscheidenden konkreten Fall mag schon überzeugen. Es wurden dort nämlich nach einem Tiererwerb bei einem Tierschutzverein nach Krankheit des Tieres umfangreiche Sachmängelgewährleistungsansprüche geltend gemacht und die Kosten für eine Hüftoperation eingeklagt. Eine Gewährleistung für Tiermängel kann ein gemeinnütziger Tierschutzverein wohl nicht bieten. Eine solche Verpflichtung triebe die Tierheime in den Ruin.

Auf der anderen Seite können sich jedoch die Tierheime nach der Zahlung der vereinbarten Gegenleistung für das Tier nicht das Eigentum daran vorbehalten oder sich umfangreiche Auskunfts- und Kontrollrechte vorbehalten, die deutlich in die Persönlichkeitsrechte der Erwerber eingreifen.

Der Tierschutzverein Reutlingen fühlte sich jedoch jüngst befleißigt, seine mutmaßlichen Rechte aus einem Tierschutzvertrag gegenüber der Tiererwerberin geltend zu machen. Nachdem die Erwerberin das Tier zeitweise einer Freundin überlassen hatte, erschienen Mitarbeiter des Vereins bei dieser Freundin und nahmen das Tier(den Hund) einfach mit.

Das Amtsgericht Reutlingen entschied hierauf zu Recht in einem einstweiligen Verfahren durch Beschluss (*AG Reutlingen 14 C 437/08*), dass der Hund an die Erwerberin herauszugeben sei. Es wurde hierbei deutlich gemacht, dass der Verein das Tier im Wege der verbotenen Eigenmacht an sich genommen hatte.

Nachdem der Verein es bezüglich des gleichen Hundes genau wissen wollte, verlangte er in der Folgezeit klageweise die Herausgabe des Hundes, die Zahlung einer Vertragsstrafe, sowie Auskunft darüber, wo der Hund verblieben sei. Das Amtsgericht Hamburg wies die Klage ab, wobei das Landgericht Hamburg in der Berufungsinstanz (*LG Hamburg 309 S 149/09*) deutlich machte, dass die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des klagenden Vereins wohl gegen Treu und Glauben verstoßen und die Erwerberin unangemessen benachteiligen. In der Folge wurde die Berufung zurückgenommen und es blieb bei der Klageabweisung durch das AG Hamburg (*15A C 71/09 v.4.9.2009*). Das Amtsgericht und auch das Landgericht gingen hierbei eindeutig und unmissverständlich davon aus, dass es sich bei dem Übergabevertrag um einen Kaufvertrag handelt. Deshalb unterliegen die Vertragsbedingungen auch der Klauselkontrolle.

Die vorgenannte Urteile und Beschlüsse dürften in Zukunft alle Tierschutzvereine zur Vorsicht mahnen, die aufgrund von Tierschutzverträgen so genannte „Tierschutzaußendienstgruppen“ in nicht unerheblicher Personalstärke unterhalten und mit diesen Gruppen vor fremden Grundstücken Einlass verlangen um anschließend dann das eine oder andere Tier an sich zu nehmen. Die Vereine müssen einsehen, dass für die Überwachung des Tierschutzes die Behörden zuständig sind und man die Vereinsgelder sinnvoller in die Pflege- und Hege der Tiere investiert.

Rechtstipp-Autor:

[Rechtsanwalt Peter Koblenz \(Rechtsanwaltskanzlei Peter Koblenz\)](#)



Konsul-Uebele-Str. 10
74653 Künzelsau

Link zum Rechtstipp:

http://www.anwalt.de/rechtstipps/tier-schutzvertraege-auf-dem-pruefstand_008867.html

Satzung des Tierschutzvereins

Tierschutzinitiative Berga e.V.

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden und dann den Namen „Tierschutzinitiative Berga e.V.“ tragen.
2. Er hat seinen Hauptsitz in Potsdam.

§ 2 Zweck, Ziele und Aufgaben des Vereins

Oberstes Ziel des Vereins ist die Gewährung von Schutz und Beistand sowohl für Haustiere als auch für die in Freiheit lebenden Tiere.

Dieser Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- Die ideelle, aktive und finanzielle Unterstützung des als gemeinnützig anerkannten katalanischen Tierheims „Associació Berguedana per a la Protecció dels Animals“, Casa Nova de Cal Galta, E-08600 Berga
- Die Unterstützung von Kastrationskampagnen
- Den Bau und die Unterhaltung von Tierheimen oder die Beteiligung an der Erstellung und Unterhalt solcher
- Die Aufklärung und Belehrung der Allgemeinheit, um dadurch das Verständnis für das Wesen der Tiere zu erwecken, zu fördern und deren Wohlergehen und insbesondere deren artgerechte Haltung durch den Menschen zu fördern
- Die Verhütung von Tierquälerei, Tiermisshandlung und Tiermissbrauch
- Die Zusammenarbeit mit Organisationen gleicher und verwandter Zielsetzung

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenverordnung.

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Aufwendungen werden jedoch erstattet.

Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig.

Die Anstellung hauptamtlicher bzw. beruflicher Kräfte (z. B. Verwaltung, Geschäftsführung, Tierpfleger usw.) im erforderlichen Maße ist zulässig. Hierfür dürfen keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen gewährt werden. Über die Notwendigkeit der Einstellung von Personal entscheidet der Vorstand gem. § 26 BGB.

§ 3 Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person nach Vollendung des 18. Lebensjahres sowie juristische Personen, Körperschaften und Vereine werden.

Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Eine Ablehnung braucht nicht begründet zu werden.

Die Anerkennung der Vereinssatzung ist Voraussetzung für den Beitritt zum Verein.

Juristische Personen und Firmen müssen natürliche Personen benennen, die für sie Repräsentant sein sollen. Die Vertretung des Repräsentanten ist zulässig.

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, durch Ausschluss oder durch Tod, bei juristischen Personen und Firmen zudem durch Auflösung oder Insolvenz.

Der Austritt aus dem Verein ist jederzeit mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ende eines jeden Jahres möglich. Er muss dem Vorstand schriftlich durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt werden.

Die Beitragspflicht erlischt mit Ablauf des Jahres des Ausscheidens.

Das Eigentum des Vereins ist zurückzugeben.

Bei vereinsschädigendem Verhalten, insbesondere bei grobem Verstoß gegen die Vereinssatzung oder Vereinsbeschlüsse, ferner bei unehrenhaftem Verhalten innerhalb oder außerhalb des Vereins und bei Vorhandensein eines Rückstandes der Beitragszahlungen über drei Monate nach Fälligkeit hinaus, kann Ausschluss aus dem Verein erfolgen.

Ein Mitglied kann insbesondere ausgeschlossen werden:

- wenn es dem Zweck oder der Satzung des Vereins oder einer Anordnung des Vorstandes des Tierschutzvereins zuwiderhandelt,
- wenn es in einer anderen Weise den Verein oder die Tierschutzbestrebungen oder deren Ansehen schädigt oder Unfrieden im Verein oder in der allgemeinen Tierschutzbewegung stiftet.

Der Ausschluss wird durch den Vorstand vollzogen.

Vor der Entscheidung ist dem Mitglied zu seiner Rechtfertigung ausreichend Gelegenheit zu geben. Gegen den Ausschluss ist Einspruch innerhalb von zwei Wochen schriftlich beim Vorstand zulässig. Über den Ausschluss entscheidet dann endgültig die nächste Hauptversammlung.

Alle Zustellungen bzw. Einlegungen von Rechtsmitteln haben durch eingeschriebenen Brief mit Rückantwort zu erfolgen.

§ 3 a Patenschaften

Es gibt die Möglichkeit, Patenschaften für Tiere, die der Verein betreut, zu übernehmen. Patenschaften verpflichten nicht zur Mitgliedschaft. Patenschaften werden in Form materieller bzw. ideeller Leistungen des Paten für das/die jeweilige/n Tier/e übernommen.

§ 4 Rechte der Mitglieder

Die Mitglieder haben folgende Rechte:

Alle Mitglieder besitzen das aktive und passive Wahlrecht und das Recht, bei Versammlungen Anträge und Vorschläge zu unterbreiten.

Die Rechte der Mitglieder sind nicht übertragbar. Das Vertretungsrecht zur Vertretung von Repräsentanten einer juristischen Person sowie von Firmen bleibt hiervon unberührt.

§ 5 Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder haben folgende Pflichten:

- a) Die Vereinssatzung, die Vorstandsbeschlüsse und die Versammlungsbeschlüsse zu beachten.
- b) Die in der Satzung des Vereins niedergelegten Grundsätze zu fördern.
- c) Die übernommenen Ämter gewissenhaft auszuführen.
- d) Mutwillige Beschädigung und schuldhaften Verlust von Vereinseigentum zu ersetzen.

§ 6 Beitrag

Der Jahresbeitrag und etwaige andere Beiträge werden in der Mitgliederversammlung festgelegt (zur Zeit EUR 40,00).

Der Jahresbeitrag ist jedes Jahr am 1.März fällig.

§ 7 Organe

Organe des Vereins sind:

der Vorstand

die Mitgliederversammlung

§ 8 Mitgliederversammlung

Der Verein hält Mitgliederversammlungen nach Bedarf, sowie in jedem zweiten Jahr eine ordentliche Hauptversammlung ab. Mitgliederversammlungen haben das oberste Entscheidungsrecht in allen Angelegenheiten des Vereins. Ihre Befugnisse sind im Besonderen:

- a) Entgegennahme des Tätigkeitsberichts des Vorstandes.
- b) Entlastung des Vorstandes.
- c) Entscheidung über die im Rahmen der Geschäftsordnung eingegangenen Anträge.
- d) Änderung der Satzung.
- e) Festsetzung des Jahresbeitrags sowie etwaiger anderer Beiträge.

f) Genehmigung des Haushaltsplanes.

g) Wahl der Vorstandsmitglieder, die alle zwei Jahre zu erfolgen hat, bzw. sofern eine solche von der Versammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen wird.

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen.

Sie muss unter Angabe der Tagesordnung mindestens vier Wochen vorher durch Rundschreiben an alle stimmberechtigten Mitglieder bekannt gegeben werden. Eine Hauptversammlung muss innerhalb von sieben Tagen einberufen werden, wenn mindestens 1/4 der gesamten stimmberechtigten Mitglieder dies unter Angabe der Gründe schriftlich verlangt oder der Vorstand dies beschließt. Eine ordnungsgemäß einberufene Hauptversammlung ist jederzeit beschlussfähig. Anträge zur Hauptversammlung müssen spätestens 14 Tage vorher bei dem Vorstand oder der Geschäftsstelle schriftlich eingereicht werden.

Die Hauptversammlung wird durch den 1. Vorsitzenden, bei Verhinderung durch den 2. Vorsitzenden geleitet.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Bei Personalwahlen kann per Akklamation gewählt werden, sofern nicht mehr als ¼ der Anwesenden Mitglieder dies geheime Abstimmung wünschen.

Sind zwei Personen stimmgleich, erfolgt eine Stichwahl.

Dringlichkeitsanträge können während der Hauptversammlung gestellt werden. Die Zulassung bedarf der Zustimmung der Mitgliederversammlung.

Mitgliederversammlungen werden protokolliert und vom Versammlungsleiter und Schriftführer unterschrieben.

§ 9 Vorstand

Die Leitung des Vereins obliegt dem Vorstand. Der Vorstand setzt sich zusammen aus:

- 1. Vorsitzenden
- 2. Vorsitzenden
- Kassenwart
- Schriftführer

Der Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind der 1. und der 2. Vorsitzende. Jeder ist alleinvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis soll der 2. Vorsitzende nur im Verhinderungsfalle des 1. Vorsitzenden vertretungsbefugt sein.

Der 1. und der 2. Vorsitzende sind vom § 181 BGB befreit.

Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

Alle im Verein mit Ämtern oder Aufträgen betrauten Personen sind der Mitgliederversammlung und dem Verein für die gewissenhafte Führung ihrer Geschäfte verantwortlich.

Der Vorstand führt die im Rahmen der Satzung gefassten Beschlüsse durch und verwaltet das Vereinsvermögen. Der Vorstand nimmt die Geschäfte wahr, die dem Verein durch Gesetz und Verordnungen übergeordneter Stellen auferlegt werden.

§ 10 Sonderausschüsse und Arbeitskreise

Der Vorstand kann zur Durchführung besonderer Aufgaben Sonderausschüsse einsetzen oder Arbeitskreise bilden. Die Sonderausschüsse und Arbeitskreise haben grundsätzlich beratende und helfende Tätigkeit.

§ 11 Kassenprüfer

Das Kassenwesen des Vereins ist für jedes abgelaufene Geschäftsjahr von zwei Kassenprüfern zu prüfen. Die Kassenprüfer haben in der Mitgliederversammlung über das Ergebnis ihrer Prüfung Bericht zu erstatten und den Prüfbericht schriftlich niederzulegen.

§ 12 Satzungsänderung

Zur Änderung der Satzung ist Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Sind in der Mitgliederversammlung weniger als ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder erschienen, so wird vom Vorstand eine zweite Mitgliederversammlung einberufen, die dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist.

Auf diese Folge ist in der Einladung zur Hauptversammlung hinzuweisen. Satzungsänderungen sind nicht durch Dringlichkeitsanträge zulässig.

§ 13 Auflösung

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung, in der mindestens 2/3 aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein müssen, mit 3/4 Stimmenmehrheit beschlossen werden. Die Versammlung hat gleichzeitig einen Liquidator zu bestellen.

Ist diese Versammlung nicht beschlussfähig, so ist eine neue Versammlung einzuberufen, die dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. Auf die Folge ist bei der Einladung zur ersten Versammlung ausdrücklich hinzuweisen.

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins an die Bundesrepublik Deutschland, die es für gemeinnützige Zwecke zur Förderung des Tierschutzes zu verwenden hat.

Die Bundesrepublik Deutschland kann veranlasst werden, das überlassene Vereinsvermögen ausschließlich an einen bestimmten, anerkannt gemeinnützigen Verein als Spende des aufgelösten Vereins weiterzuleiten.

§ 14 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Diese Satzung wurde in der Gründungsversammlung am 24.04.2011 beschlossen und tritt sofort in Kraft.

§ 15 Schlussbestimmung

Sollten einzelne Bestimmungen der Satzung unwirksam sein oder ihre Wirkung verfehlen, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Regelung ist durch eine Bestimmung zu ersetzen, die den Vereinszweck entspricht. Entsprechendes gilt auch für den Fall, dass sich bei der Anwendung der Satzung Lücken in den satzungsmäßigen Regelungen ergeben.



Satzung des Tierschutzvereins Gießen und Umgebung e.V.

§ 1 Name, Sitz und Zweck des Vereins

Der Verein führt den Namen: **Tierschutzverein Gießen und Umgebung e.V.**

Der Verein hat seinen Sitz in Gießen-Wieseck, Vixröder Strasse 16. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zwecke des Vereins sind:

- Vertretung und Förderung des Tierschutzgedankens
- Aufklärung und Belehrung über Tierschutzprobleme
- Förderung des Verständnisses der Öffentlichkeit für das Wesen und das Wohlergehen der Tiere
- Verhütung von Tierquälerei oder Tiermisshandlung und Tiermissbrauch
- Veranlassung der strafrechtlichen Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen das Tierschutzgesetz und der auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen

Die Satzungszwecke werden verwirklicht durch:

- Herausgabe und Verbreitung von Publikationen
- Aufklärung der Tierhalter und der Bevölkerung durch die Presse
- Unterhaltung eines Tierheimes
- Notwendige Maßnahmen und Veranstaltungen zum Schutz aller Tiere
- Die Bewahrung der Tiere vor boshafter, mutwilliger und leichtsinniger Quälerei und Misshandlung, Grausamkeit bei ihrer Tötung, Verfolgung, die auf dem Verkennen ihres Nutzens beruht.

Die Tätigkeit des Vereins erstreckt sich nicht allein auf den Schutz der Haus- und Nutztiere, sondern auf die gesamte, in Freiheit lebende Tierwelt in unserer Umwelt und den Auslandstierschutz.

Er verfolgt weiterhin den Zweck, das Recht der Tiere auf Schutz zur gesetzlichen Anerkennung zu bringen und Achtung und Verständnis für die Tiere zu wecken, besonders bei jungen Menschen.

Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.

§ 2 Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die bereit ist, sich für den Zweck des Vereins einzusetzen und sich zur Zahlung eines Jahresbeitrages verpflichtet. Angestellte des Vereins sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand aufgrund eines schriftlichen Antrages des Bewerbers mit einfacher Mehrheit. Die Bewerber sind über die Entscheidung zu unterrichten. Im Falle der Ablehnung brauchen die Ablehnungsgründe nicht mitgeteilt zu werden. Die Ehrenmitgliedschaft kann durch den Beschluss der Mitgliederversammlung verliehen werden. Jugendliche können Mitglied einer Tierschutz-Jugendgruppe werden, wenn sie das 10. Lebensjahr vollendet haben. Sie sind von der Beitragspflicht befreit. Das Mitglied ist verpflichtet, jeden Wohnungswechsel und den Wechsel der Bankverbindung dem Verein umgehend mitzuteilen. Kosten der Anschriften-Ermittlung und eventuelle Rücklastkosten gehen zu Lasten des Mitglieds.

§ 3 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

- durch Austritt
- durch Ausschluss
- durch Streichung von der Mitgliederliste
- durch Tod

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstandes. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zulässig. In Ausnahmefällen kann der Vorstand den sofortigen Austritt aus wichtigem Grund zulassen.

Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es den Vereinszweck, den Verein oder die Tierschutzbestreben im Allgemeinen oder deren Ansehen schädigt oder Unfrieden im Verein stiftet. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand nach Anhörung des Betroffenen mit 3/5 Mehrheit. Der Beschluss ist dem Mitglied unter Angabe von Gründen schriftlich bekannt zu geben. Gegen den Beschluss kann der Betroffene innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses schriftlich Einspruch einlegen; über diesen Einspruch entscheidet die nächste Mitgliederversammlung endgültig. Bis zu dieser Entscheidung ruhen die Rechte des Mitglieds.

Zu der Mitgliederversammlung ist das Mitglied mit der Frist des § 9 zu laden.

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung und eines Hinweises auf die Folgen der Säumnis mit der Zahlung des Jahresbeitrages im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn seit der Absendung der zweiten Mahnung 3 Monate verstrichen sind und die Beitragsschuld nicht vollständig ausgeglichen ist.

§ 4 Beiträge

Der Jahresbeitrag wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.

Der Ausschluss eines Mitgliedes entbindet dieses nicht von der Verpflichtung zur Zahlung des fällig gewordenen Jahresbeitrages. Der Vorstand kann in bestimmten Einzelfällen, vor allem in sozialen Härtefällen, den Beitragssatz verringern oder den Beitrag erlassen. Eine solche Entscheidung ist jederzeit widerrufbar.

Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

Der Mitgliedsbeitrag ist bis zum 31. März eines jeden Jahres zu entrichten.

§ 5 Die Vereinsorgane

Organe des Vereins sind

- der Vorstand
- die Mitgliederversammlung

§ 6 Der Vorstand

Der Vorstand wird von der Jahreshauptversammlung aus den Reigen der Vereinsmitglieder gewählt. Er besteht aus:

- dem Vorsitzenden
- zwei stellvertretenden Vorsitzenden
- dem Schriftführer
- dem Kassenwart

Die Mitglieder des Vorstands werden – und zwar jedes für sein Amt – von der Jahreshauptversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, so kann der 1. Vorsitzende ein Mitglied des Vereins mit der kommissarischen Wahrnehmung des verwaisten Amtes betrauen. Ist das nicht möglich, so ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung zur Durchführung der Ersatzwahl einzuberufen. Eine Ersatzwahl kann unterbleiben, wenn die Neuwahl des Vorstandsmitglieds in nicht mehr als sechs Monaten im Rahmen der Jahreshauptversammlung erfolgen kann und der Vorstand trotz des Ausscheidens beschlussfähig geblieben ist. Das Amt der Vorstandsmitglieder endet mit Neuwahl.

§ 7 Aufgabenbereich des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch eine Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungskreis fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
- Abfassung des Jahresberichtes und des Rechnungsabschlusses
- Einberufung und Leitung der außerordentlichen und ordentlichen Mitgliederversammlung
- Ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung des Vereinsvermögens, letzteres mit Ausnahme im Falle des Vereinendes
- Aufnahme und Streichung von Vereinsmitgliedern
- Anstellung und Kündigung von Angestellten des Vereins

Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und die beiden Vorsitzenden.

Sie vertreten jeweils allein den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

§ 8 Beschlussfassung des Vorstands

Der Vorstand muss beschlussfähig werden, wenn alle Mitglieder eingeladen und mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Die Einladung durch den ersten Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung durch einen der stellvertretenden Vorsitzenden kann schriftlich, fernmündlich, telegrafisch oder mündlich erfolgen. Die Bekanntgabe einer Tagesordnung ist nicht erforderlich.

Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit mit Ausnahme des Falles des Ausschlusses eines Mitglieds, für den eine 3/5 Mehrheit erforderlich ist. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden bzw. des die Sitzung leitenden Vorstandsmitglieds den Ausschlag. Einer Vorstandssitzung bedarf es nicht, wenn alle Mitglieder des Vorstands einem Vorschlag oder Beschluss schriftlich zustimmen.

Schriftliche Ausfertigungen und Bekanntmachungen des Vereins, insbesondere den Verein verpflichtende Urkunden, sind vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch einen seiner Stellvertreter und vom Schriftführer, sofern sie jedoch Geldangelegenheiten betreffen, vom Vorsitzenden bzw. einem seiner Stellvertreter und vom Schatzmeister zu unterfertigen. Über die Reihenfolge der Vertretung im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden durch seine Stellvertreter fasst der Vorstand Beschluss.

§ 8a Haftung des Vorstandes

Die Haftung der Vorstandsmitglieder gegenüber dem Verein ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

§ 9 Die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung findet als Jahreshauptversammlung in jedem Jahr einmal statt. Bei Bedarf können weitere Mitgliederversammlungen einberufen werden. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand einberufen, sie muss außerdem einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel der Vereinsmitglieder dieses unter Angabe des Grundes schriftlich verlangt. Die Einladung zur Mitgliederversammlung muss mit einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung erfolgen. Sie erfolgt schriftlich.

Die Mitgliederversammlung hat die folgenden Aufgaben:

- Festsetzung der Höhe des Beitrages
- Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft
- Beschlussfassung über Satzungsänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins
- Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen
- Bestätigung des Ausschlusses eines Mitglieds

Die Jahreshauptversammlung hat folgende Aufgaben:

- Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichtes des Vorstands und des Rechnungsabschlusses und die Entlastung des Vorstands
- Wahl und Amtsenthebung der Mitglieder des Vorstands, Wahl von zwei Rechnungsprüfern

Die Mitgliederversammlung und die Jahreshauptversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig. Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Ungültige Stimmen bzw. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Wenn auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der Vereinsmitglieder eine Mitgliederversammlung einberufen werden muss, so hat dies innerhalb einer Frist von 21 Tagen zu geschehen.

Zur Satzungsänderung ist eine Stimmenmehrheit von drei Viertel der erschienenen Mitglieder erforderlich. Zur Auflösung des Vereins ist eine Stimmenmehrheit von vier Fünfteln der gültig abstimmenden Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der in der Mitgliederversammlung nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen. Gültige Beschlüsse können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereint, so findet eine Stichwahl zwischen denjenigen statt, welche die meisten Stimmen erzielt haben. Gewählt ist dann derjenige, der die meisten Stimmen erhält, bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das von dem Vorsitzenden der Versammlung zu ziehende Los.

Wahlen sind auf Antrag auch nur eines Versammlungsteilnehmers schriftlich durchzuführen. Abstimmungen können schriftlich durchgeführt werden, wenn mindestens ein Drittel der Erschienen es verlangt.

Über die Verhandlung und Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von dem die Versammlung leitenden Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Die Wahl zum Vorstand ist von einem von der Versammlung zu bestimmenden Wahlleiter durchzuführen. Die nicht volljährigen Mitglieder sind beschlussfähig bei Angelegenheiten, welche die Tierschutz-Jugendgruppe betreffen.

§ 10 Anträge an die Mitgliederversammlung

Anträge aus den Reihen der Mitglieder sind mindestens sieben Tage vor Zusammentritt der Mitgliederversammlung unter schriftlicher Angabe der Begründung der Anträge dem Vorstand einzureichen.

Der Vorstand entscheidet nach Ermessen, ob fristgerecht gestellte Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie müssen es, wenn sie die Unterstützung von mindestens einem Drittel der Vereinsmitglieder haben.

§ 11 Beurkundung der Beschlüsse der Vereinsorgane

Die von den Vereinsorganen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom jeweiligen Tagungsleiter und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Die Beschlüsse sind in der nächsten Versammlung des Organs auf Antrag zu verlesen.

§ 12 Haftung des Vereins seinen Mitgliedern gegenüber

Für Schäden, gleich welcher Art, die einem Vereinsmitglied aus der Teilnahme an Veranstaltungen oder durch die Benutzung von Vereinseinrichtungen entstanden sind, haftet der Verein nur, wenn seinem Organmitglied oder einer sonstigen Person, für die der Verein nach den Vorschriften bürgerlichen Rechts einzustehen hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

§ 13 Aufgaben des Kassenwarts und Kassenprüfung

Der Kassenwart führt das Kassenbuch und erstellt einen jährlichen Kassenbericht. Er hat die Beitragszahlungen zu überwachen. Die Kassenprüfung, die Feststellung der Vermögensverhältnisse sowie die Überprüfung der satzungsmäßigen Ausgaben von Vereinsgeldern sind jährlich von zwei Kassenprüfern durchzuführen. Die Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Alle erforderlichen Unterlagen müssen für die Prüfung zur Verfügung gestellt werden. Die Prüfung hat so rechtzeitig stattzufinden, dass in der Jahreshauptversammlung ein mündlicher Bericht darüber stattfinden kann, mindestens aber vier Wochen vor dem Termin der

Jahreshauptversammlung. Die Kassenprüfer verpflichten sich gegenüber dem Vorstand, eventuelle Unklarheiten zunächst in einem internen Gespräch zu klären.

§ 14 Beisitzer und Jugendgruppe

Der Vorstand hat das Recht, seinen Kreis durch Beisitzer zu erweitern. Die Beisitzer müssen nicht von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Sie können an Vorstandssitzungen teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht, sondern nur beratende Funktion. Ihre Arbeitszeit endet mit der Amtszeit des Vorstandes.

Der oder die Jugendleiter werden vom Vorstand ernannt. Die Ernennung ist jederzeit widerrufbar. Sie üben ihre Tätigkeit nach den vom Vorstand erteilten Richtlinien aus.

§ 15 Tierheimverwaltung

Die Verwaltung des Tierheims erfolgt durch einen oder mehrere vom Vorstand zu ernennende Tierpfleger nach den Richtlinien und Anordnungen des Vorstandes.

§ 16 Satzungsänderung

Eine Satzungsänderung kann nur in einer ordentlichen Mitgliederversammlung mit der in § 9 festgelegten Stimmenmehrheit erfolgen. Eine Beschlussfassung über die Satzungsänderung kann nur erfolgen, wenn die Änderung unter Beachtung der für die Einladung zur Mitgliederversammlung einzuhaltenden Frist und Form allen Mitgliedern mitgeteilt worden ist.

§ 17 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks, fällt das Vermögen des Vereins an den Deutschen Tierschutzbund e. V., Baumschulallee 15, 53115 Bonn, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne von § 1 der Satzung zu verwenden hat, dies jedoch erst nach Einwilligung des Finanzamtes.

§ 18 Gerichtsstand

Alle Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern unterliegen der Zuständigkeit der Gerichte in Gießen.

§ 19 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung tritt zum Zeitpunkt der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung in Kraft. Die Satzung wurde der Mitgliederversammlung vom 28.06.1991 mit der hierfür erforderlichen Mehrheit beschlossen.

§ 20 Einrichtung einer Tierklinik

Entfällt.

§ 21 Ausschluss von Vorstandstätigkeit und Aufwandsentschädigung

Vorstandsmitglieder dürfen nicht als bezahlte Angestellte oder freiberuflich für den Tierschutzverein Gießen und Umgebung e.V. tätig sein. Angestellte des Vereins und freiberuflich für den Tierschutzverein Gießen und Umgebung e.V. Tätige können nicht in den Vorstand desselben gewählt werden.

Vorstandsmitglieder und andere ehrenamtlich für den Verein tätige Personen bekommen ihre Aufwendungen in nachgewiesener Höhe vom Verein ersetzt. Wenn es die finanzielle Situation es zulässt, kann der Vorstand für ehrenamtlich und unentgeltlich im Auftrag des Vereins tätige Personen die Zahlung einer Aufwandsentschädigung aus der Ehrenamtspauschale nach § 3 Nr. 26a EStG beschließen.

Satzungsänderung (§ 20) Mitgliederversammlung vom 12.05.1993

Satzungsänderung (§ 21) Mitgliederversammlung vom 22.06.2001

Satzungsänderung (§ 1, § 3, § 9.3) Mitgliederversammlung vom 15.10.2004

Satzungsänderung (§ 3, § 8a, § 13) Mitgliederversammlung vom 23.02.2008

Satzungsänderung (§ 2, § 6, § 20, § 21) Mitgliederversammlung vom 08.02.2010

Eingetragen im Vereinsregister: VR 746

Der Verein führt den Namen "Tierschutz Spanien". Er hat seinen Sitz in Geislingen, sein Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf ganz Deutschland, Länder der EU und der Schweiz.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

Der Tierschutzverein Tierschutz Spanien mit Sitz in Geislingen verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigter Zwecke" der Abgabenordnung. Er erlangt Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister. Nach Eintragung führt er den Zusatz "e.V."

§ 2 Zweck □□□□□□ □□□

Zweck des Vereins ist der Schutz des Tieres, und dieses vor psychischen und physischen Schaden zu bewahren. Bereits erkrankten Tieren ist eine Heil- bzw. Pflegebehandlung zu ermöglichen. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- die Rettung und Vermittlung bedürftiger und vom Tode bedrohter Tiere in Tötungsstationen sowie misshandelter, herrenloser Tiere in der Hauptsache aus Spanien an Personen oder Stellen, die eine artgerechte Haltung und gewissenhafte Betreuung für diese Tiere glaubhaft erkennen lassen.
- durch die Durchführung von Pflege- und Heilungsmaßnahmen an erkrankten Tieren.

Der Tierschutzverein Tierschutz Spanien e.V. sieht es als seine Aufgabe, das Bild des Tierschutzes in der Öffentlichkeit mit geeigneten Maßnahmen im positiven Sinne zu beeinflussen.

Der Tierschutzverein Tierschutz Spanien e.V. unterstützt und fördert seine Mitglieder und berät sie in Fragen der Haustierhaltung.

§ 3 Zuwendungen aus Mitteln des Vereins □□□

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 4 Begünstigungen □ □ □ □ □

Es darf keine Person durch Ausgaben, die Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 5 Mitgliedereintritt □ □ □

Mitglied des Vereins können jede natürliche Person nach Vollendung des 18. Lebensjahres sowie juristische Personen, Körperschaften und Vereine werden. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Eine Ablehnung braucht nicht begründet zu werden.

Die Anerkennung der Vereinssatzung ist Voraussetzung für den Beitritt zum Verein.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft □ □ □ □ □ □

Die Mitgliedschaft endet durch:

- a) freiwilligen Austritt
- b) Tod
- c) Ausschließung
- d) Streichung aus der Mitgliederliste

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche oder mündliche Erklärung gegenüber dem Vorstand (§7).

Ein Mitglied kann aus wichtigem Grund durch Beschluss des Gesamtvorstands ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem betreffenden Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich zu rechtfertigen.

Der Ausschließungsbeschluss mit dem Ausschließungsgründen ist dem betreffenden Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes bekannt zu machen.

Gegen den Beschluss steht dem betroffenen Mitglied die Berufung zur nächsten Mitgliederversammlung zu. Die Berufung ist schriftlich innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des Ausschließungsbeschlusses bei dem Vorstand (§7) des Vereins einzureichen.

Die Mitgliederversammlung entscheidet endgültig.

Vor Entscheidung der Mitgliederversammlung steht dem Mitglied kein Recht auf Herbeiführung

einer gerichtlichen Entscheidung über die Wirksamkeit des Ausschließungsbeschlusses zu. Ein Mitglied kann bei vereinsschädigendem Verhalten, im besonderen bei grobem Verstoß gegen die Vereinssatzung oder Vereinsbeschlüsse, ferner bei unehrenhaften Verhalten innerhalb oder außerhalb des Vereins und bei Vorhandensein eines Rückstandes der Beitragszahlungen über 3 Monate nach Fälligkeit hinaus, ausgeschlossen werden. Ein Mitglied kann insbesondere ausgeschlossen werden, wenn es dem Zweck oder der Satzung des Vereins oder einer Anordnung des Vorstandes des Tierschutzvereins zuwider handelt, wenn es in einer anderen Weise den Verein oder die Tierschutzbestrebungen oder deren Ansehen schädigt oder Unfrieden im Verein oder in der allgemeinen Tierschutzbewegung stiftet. Der Ausschluß wird durch den Vorstand vollzogen.

§ 7 Neutralität

Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.

§ 8 Beiträge □ □ □ □ □ □

Der Jahresbeitrag und etwaige andere Beiträge werden in der Mitgliederversammlung festgelegt. Der Jahresbeitrag in Mindesthöhe von 30,-- Euro ist bei Beginn des Geschäftsjahres fällig.

§ 9 Patenschaften/Pflegestellen □

Es gibt die Möglichkeit Patenschaften für Tiere, die der Verein betreut, zu übernehmen. Patenschaften verpflichten nicht zur Mitgliedschaft. Patenschaften werden in Form materieller bzw. ideeller Leistungen des Paten für das/die jeweiligen Tier/e übernommen. Pflegestellen nur nach Absprache mit dem Vorstand.

§ 10 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) der vertretungsberechtigte Vorstand nach § 26 BGB
- b) der Gesamtvorstand
- c) 3 Beisitzer
- d) die Mitgliederversammlung

§ 11 Vertretungsberechtigter Vorstand nach § 26 BGB

Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus:

- a) dem 1. Vorsitzenden und

b) dem 2. Vorsitzenden

Jeder ist einzeln zur Vertretung des Vereins berechtigt.

Der Vorstand nach § 26 BGB ist ermächtigt zu redaktionellen Änderungen der Satzung und Änderungen, die aufgrund Beanstandungen des Registergerichts oder zur Erlangung der Gemeinnützigkeit erforderlich sind.

§ 12 Gesamtvorstand □ □ □ □

Der Gesamtvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem 1. Vereinsvorsitzenden
- b) dem 2. Vereinsvorsitzenden
- c) dem Kassenwart

Der Gesamtvorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 2 Jahren mit einfacher Mehrheit gewählt. Gesamtvorstandsmitglieder bleiben solange im Amt bis ein jeweiliger Nachfolger ordnungsgemäß bestellt ist.

Die Tätigkeit des Gesamtvorstandes ist ehrenamtlich. Scheidet ein Gesamtvorstandsmitglied aus, so übernimmt der verbleibende Gesamtvorstand bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung die Aufgaben des zurückgetretenen Gesamtvorstandsmitglieds kommissarisch.

Das Amt eines Gesamtvorstandsmitglieds endet mit seinem Ausscheiden aus dem Verein.

§ 13 Mitgliederversammlung

Mitgliederversammlungen finden statt, wenn das Interesse des Vereins es erfordert, jedoch findet sie mindestens alle 2 Jahre statt.

Die Einladung erfolgt schriftlich, persönlich oder im Internet, mindestens 4 Wochen vor dem Versammlungstermin. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt, wenn der Vorstand sie einberuft oder wenn mindestens 49% der Mitglieder die Einberufung schriftlich vom Vorstand verlangen. Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Der Mitgliederversammlung obliegt vor allem:

- a) die Entgegennahme des Jahresberichts und der Jahresabrechnung
- b) die Entlastung der Gesamtvorstandsmitglieder
- c) die Wahl der neuen Gesamtvorstandsmitglieder
- d) die Festsetzung des Beitrags und eventuell sonstiger Gebühren

- e) Satzungsänderungen
- f) Auflösung des Vereins

§ 14 Beschlussfassung

Beschlüsse werden im Allgemeinen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben daher außer Betracht. Satzungsänderungen und die Vereinsauflösung bedürfen der Mehrheit von 2/3. Bei Wahlen ist derjenige gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann (sog. relative Mehrheit). Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl.

§ 15 Beurkundung der Beschlüsse □□□□ □□□

Über die gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift ist vom Versammlungsleiter zu unterschreiben.

§ 16 Auflösung des Vereins □□□ □□□

Im Fall der Auflösung des Vereins sind, sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, der amtierende Vorsitzende des Vereins und sein Stellvertreter als gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren bestellt.

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden, unter Berücksichtigung der tierschützerischen Aufgaben des Vereins.

Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

§ 17 Liquidation

Die Mitgliederversammlung beschließt im Falle der Auflösung des Vereins über die Bestellung der Liquidatoren und den Anfallberechtigten.

Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, werden die bisherigen vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder Liquidatoren. Die Liquidatoren vertreten einzeln.

§ 18 Gerichtsstand

Bei Streitigkeiten zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern ist Geislingen als Sitz des Vereins Gerichtsstand.



Deutschland ist frei von Tollwut

Nach etwa einem Vierteljahrhundert der Bekämpfung der Tollwut konnte am 5. November 2008 beim Tollwutsymposium in Frankfurt die Deklaration der Tollwutfreiheit würdig gefeiert werden.



Quelle: © Angelika Möhrath - Fotolia.com

Auf dem vom BMELV organisierten Symposium kamen Experten aus dem In- und Ausland zusammen, um die nunmehr erfolgreichen Maßnahmen der vergangenen 25 Jahre Revue passieren zu lassen.

Offiziell gilt Deutschland seit dem 28. September 2008 als Tollwut frei. An diesem Datum hatte Deutschland eine entsprechende Erklärung der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) übergeben. Voraussetzung für eine solche Erklärung ist, dass die Vorgaben des Tiergesundheitskodex für die Landtiere des OIE erfüllt sind. Diese sehen vor, dass in den vergangenen zwei Jahren kein Fall von Tollwut bei Menschen oder Tieren festgestellt wurde. Da der letzte Fall von Tollwut in Deutschland am 3. Februar 2006

bei einem Fuchs im Kreis Mainz-Bingen (Rheinland-Pfalz) auftrat, erfüllt Deutschland nun die Bedingungen für die Anerkennung als frei von Tollwut.

Tollwut ist eine virusbedingte Infektionskrankheit des zentralen Nervensystems, die über den Biss eines tollwütigen Fuchses, eines Hundes oder einer Katze auf den Menschen übertragen werden kann (Zoonose) und in der Regel tödlich endet. Im Rahmen mehrjähriger Impfprogramme wurden Köder der Impfstoffwerke Dessau-Tornau, die auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten und Drittländern zum Einsatz kamen, mit Hilfe von Flugzeugen oder per Hand ausgelegt, um Füchse vor Neuinfektionen zu schützen.

Weltweit sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) jährlich über 55.000 Menschen an der Folgen einer Infektion.



Tiergesundheits- jahresbericht

2010

Tiergesundheitsjahresbericht 2010

11. Jahrgang 2011

ISSN 1867-9374

Herausgeber

Friedrich-Loeffler-Institut

Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit

Südufer 10

17493 Greifswald-Insel Riems

Internet: <http://www.fli.bund.de>

Redaktion

Dr. Y. Gall, A. Beidler, H. Kubitza

Friedrich-Loeffler-Institut

Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit

Institut für Epidemiologie

Seestraße 55, D-16868 Wusterhausen

Redaktionsschluss

20. Juli 2011

Druck

Lübke Druck & Design, Ahornallee 9, 16818 Werder (b. Neuruppin)

Kapitel IV Fallstatistiken

Vorkommen von anzeigepflichtigen Tierseuchen und meldepflichtigen Tierkrankheiten im Jahr 2010

Gall, Y., Conraths, F.J.

Anzeigepflichtige Tierseuchen

Einführung

Die Verordnung über anzeigepflichtige Tierseuchen umfasst aktuell 56 Tierseuchen, wovon 24 noch nie in Deutschland aufgetreten sind. Im Jahr 2010 wurden Neuausbrüche von 17 anzeigepflichtigen Tierseuchen im TSN dokumentiert (Tabellen 1 und 2).

Die zuletzt im Jahr 2008 aufgetretene Newcastle Krankheit wurde in zwei Taubenbeständen erneut festgestellt.

Keine neuen Ausbruchsmeldungen wurden dagegen zu folgenden im Vorjahr aufgetretenen Tierseuchen erfasst: Blauzungenkrankheit, Brucellose der Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen, Geflügelpest, Milzbrand, Schweinepest, Transmissible Spongiforme Enzephalopathie (BSE) und Vibrionenseuche der Rinder.

Ansteckende Blutarmut der Einhufer

Mit 27 Ausbruchsmeldungen wurde im Jahr 2010 die bislang höchste Zahl an Feststellungen der Ansteckenden Blutarmut der Einhufer seit dem gehäuften Auftreten ab dem Jahr 2006 verzeichnet. Im Jahr 2009 wurde die Ansteckende Blutarmut der Einhufer auch in anderen Mitgliedstaaten festgestellt, wobei – übereinstimmend mit den epidemiologischen Ausbruchsermittlungen in Deutschland – Pferde aus Rumänien als maßgebliche Infektionsquelle identifiziert wurden. Mit dem Beschluss 2010/346/EU wurde das innergemeinschaftliche Verbringen von Equiden aus Rumänien zwischenzeitlich grundsätzlich verboten bzw. streng reglementiert. Zahlreiche im Jahr 2010 in Deutschland festgestellte Fälle standen im Zusammenhang mit Verstößen gegen geltende rechtliche Bestimmungen.

Aviäre Influenza

Im Jahr 2010 wurde die Geflügelpest (hochpathogene Aviäre Influenza, HPAI) weder bei gehaltenen Vögeln noch bei Wildvögeln festgestellt.

Nach der Aufnahme der niedrigpathogenen Aviären Influenza (NPAI) bei einem gehaltenen Vogel in die Liste der anzeigepflichtigen Tierseuchen im Jahr 2009 erfolgte im Jahr 2010 erstmalig eine entsprechende statistische Erfassung der NPAI. Drei Ausbrüche von NPAI in Geflügelhaltungen wurden festgestellt, wobei ein Betrieb in Niedersachsen und zwei Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern lagen.

Blauzungenkrankheit

Im Jahr 2010 wurde erstmals seit dem ersten Auftreten des Serotyps 8 der Blauzungenkrankheit in Deutschland kein Neuausbruch mehr festgestellt. Die Eindämmung des sich seit dem Sommer des Jahres 2006 zunächst epidemisch verbreitenden Seuchengeschehens ist den umfangreichen Bekämpfungsmaßnahmen und insbesondere der Impfpflicht in den Jahren 2008 und 2009 geschuldet. Die Zukunft wird zeigen, ob der aktuelle Status mit der nunmehr freiwilligen Impfung aufrecht zu erhalten sein wird.

Bovine Virus Diarrhoe

Die Zunahme der BVD-Feststellungen im Jahr 2010 gegenüber den Vorjahren beruht auf den Bekämpfungsmaßnahmen, die in Vorkenntnis der am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen BVD-Verordnung durchgeführt wurden.

Schweinepest

Die Bekämpfungsmaßnahmen gegen die im Jahr 2009 erneut ausgebrochene Wildschweinepest wurden im Folgejahr fortgesetzt. Weder in der Wildschweinpopulation noch in Schweinehaltungen wurden im Jahr 2010 Neuausbrüche der Schweinepest festgestellt.

Tollwut

Trotz des Nachweises der Tollwut bei einem Hund im März 2010 blieb der tollwutfreie Status Deutschlands nach OIE-Kriterien erhalten, weil das betroffene Tier entgegen den unionsrechtlichen Bestimmungen eingeführt wurde.

Die Fledermaustollwut wurde ferner bei fünf Tieren festgestellt.

Transmissible Spongiforme Enzephalopathie

Im Jahr 2010 wurde erstmals seit dem Auftreten der BSE bei in Deutschland geborenen Rindern im Jahr 2000 kein BSE-Fall mehr festgestellt. Die TSE der kleinen Wiederkäuer trat wie in den Vorjahren sporadisch auf.

Tuberkulose der Rinder

Nach der Änderung der Tuberkulose-Verordnung insbesondere im Hinblick auf die Schlachttierdiagnostik im Zuge der gestiegenen Zahl von Ausbruchsmeldungen der Tuberkulose der Rinder in den Jahren 2008 und 2009 halbierte sich diese im Jahr 2010 wieder in etwa auf die Zahlen des Jahres 2007.

FRESSNAPF Jetzt alle Real Nature-Produkte günstig online bei Fressnapf bestellen  [Zum Online-Shop](#)



[TV-PROGRAMM](#) [SENDUNGEN](#) [THEMEN](#) [COMMUNITY](#)

Suche [Go](#)
☒ VOX.de ☐ Web Mit Google



[Der V.I.P. Hundeprofi Home](#) [Biografie Martin Rütter](#) [Kolumnen](#) [Videos](#)

Alle aktuellen Sendungen

Heute 19:10 Uhr [Was wurde aus...?](#)
 Bei VOX NOW ansehen
 Sa, 22.09. 09:30 Uhr [Was wurde aus...?](#)

Straßenhunde


bisher 1 Bewertung 



Bild 1/6 Auch hierzulande nehmen ehemalige Straßenhunde in den letzten Jahren einen stark anwachsenden Teil der Hundepopulation ein. Sie hatten das Glück aus dem "Elend" gerettet worden zu sein und können in Deutschland in eine bessere Zukunft blicken. Und häufig ist dies tatsächlich so! Allerdings muss mit dem Thema Straßenhunde reflektierter umgegangen werden, als es bisher geschieht. Denn nicht immer ist der Import dieser Tiere in andere Länder eine gute Lösung? weder für die Hunde noch für die zukünftigen Hundehalter!

© Foto: Kosmos/Grande



HALTUNG MEHRERER HUNDE
[zur Kolumne](#)



BESCHÄFTIGUNG DRAUSSEN
[Hunde in der Natur](#)



HUNDEBEGEGNUNG
[Hund trifft Hund](#)



APPORTIEREN 2
[schwierigeres Training](#)



WELPENAUSWAHL
[Worauf Sie achten müssen](#)



HUND UND BABY
[Vorbereitungen](#)



GRUNDSIGNAL
[Sitz](#)



REIZANGEL
[Hetzen ermöglichen](#)



AGGRESSION
[Gegenmittel](#)



APPORTIEREN 1
[natürliche Beschäftigung](#)



LEINENAGGRESSION
[Erste Hilfe Tipps](#)



HUND UND KIND
[Regeln für das Zusammenleben](#)



GRUNDSIGNAL
[Platz](#)



ARZTBESUCH
[beim Tierarzt](#)

ANZEIGE



Fab. [ENTDECKEN!](#)
 Täglich neues Design.

WIR SUCHEN DIE SÜSSESTE KATZE



Sie finden, dass Ihr Liebling das süßeste Knuddeltier Deutschlands ist?

[Jetzt mitmachen](#)

GESUNDE, SCHÖNE & VOLLE HAARE!



Für gesunde Haarwurzeln & volles Volumen! Schönes Haar dank speziellen Mikronährstoffen!

[Jetzt informieren](#)

ANZEIGE

tierSpot Community

[Login](#) [Kostenlos registrieren](#)

Dein Benutzername

Dein Passwort

[Passwort vergessen?](#) [Einloggen](#)

Du bist noch nicht dabei? [Hier kostenlos anmelden »](#)

WEG DA, DAS IST MEIN FUTTER!



Zeigen Sie Löwen, Pinguinen, Zebras und Schweinen den Weg zu ihrem Fressnapf.

[Hier Animal Parade spielen!](#)

VOX HD



Erleben Sie die größten Momente des Fernsehens in unvergleichlicher Bildqualität.

[VOX intensiver erleben!](#)

HUNDE LAND.DE

Alles rund um den Hund!

Hundefutter, Spielzeug und Zubehör



Das “Oasi Nuova Vita” – Pilotprojekt und Kontrast zu den üblichen Canili

Unsere Partnerorganisation Associazione Protezione del Cane Gaia O.N.L.U.S. aus Manduria, unter dem Vorsitz von Luigia Parco, hat Ende 2010 damit begonnen, auf einem in ihrem Besitz befindlichen 10.000 qm großen Grundstück in der Nähe von Manduria das Tierschutzzentrum “Oasi Nuova Vita” zu errichten.

Über die enorme Bedeutung, die dieses Projekt in einem Brennpunkt Süditaliens besitzt, haben wir mit Luigia gesprochen:

Tierschutzprojekt Italien:

Luigia, warum ist die Errichtung dieses Oasi Nuova Vita in Apulien so wichtig?

Luigia Parco:

Die Situation der Hunde hier bei uns ist schrecklich. Tausende von ausgesetzten oder auf der Straße geborenen Hunden irren über die Straßen, werden überfahren, verhungern oder werden vergiftet.

Sie kämpfen Tag für Tag um ihr bisschen Leben, das ihnen so viele Menschen hier nehmen wollen.

Sie leiden an Krankheiten, Verletzungen und viele von ihnen kommen mit der Situation schlecht zurecht, gerade dann, wenn sie frisch ausgesetzt wurden oder wenn es sich um kleine Hunde handelt, die sich schlecht durchsetzen können oder einfach zu schwach sind.

Wir Tierschützer kümmern uns um sie, indem wir sie tierärztlich behandeln lassen und ihnen regelmäßig Futter und Wasser bringen. Sie warten dann schon immer auf uns und wenn sie uns kommen sehen, drehen sich ihre Ruten wie ein Karussell vor Freude.

Sie lecken uns die Hände vor Dankbarkeit und geben uns so viel Liebe zurück! Aber wenn wir abends schlafen gehen, kommen immer wieder die Gedanken, ob wir sie am nächsten Tag wiedersehen werden. Und oft werden unsere Ängste am nächsten Tag bestätigt, wenn wir die Hunde, die wir schon länger betreuen, vergiftet oder überfahren vorfinden.

Da wir Tierschützer hier aber alle schon viele Hunde zuhause haben, können wir nur die allerdringlichsten Fälle mitnehmen, da wir einfach keine freien Kapazitäten haben.

Und daher müssen wir eine **sichere Zuflucht** für sie schaffen. Für all diejenigen, die auf den Straßen täglichen lebensbedrohlichen Gefahren ausgesetzt sind.

Das Oasi Nuova Vita soll ein Refugium werden, das ihnen ein vorübergehendes Zuhause schafft, wo sie ihre Schäden an Leib und Seele auskurieren können. Der tagtägliche Kampf um das Überleben, die verzweifelte Suche nach Futter, Wasser und einem sicheren Platz zum Schlafen ist vorbei, wenn sie es in das Oasi Nuova Vita geschafft haben.

Und von hier aus wollen wir dann versuchen, ihnen eine



Familie zu suchen, denn so schön das Oasi Nuova Vita auch sein mag, ist das nicht der Ort, an dem ein Hund sein ganzes Leben fristen sollte, sondern in einer Familie, wo er als vollwertiges Mitglied leben kann und wo er geliebt wird.

Tierschutzprojekt Italien:

Ist die Unterbringung und Vermittlung von Straßenhunden das Hauptziel des Oasi Nuova Vita?

Luigia Parco:

Nein. Das Ziel des Oasi Nuova Vita geht weit darüber hinaus!!

(Interview zum Projekt Oasi Nuova Vita it Luigia Parco, für deutsche Untertitel bitte im rechten unteren Bildrand auf CC klicken)

Das deutlich größere Drama spielt sich hinter den Mauern der sogenannten Canili ab.

Und deshalb ist die Errichtung des Oasi Nuova Vita von so großer zukunftsweisender Bedeutung gerade hier in Apulien, wo ein Canile nach dem anderen gebaut wird, die alle eines gemeinsam haben: Es sind reine Verwerhanstalten, die den Hunden ihre Würde und letztlich auch ihr Leben nehmen.

Diese Canili verfolgen nur einen Zweck : den Betreibern gute Geschäfte zu sichern, da diese für die Unterbringung der Hunde mit einer "pro Hund/pro Tag" Pauschale von bis zu 7 Euro von den Gemeinden fürstlich entlohnt werden... dies hat das "Business Canile" geboren und dies ist das eigentliche Grauen für die Hunde Apuliens und in anderen Regionen Süditaliens.

Sie werden dort in betonierte enge Zwinger gesteckt, die man nur als Vorzimmer des Todes bezeichnen kann.

Diese Zwinger verlassen sie NIE und vegetieren dort ihr ganzes Leben vor sich hin, bis sie gestorben sind, da kein öffentlicher Zugang besteht und damit Adoptionen bewusst verhindert werden.

Eine tierärztliche Versorgung findet so gut wie nicht statt, wie diese Aufnahme eines Hundes aus einem Canile in Apulien belegt, dem man um seine gebrochene Pfote lediglich einen dreckigen Lappen gewickelt hatte:

Sie stehen aufgrund mangelnder Hygiene in ihren eigenen Exkrementen, leiden immer an Hunger und Durst und haben keinerlei Schutz vor der Hitze des apulischen Sommers und auch nicht vor der Kälte des Winters.

Hier sehen Sie z.B. Aufnahmen aus dem Canile in Manduria von 2008. Seitdem hat sich hier zwar einiges verbessert , auch auf Grund der Anzeigen, die unser Verein immer und immer wieder gestellt hat , die Hölle für die Hunde hat sich hingegen kaum verändert:

Sie können sich nicht zurückziehen, sind auch den Gerüchen der anderen Hunde ständig ausgesetzt. Rüden werden direkt neben dem Zwinger von läufigen Hündinnen eingesperrt, kranke und wehrlose kleine Hunde kommen in den Zwinger von großen Hunden und verhungern dort, weil sie nicht an das hineingeworfene und rare Futter herankommen.

Hier sehen Sie Eindrücke aus einem Canile in der Nähe von Lecce/Apulien von 2010:

Durch all diese Bedingungen drehen viele der Hunde durch, drehen sich nur noch im Kreis oder springen bis zur vollkommenen Erschöpfung ständig am Gitter hoch. Nach einigen Monaten (manche schon nach einigen Wochen) rebellieren sie nicht mehr. Sie geben dann auf und vegetieren nur noch vor sich hin. Und auch, wenn sie krank oder verletzt sind, werden sie meist nicht tierärztlich behandelt.



Was erschwerend dazukommt, ist vor allem die Tatsache, dass die meisten dieser Canili keinen öffentlichen Zugang besitzen. Wir Tierschützer stehen dann hilflos davor, hören die Hunde klagen, winseln und bellen und wissen nicht, was ihnen hinten den Mauern angetan wird.

Dieses Canile, ganz in der Nähe Mandurias gelegen, durfte z.B. NOCH NIE jemand betreten: Was geschieht den Hunden hinter diesem Tor?

Die Errichtung des Oasi Nuova Vita gerade hier in Apulien, wo dieses Grauen allgegenwärtig ist, ist deshalb ein PILOTPROJEKT, das es so in dieser Form in Apulien noch nie gegeben hat und durch das wir **zeigen wollen, dass man es auch anders, dass man es besser machen kann, ja besser machen MUSS als in vielen dieser gerade für uns in Südtalien typischen Canili, wo man den Hunden ihre Würde und oft auch ihr Leben nimmt.**

Tierschutzprojekt Italien:

Wie ist das Konzept des Oasi Nuova Vita ?

Luigia Parco:

Das Oasi Nuova Vita, das ca. 200 Hunden Platz bieten soll, wird ein **natürlicher Lebensraum** sein, in welchem so wenig asphaltierte Bereiche wie möglich gebaut und dafür geruchsbindende Bäume und Sträucher und Freilaufflächen anzutreffen sein werden.

Enge Zwinger wird es hier NICHT geben, sondern **Auslaufflächen** und Platz zum Spielen und Toben, aber auch Platz zum Zurückziehen, zur Ruhe.

Sehen Sie hier den ungefähren Bebauungsplan:

Es wird eine kleine **Tierklinik** errichtet werden, in welcher die kranken Hunde nicht nur tierärztlich behandelt werden können, sondern vor allem auch die so wichtigen **Sterilisationen** durchgeführt werden sollen, sowohl die Hunde im Oasi Nuova Vita selbst betreffend, als auch die Strassenhunde. Darüber hinaus sind mehrmals jährlich regelmäßige Gratis-Sterilisationen für die in Privatbesitz befindlichen Hunde vorgesehen.

Das OASI soll ein Zentrum für Sterilisationen werden, denn diese sind und bleiben der beste Tierschutz für eine Region mit Straßenhundproblemen! Eine einzige Hündin ist für Hunderte von Nachkommen verantwortlich !

Wir müssen das stoppen und sowohl die in Privatbesitz befindlichen Hunde, als auch alle Straßenhunde konsequent sterilisieren bzw. kastrieren und wir müssen die verantwortlichen Gemeinden und Politiker dazu bringen, ihrer vom Gesetz her vorgegebenen PFLICHT nachzukommen, den ungewollten Nachwuchs und damit unsagbares Leid durch konsequente Sterilisationspolitik zu vermeiden.

Basta Welpen! Das muss verhindert werden!

Wir werden versuchen, in der OP-Technik von Sterilisationen und Kastrationen versierte Tierärzte und Tierärztinnen für unser Konzept zu gewinnen und haben bezüglich dieses Vorhabens im Oktober 2011 schon Einigung mit der hiesigen Verwaltung erzielt, dass alle hier tätigen Tierärzte unsere OP-Einrichtung nutzen dürfen und SOLLEN.

Auch wurden unsere Ziele, die wir mit dem Oasi Nuova Vita verbinden, hierbei in einem Schriftstück festgelegt und dann als Bauantrag eingereicht.



Luigia Parco, Andrea Simeoni (Architekt des Oasi Nuova Vita), Roland Eichler, Petra und Lisa Eby und Julia Plugge vom Tierschutzprojekt Italien und Carmen Gieriet von SOS Strassenhunde waren dabei, als wir im Oktober 2011 den Bauantrag auf der Gemeinde Manduria unterzeichneten.

Das Oasi Nuova Vita soll eine **Welpenstation** für all die Weggeworfenen bekommen und auch eine kleine Hundepension soll integriert werden, da wir damit einigen Aussetzungen vorbeugen können, wenn der Urlaub ansteht, denn in dieser Zeit werden hier die meisten Hunde ausgesetzt.

Durch Missbrauch und Misshandlungen seelisch traumatisierte Hunde sollen hier einen Raum für eine **Resozialisierung** bekommen, da diese Hunde in Apulien sonst keine Chance hätten. Aber auch diese Hunde können durchaus wieder Vertrauen zum Menschen aufbauen, wenn man ihnen Zeit gibt und sich entsprechend mit ihnen beschäftigt.

Das Oasi Nuova Vita wird **tägliche Öffnungszeiten** haben, um die Menschen an das Thema "Hund" heranzuführen. Es muss einfach wieder soweit kommen, dass Eltern mit ihren Kindern einen Ausflug ins Tierheim machen, was bisher ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wir werden deshalb auch eine kleine Ecke im Oasi nur für Kinder zum Spielen reservieren. **Schulklassen** sollen eingeladen werden, um damit der nächsten Generation zu einem besseren Verständnis für die Bedürfnisse von Tieren zu verhelfen.

Das Oasi Nuova Vita soll ein **Zentrum für den Tierschutz in Apulien** werden, indem hier regelmäßig Treffen von nationalen und internationalen Tierschutzgruppen und interessierten Politikern abgehalten werden.

Es soll also eine **ZUKUNFTSWEISENDE REFERENZ** und ein **VORZEIGEOBJEKT** für **GANZ APULIEN** werden und nicht nur für die ca. 200 Hunde, denen wir dort einen vorübergehenden (!) Lebensraum geben können. Dafür werde ich, dafür werden wir alle hier sorgen.

Bitte helfen Sie uns dabei, diesen Traum verwirklichen zu können.

Wir müssen einen neuen Weg aufzeigen!!

Einen Weg der Ethik, der Kultur, der Menschlichkeit und der Empathie mit diesen wundervollen Tieren, die wie wir Geschöpfe Gottes sind!

Tierschutzprojekt Italien:

Danke, Luigia. Wir können jetzt besser verstehen, warum es so wichtig ist, dieses Oasi Nuova Vita zu errichten und werden versuchen, Dich darin zu unterstützen.

Welche Arbeiten wurden denn seit Dezember 2010 schon vorgenommen, was sind die als nächstes geplanten Baumaßnahmen und mit welchen Kosten muss insgesamt ungefähr gerechnet werden?

Luigia Parco:

Wir haben das Grundstück komplett eingezäunt, grobes Geröll entfernt, einen 150 Meter tiefen Brunnen bohren lassen, einen Stromgenerator angeschafft, 600 Bäume gepflanzt, Teile der erforderlichen Bodenarbeiten durchführen lassen und die Maurerarbeiten einschließlich des Eingangstores fertigstellen können. Und wir konnten dank einiger Spenden nun auch ein kleines erstes provisorisches Notgehege errichten, wodurch wir einige Notfälle aufnehmen konnten.

Die Außenarbeiten sind damit bereits beendet. Finanziert wurde dies durch Spendengelder, da wir über keine eigenen Mittel verfügen. Nivellierungsarbeiten des Bodens, der Bau von zwei weiteren großen Gehegen für dringende Notfälle von der Straße und der Bau des gemauerten Gebäudes, in dem dann das Büro, eine kleine Wohnung, der Operationssaal und die Krankenstation untergebracht werden sollen, wären die nächsten Schritte.



Ob wir unser Ziel angesichts dieser enormen finanziellen Herausforderung jemals erreichen werden und können, weiß ich nicht. Auch die mafiösen Kräfte Apuliens werden sicherlich versuchen, uns Steine in den Weg zu legen, um sich ihre Geschäfte mit den Hunden nicht stören zu lassen. Aber wir werden unbeirrt an unserem Ziel festhalten, um den Hunden hier bei uns helfen zu können.

Tierschutzprojekt Italien:

Und wir, Luigia, werden Dir dabei helfen!

Der Horror der Canili muss ein Ende haben!

Wir sind uns dessen bewußt, dass es nicht leicht werden wird, diese enormen finanziellen Herausforderungen zu bewältigen, werden aber alles tun, um dieses Projekt nachhaltig unterstützen und damit dem Inferno Apulien etwas entgegensetzen zu können.



„Buna ziua Brasov“, 28.-29.04.2012

Horrorbilder aus der früheren Hundefänger-Anlage in Stupini

Die deutschen Vereine, die letztes Jahr die Hundefänger -Anlage von Stupini übernommen haben, präsentierten einen Film, der zu dem Zeitpunkt der Übernahme der Anlage gedreht wurde. Die Bilder zeigten tote Hunde, zerfleischt oder verhungert. Vor fast 2 Monaten hatte das Rathaus Brasov den Vertrag mit dem Verein „Millionen Freunde“ beendet und die Hundefänger-Anlage durch den Öffentlichen Dienst der Tierpolizei wieder eröffnet. Die neue Behörde versichert allen, dass sich solchen schrecklichen Bilder nicht mehr wiederholen werden.

Zerfleischt, im eigenen Kot liegend oder zum Verhungern verdammt. Grausame Bilder wurden gefilmt, als der deutsche Verein bmt (Bund gegen Missbrauch der Tiere) im Herbst 2011 die Hundefänger-Anlage übernommen hat. Die Deutschen, die die Schließung des „Auschwitz von Brasov“ finanziert haben, standen unter Schock bei dem Anblick des Zustandes, den das Öffentliche Büro für die Verwaltung der Straßenhunde hinterlassen hatte. Bis zu diesem Moment war der Zustand der Anlage verschwiegen worden.

Vor fast 2 Monaten hatte das Rathaus Brasov den Vertrag mit den Tierschutzvereinen beendet und stattdessen die Hundefänger-Anlage durch den öffentlichen Dienst der Tierpolizei (SPPA – Serviciul Public Politia Animalelor) wieder eröffnet, es handelt sich um die ehemalige SPGA.

Die Hundefänger haben sogar logische Erklärungen für die Bilder:

„Falls Sie diese ziemlich harten Bilder meinen, wo sich einige Hunde bekämpft und gegenseitig verletzt haben; das ist möglich, denn die gleiche Bilder sehen wir auch auf der Straße. Die Hunde, die miteinander kämpfen sehen einfach so aus. Was kann ich schon mehr sagen?“ meinte Flavius Barbulescu, der Leiter der SPPA.

Da sie befürchten, dass sich solche Morde wiederholen werden, haben die Führung des bmt sowie die Vertreter der Tierschutzorganisation TASSO, die außerdem die Hunde in Brasov gechippt hatten, das gefilmte Material publik gemacht. „Ich war enttäuscht über die Wiedereröffnung der Hundefänger-Anlage im Stupini. Ich möchte jetzt, genau wie unser Partner TASSO, gerne wissen in welche Stadium sich die Chippung und Zählung/Verwaltung der Tiere im Brasov zu diesem Zeitpunkt befindet. Denn Informationen über den neuen Sachverhalt haben wir nicht“, erklärte Petra Zipp die Präsidentin des BMT.

Um die Anlage, die den schlechten Ruf als „Auschwitz“ bekommen hat, für ein halbes Jahr zu schließen, haben die Deutschen vom bmt keine Kosten gespart, um alle Hunde von hier zu retten. Über 800 Hunde, davon 329 in einem schrecklichen Zustand, sind geimpft, gechippt und kastriert und anschließend nach Deutschland transportiert worden, sobald es Interessenten für eine Adoption gab. Die ganze Aktion hat mehrere Tausende Euro gekostet, und das Geld ist jetzt natürlich verloren, wenn das Rathaus die Hundefänger-Anlage wieder eröffnet.

In nur einem Monat hat die SPPA die Anlage mit 200 Straßenhunden gefüllt, als Reaktion auf mehrere Reklamationen der Stadtbevölkerung Brasovs. Die Deutschen haben jetzt die gerechtfertigte Befürchtung, dass auch diese Hunde das gleiche Schicksal teilen werden wie die Hunde, die im Herbst letzten Jahres gefilmt wurden. Genau aus diesem Grund möchten sie die Zusammenarbeit mit der Behörde in Brasov wieder aufnehmen. „ Wir werden im Mai wieder

kommen, um dieses Projekt weiter zu führen. Wir wollen weiterhin mit den Behörden in Brasov zusammenarbeiten, und wir hoffen auf eine dauerhafte Partnerschaft“, sagt uns Petra Zipp. „Ich appelliere an das Rathaus Brasov, die Hundefänger-Anlage zu schließen“

Die Leitung des Öffentlichen Dienstes der Tierpolizei (SPPA) hat allen versichert, dass es keine Fälle mehr geben wird, in denen sich die Hunde gegenseitig fressen werden. „Dort, wo mehrere Hunde zusammen leben, kommt es auch häufig zu Kämpfen. In dem Moment, in dem ein besonders aggressiver Hund beobachtet wird, trennen wir ihn von der Gruppe. Solche Sachen passieren nicht nur bei uns“, äußerte sich Flavius Barbulescu.

BMT und Tasso appellieren an die Behörden in Rathaus von Brasov, die Anlage im Stupini wieder zu schließen und den beendeten Vertrag mit den Tierschutzvereinen weiterzuführen, damit die Strategie der Verwaltung, Chippung und dem Kastrieren der Hunde in Brasov weiterbesteht. Wenn man keine kurzfristigen und schnellen Ergebnisse erwartet, und sich stattdessen auf lange Sicht einstellt, versichern die Tierschutzvereine, dass in 5 Jahren die Stadt Brasov frei von Straßenhunde sein wird.



TASSO e.V.

Komm zurück. Mit TASSO!

24-Stunden-Notruf-Hotline:
+49 (0) 6190-93 73 00

Tierschutz
Vermisst & Gefunden
Helfen
Service
Über uns



- Tierregistrierung
- Transponder-Abfrage
- **Aktionen**
 - 10 Cent für die Katz'
 - Kastration von Katzen
 - GOLDENE PFOTE 2012
 - 8hours-Kampagne
 - Stoppt die Hundesteuer
 - "Hund im Backofen"
 - Weltkatzentag
 - Dänemark
 - "Wühltischw elpen"
 - Registrierungsgesetz
 - Städte mit Herz
 - Gutachten Tierschutz
- **Rumänien**
 - Engagement vor Ort
 - Peter Maffay
 - Kroatien
 - Aktionsarchiv
 - News
 - Tierheime & Vereine
 - Tierärzte
 - Züchter
 - Umfrage

> Home > Tierschutz > Aktionen > Rumänien

Rumänien: Die mafiösen Machenschaften der Hundefänger – Bund gegen Missbrauch der Tiere und TASSO e.V. vor Ort in Brasov




Protestieren Sie hier weiter gegen die Machenschaften in Brasov und Umgebung!

11.05.2012 - In letzter Zeit wurden die jahrelangen Bemühungen des deutschen Tierschutzes um eine friedliche Lösung der Streunerhundeproblematik in Brasov (Rumänien) massiv durch die dortige Hundefängermafia torpediert.

Petra Zipp, erste Vorsitzende des bmt, und Philip McCreight, Leiter von TASSO e.V. reisten letzte Woche nach Brasov, um gemeinsam mit rumänischen Tierrechtlern Front gegen das grausame Vorgehen zu machen.

Das ist passiert: Brasov eröffnete die städtische Tötungsstation Stupin wieder, die Ende letzten Jahres durch das massive Einwirken des bmt geschlossen worden war. Flavius Barbulescu, der Chef der örtlichen Hundefänger und bekannt für seine grausamen Tötungsmethoden, hat einen Verein für „Monitoring und Tierschutz“ gegründet. 10 Gemeinden um Brasov sind bereits Mitglied in diesem Verein und haben bisher je 25.000 Euro zur Tötung der Hunde investiert. Petra Zipp und Philip McCreight erfahren in Gesprächen mit kooperativen Bürgermeistern angrenzender Städte, dass Barbulescu ihnen eine humane Lösung des Straßenhundeproblems versprochen hatte.



In einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz fordern der bmt und TASSO die Stadt Brasov auf, die Hundefängermafia endgültig zu stoppen und die Tötungsanlage Stupin zu schließen. Nach Gesprächen mit dem Bürgermeisterkandidaten der Stadt Codlea ist dieser bereit, mit dem Tierschutz zu kooperieren. Er erfährt, was wirklich hinter dem Konzept der Hundefänger steht und wie die Steuerzahler betrogen werden. Er ist bereit, mit deutscher Hilfe ein kleines Tierheim zu errichten und Kastrationsaktionen durchzuführen. Auch der Druck in der Stadt Sacele hat sich bereits ausgezahlt: Der dortige Bürgermeister bittet um Hilfe bei der Übernahme der illegal eingefangenen Hunde. In wenigen Wochen stehen in Brasov Kommunalwahlen an. Druck von Tierschützern und der Öffentlichkeit hat gerade jetzt die beste Chance, auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Protestieren Sie hier weiter gegen die Machenschaften in Brasov und Umgebung!



Das berichtet die rumänische Presse:

[Deutsche Übersetzung des Artikels aus „Buna ziua Brasov“ vom 26. April 2012](#)

[Deutsche Übersetzung des Artikels aus „Buna ziua Brasov“ vom 28.-29. April 2012](#)

(Fotos: bmt und Gina Sanders)

Hundefängermafia in Brasov schlägt erneut zu

Die Wahrheit über Korruption, Macht, Geldgier und unsägliches Hundeleid



20.04.2012 - Bilder des jahrelangen Hundemassakers in der rumänischen Stadt Brasov, dem mehr als 30.000 unschuldige Hunde zum Opfer gefallen sind, lösten weltweit Entsetzen und Proteste aus. TASSO und der Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt) haben sich seitdem

Newsletter abonnieren!

Email

Name (optional)

Suchen:

Helfen Sie mit Ihrer Spende!

TASSO e.V. finanziert sich ausschließlich durch Spenden.

Wenn Sie Tasso bei seinen vielfältigen Tierschutzaufgaben unterstützen möchten, können Sie hier [online Spenden](#).



JETZT SPENDEN

Registrieren Sie Ihr Tier online!



10 Cent für die Katz'

Für jede abgeschlossene Online-Registrierung bei TASSO e.V. spenden wir 10 Cent für das [Bündnis pro Katze](#).

AKTUELLER SPENDENSTAND:

5.788,40€



ONLINE REGISTRIEREN

Aktuelle Pressemeldung

07.09.2012 - Bündnis „Pro Katze“ startet Kastrationsaktionen in Reichelsheim und Butzbach ... ►



vehement für eine humane Lösung der Straßenhundeproblematik eingesetzt. Immer wieder wurden die Verantwortlichen in Brasov auf die Situation hingewiesen; immer wieder gab es Proteste und Gespräche. Ende 2011, nach zähen Verhandlungen, schien die Lösung endlich zum Greifen nah. Die Einigung mit der Stadt Brasov war erzielt, Verträge unterschrieben, als die Hundefängermafia erneut unbarmherzig zugeschlagen hat. Die jüngsten Entwicklungen in Brasov erfordern nun eine schnelle, energische und wirkungsvolle Gegenreaktion.

Um jetzt das Schlimmste abzuwenden und ein Blutbad auf Rumäniens Straßen zu verhindern, müssen massive Proteste die nächsten Schritte unterstützen.

Das tun wir: Vertreter von TASSO und dem bmt sind nächste Woche in Brasov, um die Verantwortlichen zu Rede zu stellen. Wenn es sein muss, werden wir die bestehenden Verträge rechtlich einfordern.

Das können Sie tun: Lesen Sie die Hintergrundinformationen des bmt und [protestieren Sie](#) mit dem vorgegebenem Formular. Jeder Protest mehr ebnet uns den Weg, wenn wir nächste Woche in Rumänien in die Verhandlungen einsteigen. (Foto: bmt)

Schönes Weihnachtsgeschenk für TASSO und bmt: Hoffnung für Rumäniens Hunde



21.12.2012 - Kurz vor Weihnachten haben die beiden großen Tierschutzorganisationen, TASSO und Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt), Grund zur Freude. Die Ratifizierung des in Rumänien seit Langem geplanten und immer diskutierten Gesetzes PL 912, das die Legalisierung zum Töten aller Straßenhunde vorsieht, ist auf den 11. Januar 2012 verschoben worden. TASSO und der bmt gehen stark davon aus, dass die massiven Proteste aus ganz Europa maßgeblich zu der Entscheidung beigetragen haben.

Die beiden Tierschutzorganisationen danken daher allen Tierfreunden ganz herzlich für diesen phänomenalen Einsatz. 35.476 Proteste sind allein bei TASSO eingegangen! „Das ist ein tolles Ergebnis, mit dem wir nicht gerechnet haben. Wir bleiben aber dennoch dran und werden über die weiteren Entwicklungen berichten“, so Philip McCreight von TASSO e.V.

Außerdem scheinen die jahrelangen Bemühungen um die Straßenhunde in Brasov, Rumänien, nun endlich den gewünschten Erfolg zu zeigen. Den zähen Verhandlungen von Cristina Lapis' *Millions of friends* und dem bmt ist es zu verdanken, dass Bürgermeister Scripcaru die Verantwortung für die Straßenhunde seiner Stadt den Tierschützern überlassen hat. In dieser Stadt, in der noch vor Kurzem tausende Hunde in einer Hundefängereinrichtung gestorben sind, hat die Vernunft gesiegt. Der Bürgermeister hat eingesehen, dass andere Maßnahmen zu hundefreien Straßen führen als Einfangen und Töten. Um den Zustrom auf die Straße zu stoppen, wurde in Brasov die Chip-, Registrierungs- und Kastrationspflicht für Hunde und Katzen eingeführt. Wer sein Tier nicht kastrieren möchte, muss eine Steuer zahlen. Für mittellose Tierhalter stellen der bmt und *Millions of friends* die kostenlose Kastration sicher. Wenn diese Maßnahme greift, werden wesentlich weniger Tiere auf der Straße sein, und die Situation wird beherrschbar.

Alle Hunde, die überlebt haben, sind aus dem ehemaligen städtischen Tötungslager Brasov/Stupin, das nach zähen Verhandlungen geschlossen werden konnte, ins Tierheim Brasov umgezogen. Einige Hunde leben schon glücklich in Deutschland in neuen Familien. Insgesamt musste das Tierheim Brasov seit dem 1.8.2011 über 700 Hunde aufnehmen, es platzt aus allen Nähten, und ständig kommen natürlich neue Tiere dazu.

Hier bitten wir wieder alle Tierfreunde um Hilfe – gerade auch für die vielen Junghunde, die den strengen rumänischen Winter in einem Tierheim ohne Heizung nicht überleben würden. Gerne nimmt Petra Zipp vom Bund gegen Missbrauch der Tiere Anfragen zur Vermittlung eines Hundes entgegen: petra.zipp@bmt-tierschutz.de

Das passierte am 22.11.2011:

Schicksal besiegelt: Rumänische Straßenhunde werden getötet - Schnelle Proteste sind die letzte Chance der Hunde



Am Dienstag, den 22.11.2011 entschied die rumänische Abgeordnetenkammer über die seit Monaten von Tierschützern geforderte humane Lösung im Umgang mit den Straßenhunden. Mit 168 zu 111 Stimmen wählten die Abgeordneten jedoch das Töten der Hunde als Lösung des Problems. Dem Beschluss muss jetzt noch der Präsident Traian Basescu zustimmen. Die Entscheidung hat zur Folge, dass nun jeder Bürgermeister in Rumänien, entscheiden kann, wie er mit den Straßenhunden in seiner Stadt umgeht. Die

Folge: Die Ausrottung Hundertausender unschuldiger Hunde im ganzen Land.

Tierschützer in ganz Europa zeigen sich von dem Ergebnis empört und enttäuscht angesichts jahrelanger Bemühungen um eine Lösung ohne Blutvergießen. „Die Entscheidung ist ein wirklich trauriges Ergebnis für einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Dieses Gesetz wird nicht einmal ansatzweise dazu beitragen, das Streunerhundeproblem tierschutzgerecht und nachhaltig zu lösen“, so Philip McCreight, Leiter der TASSO-Zentrale.

Die einzige Chance, die noch blieb, war ein Protest aller Tierfreunde an den rumänischen Präsidenten Traian Basescu. 35.476 Tierfreunde haben in kürzester Zeit den Straßenhunden Rumäniens ihre Stimme gegeben, damit das Schlimmste verhindert werden kann. Haben Sie vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Wir haben alle Proteste gesammelt und an den rumänischen Präsidenten Traian Basescu übergeben.

Hier geht es zur aktuellen [Pressemeldung von TASSO, bmt und VIER PFOTEN](#).

Das passierte vor dem 22.11.2011:



Anfang April erhielten TASSO und die anderen am Protest beteiligten Tierschutzorganisationen die traurige Nachricht, dass die Fachkommission, die über den zukünftigen Umgang mit Straßenhunden in Rumänien einen Gesetzentwurf vorlegen sollte, für die Euthanasie gestimmt hat: 16 Abgeordnete stimmten dafür, die Entscheidung den einzelnen Städten zu überlassen, wobei feststeht, dass sich die meisten für Euthanasie entscheiden werden. 6 Abgeordnete stimmten für Kastration und das Wiederaussetzen. 8 Abgeordnete nahmen erst gar nicht an der Abstimmung teil.

Nun wird das Parlament erneut über die Vorlage abstimmen. Dies verschiebt sich jedoch wieder und wieder. Wir informieren Sie, sobald es eine Entscheidung gibt.

Al! Denjenigen, die dafür gesorgt haben, dass Tausende von Protestbriefen verschickt wurden, und es einen nie da gewesenen Protest gegen ein solches Gesetz gab, sei an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön gesagt!

März-April 2011:

Am 7. März sollten die Abgeordneten vom rumänischen Oberhaus über den Gesetzesentwurf zur Tötung von Straßenhunden befinden. Aufgrund des großen Protestes vieler Tierschützer wurde aber nur besprochen und danach nicht abgestimmt. Die Gesetzesvorlage wurde an die Fachkommission zur Überarbeitung innerhalb von 3 Wochen zurückgeschickt. Diese Entscheidung wurde mit 70 Ja-Stimmen gegen 37 Nein und bei 5 Enthaltungen gefällt und von den Beobachtern auf den Tribünen mit Applaus begrüßt. Viele der anwesenden Tierschützer trugen T-Shirts mit der Aufschrift "Wählt das Leben".

Das passierte vor dem 7.3.2011:

Der Ausschuss für öffentliche Verwaltung in der Abgeordnetenkammer hatte über das rechtliche Vorgehen im Umgang mit streunenden Hunden diskutiert (Projekt PL 912).

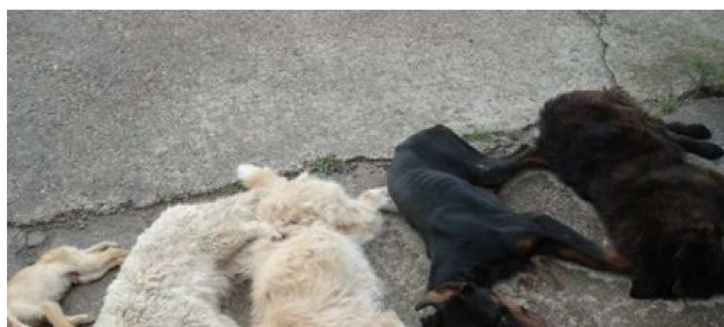
Obwohl der Senat von Rumänien der Vorgehensweise „Sterilisation und Zurücksetzen“ zugestimmt hatte, haben die Interessenvertreter der Liberal-demokratischen Partei (PD-L) im Ausschusses für öffentliche Verwaltung alles verändert.

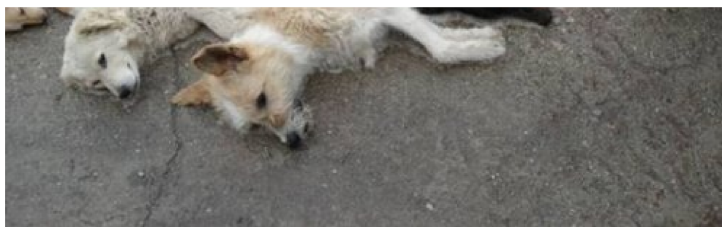
Folgende Entscheidung wurde getroffen: Nach 14 Tagen werden die Hunde euthanasiert oder sterilisiert nach der Entscheidung des lokalen Gemeinderates (Rathaus).

Auch wenn von Sterilisation die Rede ist, bedeutet es nicht, die Hunde könnten danach auf die Straßen zurückkehren bzw. dass sie nach der Sterilisation nicht getötet werden.

Auf der anderen Seite wurden die restlichen Artikel / Änderungsvorschläge nicht diskutiert, die Antwort des Präsidenten Sulina Barbu war: „sie wurden bereits umgesetzt“. Daher war der Vorschlag des Präfekten von Bukarest im Großen und Ganzen rechtswidrig genehmigt.

Der Text ist tendenziös, undemokratisch und verfassungswidrig (keinerlei Kontrolle der Aktivitäten im Hunde-Management durch zivile Gesellschaften/Vereine ist möglich) und die Begründung ist absurd, da behauptet wird, dass die Vertreter der zivilen Gesellschaften - also der Tierschutzorganisationen "keine Rechte / Interessen im Bereich des Managements von streunenden Hunden haben, sondern vielmehr ein Hindernis darstellen und die Tätigkeiten erschweren".





Bitte, wenn Sie Kontakte zu Massenmedien haben, informieren Sie diese über die Situation in Rumänien und zeigen Sie Ihre Missbilligung!

[Impressum](#) [Kontakt](#) [Datenschutz](#) [Sitemap](#)

